

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Gerhard Simon

Der Umbruch des politischen Systems
in der Sowjetunion

Tatjana Saslawskaja

Soziale Aspekte der Perestroika in der UdSSR

Nikolai Schmeljow

Wirtschafts- und Finanzreform
im Zeichen der Perestroika

Jens Hacker

Michail Gorbatschow und die engere
„sozialistische Gemeinschaft“

B 19-20/90
4. Mai 1990

Gerhard Simon, Dr. phil., geb. 1937; Wissenschaftlicher Direktor, Forschungsbereichsleiter im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln; Privatdozent für osteuropäische Geschichte an der Universität zu Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Die Kirchen in Rußland, München 1970; (zus. mit A. v. Borcke) Neue Wege der Sowjetunionforschung, Baden-Baden 1980; Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, Baden-Baden 1986; Perestroika — eine Zwischenbilanz, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.) Sowjetunion 1988/89. Perestroika in der Krise?, München 1989.

Tatjana Saslawskaja, geb. 1927 in Kiew; Doktor der Wirtschaftswissenschaften; seit 1963 Leiterin der Abteilung Soziologie am Institut für Wirtschaft der Sibirischen Abteilung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR; seit 1988 Direktorin des Unionszentrums für Meinungsforschung über sozialökonomische Fragen; Präsidentin der Sowjetischen Soziologischen Assoziation und Volksdeputierte der UdSSR.

Veröffentlichungen u. a.: Die Verteilung nach der Leistung in den Kolchosen, 1966; Migration der Landbevölkerung, 1970; Entwicklung der ländlichen Siedlungen, 1977; Methodologie und Methodik der Systemforschung des sowjetischen Dorfes, 1980.

Nikolai Schmeljow, geb. 1936 in Moskau; Doktor der Ökonomie, Professor; wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Wirtschaftswissenschaften, im Institut für die Ökonomie des sozialistischen Weltsystems sowie Lektor des ZK der KPdSU; von 1983 bis heute zuerst Sektorenleiter, dann Abteilungsleiter im Institut für die USA und Kanada der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.

Veröffentlichungen u. a.: Die Strategie der Entwicklung und die Probleme der Perestroika in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen, 1980; Die Probleme der gesamteuropäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, 1982; Die USA in der kapitalistischen Weltwirtschaft, 1986.

Jens Hacker, Dr. jur., geb. 1933; Professor für Politikwissenschaft unter besonderer Berücksichtigung der Internationalen Politik an der Universität Regensburg.

Veröffentlichungen u. a.: Sowjetunion und DDR zum Potsdamer Abkommen, Köln 1969²; Der Rechtsstatus Deutschlands aus der Sicht der DDR, Köln 1974; Deutsche unter sich — Politik mit dem Grundvertrag, Stuttgart 1977; Der Ostblock — Entstehung, Entwicklung und Struktur 1939—1980, Baden-Baden 1985²; (zus. mit Dietrich Frenze und Alexander Uschakow) Die Feindstaatenartikel und das Problem des Gewaltverzichts der Sowjetunion im Vertrag vom 12. 8. 1970, Berlin 1971; (zus. mit Boris Meißner) Die Nation in östlicher Sicht, Berlin 1977, sowie zahlreiche Aufsätze in Fachzeitschriften, Sammelwerken und politischen Lexika.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 186, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1985 und 1988 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Der Umbruch des politischen Systems in der Sowjetunion

I. Voraussetzungen

Die Bolschewiki, die im Oktober 1917 in Rußland die Macht ergriffen hatten, betrachteten sich als Vollstrecker historischer Gesetze auf dem Weg zur kommunistischen Gesellschaft. Sie hielten es deshalb für unnötig, sich Mandat und Legitimation durch die Zustimmung der Bevölkerung in freien Wahlen zu verschaffen. Dieses selbst erteilte Mandat der Geschichte steht nach mehr als siebenzig Jahren Sowjetherrschaft heute grundsätzlich zur Disposition.

Das traditionelle sowjetische Herrschafts- und Gesellschaftssystem beruhte vor allem auf drei Säulen: der „wissenschaftlichen Weltanschauung“ des Marxismus-Leninismus; der Einparteierrschaft; der zentralen Planwirtschaft. Diese tragenden Prinzipien kommunistischer Machtausübung sind in eine tiefe Krise geraten. Der Ausschließlichkeitsanspruch der „wissenschaftlichen Weltanschauung“ hat zu keiner Zeit in der Sowjetunion wirklich durchgesetzt werden können, aber niemals haben Anspruch und Wirklichkeit so weit auseinandergeklafft wie in den vergangenen zwei Jahrzehnten.

Weil der Sowjetstaat niemals ein säkularer Staat hat sein wollen, für den die Sinnggebung menschlicher Existenz, Religion und Kultur, Angelegenheiten des einzelnen oder gesellschaftlicher Gruppen sind, nicht aber Aufgabe des Staates, mußte der Verfall des Geltungsanspruchs des Marxismus-Leninismus schwerwiegende Auswirkungen auf die öffentliche Moral haben. Der propagierte Verzicht auf das kleine private Glück, auf Wohlstand und Selbständigkeit zugunsten eines zukünftigen großen Glücks für alle hat jede Glaubwürdigkeit verloren. Typisch für das tatsächliche Verhalten der Menschen und das gesellschaftliche Klima sind vielmehr die entgegengesetzten Normen geworden: Rückzug ins Private, Materialismus, Überordnung des Eigeninteresses über das Gemeininteresse. Die Folgen waren sinkende Arbeitsmoral, Verantwortungsscheu, Entwendung öffentlichen Eigentums, Korruption und Vetterwirtschaft. Die Krise der öffentlichen Moral erreichte in den achtziger Jahren früher nicht gekannte Ausmaße.

Alle diese Krisensymptome betrafen eine Gesellschaft, die sich seit der Stalin-Zeit gründlich gewandelt hatte. Die totalitäre Diktatur hatte selbständige Regungen der Gesellschaft weitgehend unterdrückt, unabhängige Gruppen zerschlagen, Interessenartikulation verhindert, ein hierarchisches Befehlssystem aufgebaut und damit das Land in eine ständige Ausnahme-situation versetzt. Das Verhält-

nis zwischen Herrschaftssystem und Gesellschaft in den achtziger Jahren war durch ein dreifaches Dilemma gekennzeichnet. Erstens: Die Strukturen der Herrschaft – administratives Kommandosystem, Nichtvorhandensein einer demokratisch-parlamentarischen Legitimation – waren seit den dreißiger Jahren die gleichen geblieben. Zweitens: Die Führung war aber nicht mehr bereit und in der Lage, zur Durchsetzung der Diktatur uneingeschränkt Gewalt und Massenterror einzusetzen. Das äußere Feindbild konnte nicht mehr aufrechterhalten werden. Drittens: Die Gesellschaft war aus dem Trauma von Terror und Krieg erwacht. Eine Fülle von alten und neuen Interessengruppen, Schichten und Organisationen entstand und forderte Selbsttätigkeit und Mitsprache. Die Gesellschaft emanzipierte sich von der Diktatur, die aber nicht bereit war, die Gesellschaft freizugeben, sondern allenfalls pragmatisch einzelne Abstriche am Monopolanspruch auf die Macht zuließ. Es kam zu einer Legitimitätskrise der Einparteierrschaft. Allerdings erreichte diese Krise vor 1985 noch nicht den Punkt, an dem in breiten Schichten der Gesellschaft die Machtfrage – d. h. die Forderung nach Abtreten der KPdSU von der Macht – gestellt wurde.

Die Gesellschaft in der Sowjetunion hatte in den achtziger Jahren einen erheblichen Grad an allgemeiner und beruflicher Bildung sowie beruflicher Differenzierung und verbunden damit ein wachsendes Niveau kultureller und materieller Ansprüche erreicht. Auch insofern unterschied sich die Gesellschaft grundsätzlich von jener, der die Bolschewiki einst ihre Revolution oktroyiert hatten. Die Bildungsexplosion hatte in den fünfziger Jahren endgültig das Analphabetentum beseitigt, außerdem war eine breite Schicht der technischen, ökonomischen und kulturellen Intelligenz herangewachsen. Während im Bildungswesen, im Prozeß der Urbanisierung und in bestimmten Wissenschaften die Modernisierung rasche Fortschritte machte, wurde die Gesellschaft insgesamt von der herrschenden Partei nach wie vor wie ein unmündiges Kind behandelt. Den Menschen wurde vorgeschrieben, welche Bücher sie lesen und welche Bilder sie sehen durften, die politischen Nachrichten unterlagen einer engstirnigen Zensur. Die Bürokratie entschied, ob jemand ins Ausland reisen durfte. Es gab keine ungehinderte Religionsausübung, und der KGB zerschlug jeden Versuch zur Gründung von Bürgerrechtsorganisationen oder gar von Gruppen mit politischen Zielen. Der Weltanschauungsstaat verwehrte seinen Bürgern die liberalen Rechte und politischen Freiheiten, die in den säkularen Staaten

Europas und Amerikas seit dem Ende des 18. Jahrhunderts selbstverständlich geworden waren.

Die Konflikte in der Gesellschaft wuchsen auch dadurch, daß sozialer Aufstieg seit den fünfziger Jahren zunehmend schwieriger wurde. Die Eliteschichten, allen voran die Nomenklatura – das Establishment in Politik, Wirtschaft und Militär – tendierten zunehmend zur Selbstrekrutierung; es entstand die „neue Klasse“ (Milovan Djilas). Stalin hatte rasche soziale Aufwärtsmobilität einerseits durch periodische Säuberungen möglich gemacht, bei denen Zehntausende von Führungspositionen „frei“ wurden, und andererseits durch die forcierte Industrialisierung und Bürokratisierung eine riesige Zahl von Aufstiegspositionen neu geschaffen.

In der Nach-Stalin-Zeit wurde das Hochschulstudium eine entscheidende Voraussetzung für sozialen Aufstieg. Aber der Zugang zu den Hochschulen wurde schwieriger, weil ihr Ausbau nicht mit der wachsenden Zahl der Absolventen der Sekundarschulen Schritt hielt. Traten zu Beginn der fünfziger Jahre noch ungefähr 60 Prozent der Abiturienten in die Hochschulen ein, so waren es 1977 nur noch 15 Prozent (beide Zahlen ohne Berücksichtigung der Abend- und Fern-Hochschulen)¹⁾. Dennoch ist in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Fachbereichen und manchen Regionen ein Überangebot an Hochschulabsolventen entstanden, die nicht angemessen in den Arbeitsprozeß integriert werden können. Zu den frustrierten Abiturienten, die keinen Studienplatz erhielten, gesellen sich die frustrierten Hochschulabsolventen ohne den erhofften Arbeitsplatz. Ansprüche und Erwartungen sind gewachsen – gleichzeitig sanken die Realisierungsmöglichkeiten. Die Folgen sind Perspektivlosigkeit und ein zunehmender Pessimismus als Grundstimmung in der Gesellschaft.

Die Gorbatschow-Führung entschloß sich zu einer radikalen Reformpolitik, weil sie den Gesamtzustand des Landes überwiegend negativ beurteilte. Kein Bereich ist bei dieser Negativbilanz in der Publizistik so stark herausgestellt worden und hat wohl auch bei der subjektiven Motivierung der neuen Führung zum Handeln eine so große Rolle gespielt wie der kritische Zustand der Wirtschaft. Eindringlicher Beweis dafür war der Rückgang der Wachstumsraten. Während die jährliche Wachstumsrate des produzierten Nationaleinkommens 1956–1960 9,2 Prozent betragen hatte, fiel sie im Zeitraum von 1981 bis 1985 auf 3,4 Prozent. Umgerechnet auf das Bruttosozialprodukt (den in westlichen Industrieländern verwendeten Indikator der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) bedeutet dies einen Wachstumsrückgang von etwa 7 Prozent jährlich in den fünfziger Jahren auf 1,5–2 Prozent in der ersten Hälfte der achtziger Jahre. Damit bezeichnet der 11. Fünfjahresplan (1981–85) ein historisches Tief in der Geschichte der Sowjet-

union²⁾. Diese Daten sind zudem geschönt, weil die Mechanismen der Planerfüllungsstatistik systematisch zu Korrekturen nach oben motivieren. Hinter diesen Zahlen verbirgt sich die Realität, daß seit Ende der siebziger Jahre der Lebensstandard zum Null- und Minuswachstum tendiert, wobei regional und produktmäßig erhebliche Unterschiede bestehen. So wie in den beiden vorausgegangenen Jahrzehnten die Verbesserung des Lebensniveaus ein Stabilitätsfaktor gewesen war, trug jetzt der Rückgang des Lebensstandards erheblich zum Loyalitätsverlust gegenüber Partei und Regierung bei.

Der Rückgang des Wirtschaftswachstums erscheint deshalb so dramatisch, weil er strukturell bedingt ist und – ohne grundsätzliche ordnungspolitische Eingriffe – keine Trendwende zu erkennen ist. Die extensiven Wachstumsfaktoren – Zufuhr von Arbeitskräften, Kapital und billigen natürlichen Ressourcen –, die früher die Wirtschaft angekurbelt hatten, standen nicht mehr zur Verfügung. Die Umstellung auf intensive Wachstumsfaktoren – Steigerung der Arbeits- und Kapitalproduktivität – ist der sowjetischen Wirtschaft bis jetzt nicht gelungen. In den Bereichen Effizienz und Qualität vergrößerte sich vielmehr der Abstand zu den westlichen Industrienationen. Eine Verbesserung der Lage war auch deshalb nicht zu erwarten, weil die Arbeitsmotivation wegen fehlender materieller Anreize weiter rückläufige Tendenzen zeigte.

Alle hier beschriebenen Krisensymptome in Gesellschaft und Wirtschaft entwickelten sich vor dem Hintergrund einer partiellen Öffnung der Sowjetunion nach außen. Für immer mehr Menschen wurden der Westen und die aufstrebenden Länder Ostasiens zum Maßstab. Die abnehmende Leistungsfähigkeit des sowjetischen Systems im internationalen Vergleich bedeutete auch insofern eine schwere Belastung, als sie in scharfem Gegensatz zu dem lange erstrebten und am Beginn der siebziger Jahre erreichten militärischen und außenpolitischen Weltmachtstatus der Sowjetunion stand. Ende der siebziger Jahre verschlechterte sich auch die internationale Lage der Sowjetunion. Die USA hatten nach der Überwindung der Traumata des verlorenen Vietnam-Krieges und der Watergate-Affäre zu neuem Selbstbewußtsein gefunden, während die Sowjetunion in Überschätzung ihrer Kräfte immer neue außenpolitische Engagements (in Afrika, Lateinamerika, Intervention in Afghanistan 1979) eingegangen war. Sie hatte durch eine anhaltende Phase der Hochrüstung in den siebziger Jahren der NATO einen Rüstungswettlauf aufgezungen, der die Staaten des Warschauer Pakts technologisch und finanziell zu überfordern drohte.

Während die Sowjetunion in die erste Phase der Entspannung in den sechziger Jahren aus einer Position der Stärke eintrat, mußte sie Mitte der achtziger Jahre aus einer Situation der Schwäche han-

¹⁾ M. Yanowitch, Schooling and inequalities, in: L. Schapiro, J. Godson (eds.), *The Soviet worker*, London 1981, S. 134.

²⁾ Vgl. H.-H. Höhmann, Sowjetische Wirtschaft unter Gorbatschow: Auf der Suche nach neuem Profil, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.), *Sowjetunion 1986/87*, München 1987, S. 114ff.

deln³⁾. Gorbatschow hat wiederholt ausgesprochen, daß die Sowjetunion im Jahre 2000 keine Supermacht mehr sein wird, wenn sie nicht zu „radikalen Reformen“, ja zu einer „Revolution“ auf

allen Gebieten die Kraft findet. So wirkten vielfältige innen- und außenpolitische Krisensymptome und Motive zusammen, um die Sowjetunion auf den Weg der Perestroika zu weisen.

II. Gorbatschow: Neue Orientierungen und alte Techniken der Macht

Das historische Verdienst Michail Gorbatschows besteht darin, die Krisensymptome erkannt und daraus die entsprechenden Konsequenzen gezogen zu haben. Er stellte sich und die neue Partei- und Staatsführung an die Spitze der Reformbewegung, um nicht von ihr überrollt zu werden. Gorbatschow hat zu Recht abgelehnt, die Perestroika mit dem Begriff „Revolution von oben“ zu bezeichnen, den Stalin zur Charakterisierung seiner Politik der dreißiger Jahre eingeführt hatte⁴⁾. Er nahm vielmehr die weithin in der Sowjetunion verbreitete Überzeugung auf, daß es so wie bisher nicht weitergehen konnte, daß die Stagnation der Breschnew-Jahrzehnte einen Problem- und Konfliktstau hatte wachsen lassen, der entschiedenes Handeln dringend erforderte. Mit dieser Überzeugung stand Gorbatschow in der Führungsspitze der KPdSU keineswegs allein.

Als Michail Gorbatschow am 11. März 1985 mit knapper Mehrheit vom Politbüro dem ZK als neuer Generalsekretär zur Wahl präsentiert wurde, hatte er eine typische Karriere als Parteifunktionär hinter sich, die erst seit 1978 mit der Berufung nach Moskau steil in die Höhe geführt hatte. Der am 2. März 1931 im Nordkaukasus geborene Russe Gorbatschow machte 1955 an der Moskauer Universität sein Abschlußexamen als Jurist und kehrte in seine Heimat zurück, wo er zunächst in der kommunistischen Jugendorganisation Komsomol und dann in der Partei als hauptamtlicher Funktionär immer weiter nach oben stieg. 1970 wurde er Erster Parteisekretär der Region Stawropol. 1978 berief ihn Breschnew als ZK-Sekretär für Landwirtschaft nach Moskau. Im Jahr darauf wurde er zum Kandidaten und 1980 zum Vollmitglied des Politbüros kooptiert⁵⁾. Gorbatschow ist der erste sowjetische Führer, dessen Karriere nicht mehr in die Stalin-Zeit zurückreicht und insofern nicht mit Blut befleckt ist.

Die Perestroika begann im Bereich des Wortes, der Glasnost. Seit 1986 — insbesondere nach dem XXVII. Parteitag der KPdSU (Februar/März 1986) — wurde zunehmend der Terminus Perestroika, d. h. Umbau, zur Bezeichnung des neuen politischen Kurses benutzt. Gorbatschow gebrauchte daneben Begriffe wie „radikale Reform“, „tiefgrei-

fende Erneuerung“, „radikale Wende“ und sogar „Revolution“ zur Bezeichnung seiner Politik.

Dieser Wortradikalismus steht allerdings in einem deutlichen Mißverhältnis zum politischen Handeln, das eben nicht auf Revolution, d. h. die Ablösung des alten Systems durch eine neue Herrschafts- und Gesellschaftsordnung, sondern auf Verbesserungen und Erneuerungen am Ancien régime gerichtet war. Gorbatschow hielt bis zum Februar 1990 an den Fundamenten des Sowjetsystems weitgehend fest, zu denen für ihn vor allem das Machtmonopol der Partei und die sozialistische Planwirtschaft gehörten. Beides sollte zwar aufgelockert werden, die Parteiherrschaft z. B. durch ein gewisses Maß an innerparteilicher Demokratie und die Planwirtschaft durch Einführung begrenzter Marktelemente, aber als Strukturprinzipien stand beides nicht zur Disposition.

Bei aller Entschlossenheit, an „sozialistischen“ und „leninistischen Idealen“ festzuhalten, war Gorbatschow doch bereit, bisher unantastbare Tabus in Frage zu stellen, um die Sowjetunion wieder in Schwung zu bringen. Man kann ihn deshalb als Revisionisten bezeichnen⁶⁾. So stellte Gorbatschow fest: „Wir haben kein Universalrezept. . . Wir sind weit davon entfernt, unseren Weg für den einzig richtigen zu halten.“ Das „Monopol auf die Theorie“ müsse überwunden werden⁷⁾. Solche revisionistischen Positionen hielten Gorbatschow jedoch nicht davon ab, sich als Retter des Sozialismus darzustellen, der Antwort auf alle Fragen „nicht außerhalb, sondern innerhalb des Sozialismus“ sucht. „Wir werden uns weiter auf einen besseren Sozialismus zu bewegen, und nicht von ihm weg.“⁸⁾

Als Gorbatschow im März 1985 die Führung des Landes übernahm, hatte er kein fertiges Programm oder gar einen festen Bauplan, wie eine Sowjetunion nach Abschluß einer Perestroika aussehen sollte. Diese Konzeptionslosigkeit ist ihm, insbesondere von den dogmatischen Bremsern in den eigenen Reihen, immer wieder zum Vorwurf gemacht worden. Tatsächlich gehört es jedoch zu Gorbatschows Verdiensten, daß er keine klaren Vorstellungen von den Strukturen eines zukünftigen Rußland hatte, weil damit der Weg für pragmatisches politisches Handeln geöffnet wurde, zu dem weder Chruschtschow noch Breschnew fähig waren. Gorbatschow hat sich in erheblichem Umfang als lernfähig erwiesen. Er hat viele zunächst getrof-

³⁾ Vgl. S. Bialer, Domestic and international factors in the formation of Gorbachev's reforms, in: Journal of International Affairs, 42 (1989) 2, S. 283 ff.; S. Sestanovich, Gorbachev's foreign policy: A diplomacy of decline, in: Problems of Communism, 37 (1988) 1, S. 1 ff.

⁴⁾ Vgl. M. Gorbatschow, Perestroika. Die zweite russische Revolution, München 1987, S. 67 ff.

⁵⁾ Vgl. B. Meissner, Die Sowjetunion im Umbruch. Historische Hintergründe, Ziele und Grenzen der Reformpolitik Gorbatschows, Stuttgart 1988, S. 75 ff.

⁶⁾ Vgl. Z. Brzezinski, Das gescheiterte Experiment. Der Untergang des kommunistischen Systems, Wien 1989, S. 71 ff.

⁷⁾ M. Gorbatschow (Anm. 4), S. 13 u. S. 57.

⁸⁾ Ebd., S. 42 f.

fene Entscheidungen und Maßnahmen zurückgenommen, als sie ohne Erfolg blieben. Das hat ihn in die Lage versetzt, auf die von niemandem erwartete Dynamik der gesellschaftlichen Kräfte, die durch die vergleichsweise begrenzten Reformschritte der Führung ausgelöst worden ist, zu reagieren.

In seiner Rede zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution am 2. November 1987 pries Gorbatschow noch die Kollektivierung der Landwirtschaft als einzigen Ausweg aus der damaligen Krise und als Großtat des sozialistischen Aufbaus. Im Sommer 1988 plädierte er für das Pachtsystem, das wahrscheinlich der erste Schritt zur Auflösung vieler Kolchosen und Sowchosen sein wird⁹⁾. Im März 1989 sprach er davon, daß während der Kollektivierung „Millionen Bauern mit ihren Familien ihr Land, ihren Heimatboden verloren . . . und in den Lagern und in der Verbannung zugrunde gingen“¹⁰⁾. Fünf Jahre lang war Gorbatschow gegen alle Versuche zu Felde gezogen, am Machtmonopol der KPdSU zu rütteln — in der Neufassung des Parteiprogramms von 1986 war in alter Tradition sogar vom weiteren Wachsen der führenden Rolle der Partei die Rede —, um dann im Februar 1990 einem verblüfften ZK-Plenum den Verzicht auf die Führungsrolle der Partei vorzuschlagen.

Was als mangelnde Festigkeit und Sprunghaftigkeit erscheint, ist in Wirklichkeit die Fähigkeit zum Eingehen auf sich drastisch verändernde politische Handlungsbedingungen und politische Taktik der Machtsicherung. Während 1985 in der Führung und wohl auch in Teilen der Apparate weitgehend Einigkeit über die Notwendigkeit von Reformen bestand, haben sich in den Jahren danach in der Auseinandersetzung um konkrete Maßnahmen und die Qualität der Veränderungen deutliche Fronten formiert. Den dogmatischen Bremsern — mit Politbüro-Mitglied Jegor Ligatschow an der Spitze — traten die Liberalen und Radikalreformer — mit Andrej Sacharow als Integrationsfigur — gegenüber. Gorbatschow hat im Laufe der Jahre mehrfach die Fronten und die Koalitionspartner gewechselt, immer darum bemüht, sich eine zentristische Position zu erhalten. Das Risiko einer solchen Taktik besteht allerdings im Verlust an Glaubwürdigkeit und in der Gefahr, zwischen den Fronten aufgerieben zu werden.

Die fehlende Konzeption auf seiten der Gorbatschow-Führung und die Taktik der wechselnden Fronten erklären, warum die Perestroika nicht geradlinig verlief und unterschiedliche Perioden aufweist. 1985 und 1986 wurde im wesentlichen mit traditionellen administrativen Mitteln versucht, die wirtschaftliche Talfahrt aufzuhalten. Neben die Umorganisation der schwerfälligen wirtschaftlichen Leitungsapparate traten Kampagnen zur Disziplinierung am Arbeitsplatz, gegen die Produktion von Ausschuß und die Anti-Alkohol-Kampagne. Erst

⁹⁾ Vgl. H. Brahm, Ein Porträt Gorbatschows, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.), Sowjetunion 1988/89. Perestroika in der Krise?, München 1989, S. 52.

¹⁰⁾ M. S. Gorbatschow, Ob agrarnoj politike KPSS v sovremennyh uslovijach. Doklad na plenum CK KPSS 15 marta 1989 goda. Moskau 1989, S. 10.

seit 1987 wurde der Führung klar, daß eine Wiederbelebung der Wirtschaft ohne tiefgreifende Einschnitte in das System der Herrschaft nicht zu erreichen war. Vor allem die kritische Publizistik gewann seit 1987 an Schärfe und Kraft; sie sollte die Gesellschaft aus Passivität und Resignation reiben.

Mit der 19. Unionsparteikonferenz im Juni/Juli 1988 trat die Perestroika in eine neue Phase ein, die Reform des politischen Systems wurde forciert. Seit dieser Zeit erreichte auch Glasnost eine höhere Stufe, die z. B. durch die Publikation von Solschenykins „Archipel Gulag“ im Jahr 1989 markiert war.

Die letzten Monate des Jahres 1989 bis Januar 1990 waren ein Rückschritt und eine Periode der Dogmatiker und Bremser. Gorbatschow solidarisierte sich — wohl auch unter dem Eindruck des Zusammenbruchs der kommunistischen Parteien in Ostmitteleuropa — in wesentlichen Punkten mit den Konservativen in der KPdSU, um sich dann während des ZK-Plenums im Februar 1990 scheinbar den radikalen Reformern zu nähern und den Verzicht auf das Machtmonopol der KPdSU vorzuschlagen.

Es gehört durchaus zu den traditionellen Techniken der Macht, daß sich ein neuer Führer, insbesondere während des Ausbaus seiner persönlichen Machtstellung, mal auf die eine, mal auf die andere Gruppierung stützt und sich selbst das Image des gemäßigten Zentristen gibt. Auch in einem anderen Bereich hat Gorbatschow alte, im sowjetischen Herrschaftssystem erprobte Machtmittel besonders intensiv eingesetzt: in der Personalpolitik. Kein sowjetischer Führer seit Stalin hat in so kurzer Zeit so viele Funktionäre auf allen Ebenen entlassen und so viele Positionen mit neuen Leuten besetzt. Dabei sind sicherlich nicht alle neuen Amtsinhaber lupenreine Gefolgsleute Gorbatschows, aber er hat sich doch in der Nomenklatura eine beträchtliche Klientel geschaffen, die im Prinzip auf dem Standpunkt steht, daß es zu Gorbatschow keine Alternative gibt.

Seit 1987 wächst die Zahl der zum wiederholten Mal neu besetzten Nomenklatura-Posten und damit die allgemeine Verunsicherung der Kader. Dies bedeutet eine Belastung für die Loyalität gegenüber der Gorbatschow-Führung. Außerdem ist es Gorbatschow trotz umfangreicher Personalrevisions in den Spitzen und an der Basis der Nomenklatura nicht gelungen, sich eine sichere Mehrheit im ZK aufzubauen. Der Grund ist vor allem das Parteistatut, das die Bestellung neuer Mitglieder und Kandidaten des ZK dem Parteitag vorbehält. So blieb Gorbatschow zunächst auf das vom XXVII. Parteitag (Februar/März 1986) gewählte ZK angewiesen, obwohl viele seiner Angehörigen danach jene Funktionen verloren, die ihnen zuvor die Mitgliedschaft im ZK eingebracht hatte. Zwar gelang es Gorbatschow, auf dem ZK-Plenum im April 1989 110 „tote Seelen“ im ZK und in der Zentralen Revisionskommission zum Rücktritt zu nötigen, aber er konnte seine Klientel nicht an ihrer Stelle in diese Gremien aufnehmen lassen. Einen Versuch Gorbatschows zur personellen Umgestaltung des ZK

durch die 19. Unionsparteikonferenz (Juni/Juli 1988) hatte das konservative Parteiestablishment verhindert.

Parallel zur personellen Neugestaltung der Nomenklatura konnte Gorbatschow in erstaunlich kurzer Zeit seine persönliche Machtstellung institutionell ausbauen. Seit seiner Wahl zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet mit deutlich erweiterten Kompetenzen im Mai 1989 verfügte er über eine breitere institutionelle Machtbasis als seine Vorgänger Breschnew, Andropow und Tschernenko. Schon am 1. Oktober 1988 hatte er überraschend und ohne öffentliche Diskussion die Funktion des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet (in seiner alten Form) übernommen. Seit seiner Wahl zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet durch den Kongreß der Volksdeputierten im Mai 1989 vereinigte Gorbatschow folgende Ämter in seiner Person: Generalsekretär der KPdSU, Vorsitzender des Verteidigungsrates und damit Oberkommandierender der Streitkräfte, Vorsitzender des Obersten Sowjet und damit zugleich Parlamentspräsident des Kongresses der Volksdeputierten und des Obersten Sowjet. Diese Ämterkumulation verband also die entscheidenden Schlüsselstellungen der Exekutive

und der Legislative miteinander. Gleichzeitig mit der Erweiterung der institutionellen Machtbasis sank die Autorität Gorbatschows in der Bevölkerung. Nur 43 Prozent bezeichneten Gorbatschow bei einer Repräsentativumfrage im August 1989 als den „bedeutendsten Politiker des Landes“¹¹⁾.

Das sinkende Ansehen der Perestroika und der galoppierende Machtverfall der Partei waren die wesentlichen Ursachen für die Einführung eines Präsidialsystems durch den Kongreß der Volksdeputierten auf seiner außerordentlichen Sitzung vom 12. bis 15. März 1990. Gorbatschow wurde am 15. März als einziger Kandidat mit der verhältnismäßig knappen Mehrheit von 59 Prozent der Stimmen der Mitglieder des Volkskongresses in das Präsidentenamt gewählt, das mit noch weitergehender Machtfülle ausgestattet ist als das Amt des Vorsitzenden des Obersten Sowjet. Das Vetorecht gegenüber Gesetzen des Obersten Sowjet und das alleinige Recht zur Verhängung des Kriegszustands (der Ausnahmezustand ist von der Zustimmung des Präsidiums des Obersten Sowjet abhängig) sowie die Möglichkeit, mit Präsidialdekreten (ukazy) zu regieren, erinnern an die Machtfülle eines Autokraten.

III. Die Krise des politischen Systems

Seit 1989 läßt sich deutlich erkennen: Das sowjetische politische System ist nicht mehr funktionsfähig. Die KPdSU befindet sich in einer Legitimationskrise, die ihre Existenz bedroht. Die Partei hat sichtbar ihre „führende Rolle“ eingebüßt, noch bevor das ZK-Plenum im Februar 1990 daraus die Konsequenz zog. Die KPdSU ist nicht mehr regierungsfähig. Der Zerfall der regierenden kommunistischen Parteien, der zuerst in Polen 1989 offensichtlich wurde und sich dann auf alle Länder Ostmitteleuropas ausbreitete, griff zunächst auf die baltischen und transkaukasischen Republiken der Sowjetunion über.

Der Film läuft sozusagen rückwärts. Wie sich einmal die Revolution vom russischen Machtzentrum auf das ganze Russische Reich und nach 1945 auf Ostmitteleuropa ausgebreitet hat, so brach das revolutionäre Regime zuerst an den Rändern zusammen und der Zusammenbruch zog immer engere Kreise um das Zentrum.

Wie konnte es dazu kommen? Latent war die Legitimationskrise der Partei bereits seit den sechziger Jahren, aber erst die Flutwelle der Perestroika hat sie akut werden lassen. Die KPdSU war seit ihren leninistischen Ursprüngen eine politische Organisation zur Machteroberung und Machterhaltung — und zwar durch nichtdemokratische Mittel. Aber sie verband diesen Machtanspruch zu Beginn unseres Jahrhunderts mit einer Zukunftsvision, die sie jedenfalls einem Teil der Intelligenz und der Arbeiterschaft vermitteln konnte. Außerdem fand die bolschewistische Revolution in einer internationa-

len Umwelt statt, in der die parlamentarische Demokratie die Ausnahme zu sein und der Diktatur die Zukunft zu gehören schien. In beiden Fällen haben sich heute die Handlungsbedingungen gegen die Kommunistische Partei gewendet. Die Demokratie hat im letzten Drittel des Jahrhunderts in vielen Teilen der Welt eine erstaunliche und überraschende Kraft entfaltet. Zumal in Europa geht die Zahl der Diktaturen zurück.

Besonders der Zusammenbruch der Einparteierrschaft in den Staaten Ostmitteleuropas 1989 hat den Druck auf die KPdSU erheblich verstärkt. Zwei Gesichtspunkte erscheinen dabei von besonderer Bedeutung. Erstens: Der Verzicht der kommunistischen Parteien in Ostmitteleuropa auf ihr Monopol hat ihre Machtstellung nicht stabilisieren können, sondern zum weiteren Verfall der Herrschaft geführt. Zweitens: Auch Reformkommunisten wie in Ungarn, der DDR oder der Tschechoslowakei waren nicht in der Lage, die Macht in ihren Händen zu behalten. Beides sind Indizien dafür, daß das politische System der Einparteierrschaft nicht mehr reformfähig ist. Die Gesellschaft akzeptiert nicht mehr die Version der Reformkommunisten, nach der einzelne Parteiführer, der Stalinismus und überhaupt die „Deformationen des Sozialismus“ verantwortlich seien für den blutigen Terror der Vergangenheit und die wirtschaftliche Misere der Gegenwart. Die Verantwortung wird dem politischen System der Einparteierrschaft als solchem angelastet.

Die Legitimationskrise der KPdSU ist — so paradox das klingen mag — Folge einer extremen und gut funktionierenden Machtsicherung. Die Partei hat dazu einzigartige Instrumente entwickelt, die in

¹¹⁾ N. Popov, *Krizis doverija — krizis vlasti*, in: *Ogonek*, (1990) 7, S. 3.

dieser Form eine Erfindung der Partei Leninschen Typs waren. Sie ist in alle Organisationen des Staates, der Wirtschaft, der Armee, der Bildung eingedrungen, bildet dort mit ihren Parteikomitees den „führenden Kern“ und hat das öffentliche Leben und die Wirtschaft zu „Transmissionsriemen“ des Parteiwillens degradiert.

Zentrales Lenkungsinstrument ist die Personalpolitik in der Form der Nomenklatura. Hunderttausende von Schlüsselstellungen in allen Bereichen werden durch die Partei und mit Parteimitgliedern besetzt. Funktionsstellungen werden also nicht aufgrund von Kompetenz und in offenem Wettbewerb vergeben. Die KPdSU mit ihren gegenwärtig etwa 19 Millionen Mitgliedern ist in erheblichem Umfang eine Organisation von Karrieristen, die weltanschauliche und politische Konformität simulieren, soweit und solange das dem Fortkommen nützt. Über 90 Prozent der Bevölkerung sind vom Aufstieg in Führungspositionen weitgehend ausgeschlossen. Keine moderne Gesellschaft kann sich einen solchen Aderlaß bei der Rekrutierung ihrer Eliten ungestraft leisten, durch den Fähigkeiten, Talente und Ambitionen in großem Stil mißachtet werden und ungenutzt bleiben, während Opportunismus und Konformismus belohnt werden.

Ohne daß sich am Nomenklatura-System im Prinzip etwas geändert hat, wurde in den vergangenen Jahren auch von seiten der Parteiführung in einzelnen Fällen die Übertragung von Führungspositionen an Nichtparteimitglieder gefördert und propagandistisch herausgestellt. Seit 1989 gibt es zum ersten Mal im Ministerrat der UdSSR ein Mitglied ohne Parteibuch: den Vorsitzenden des Staatskomitees für Naturschutz, N. Woronzow. Auf der anderen Seite war der Parteiapparat ängstlich bemüht, in Schlüsselstellungen nach wie vor möglichst viele Parteimitglieder hineinzubringen — in der Hoffnung, so am besten Machtpositionen bewahren zu können. 88 Prozent der im März 1989 gewählten Abgeordneten des Kongresses der Volksdeputierten sind Mitglieder der KPdSU — im Obersten Sowjet von 1984 hatten „nur“ 71 Prozent Parteimitglieder gesessen¹²⁾.

Der eiserne Zugriff des Parteiapparates auf die Betriebe, Verwaltungen und Bildungseinrichtungen erweist sich als kontraproduktiv und läßt sich auch nicht mehr durch den Hinweis auf die Tätigkeit angeblicher „Volksfeinde“ rechtfertigen. Allerdings wird gerade deswegen verständlich, warum der Parteiapparat mit großem Eifer überall „Extremisten“ und „Feinde der Perestroika“ namhaft macht — von den Balten und Aserbaidschanern bis zu den informellen Gruppen und der interregionalen Abgeordnetengruppe. So kann „bewiesen“ werden, daß die Partei die einzige Klammer ist, die das Land zusammenhält und vor der Anarchie bewahrt.

Alle Anstrengungen des Parteiapparats, seine Unersetzlichkeit zu demonstrieren, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich am Ende der achtziger Jahre zum ersten Mal seit 1917 die Frage der

Macht stellt. In immer größer werdenden Gruppen der Gesellschaft und in immer mehr Regionen des Landes wird die Einparteiherrschaft nicht mehr akzeptiert. Die Gorbatschow-Führung hat aus dieser Situation Konsequenzen gezogen: Durch die seit der 19. Unionsparteikonferenz (Juni/Juli 1988) eingeleiteten Reformen am politischen System werden die Kompetenzen der Sowjets erweitert und die Machtbefugnisse des Parteiapparats eingeschränkt. Diese teilweise Verlagerung der Macht auf die gewählten Sowjets steht im Dienst der Machterhaltung der Partei. Die Macht soll auf ein breiteres Fundament gestellt werden. Die Partei soll sich sozusagen mit und in den Sowjets bewähren. Deshalb beschloß die 19. Unionsparteikonferenz, daß die Ersten Parteisekretäre von der lokalen Ebene bis zum Zentralkomitee „in der Regel“ zugleich Vorsitzende des Sowjets auf der entsprechenden Ebene sein sollten. Zwar verwirklichte Gorbatschow im September 1988 für seine Person diese Ämterkombination, eine „Regel“ ist daraus jedoch nicht geworden, und nach den Wahlen im März 1989 wurde dieser Beschluß der 19. Unionsparteikonferenz fallengelassen¹³⁾. Zu viele Parteisekretäre waren bei den Wahlen durchgefallen oder mußten das für die Zukunft befürchten.

Die 19. Unionsparteikonferenz beschloß erste Schritte zur Einführung des Parlamentarismus, die mit der Verfassungsreform und dem Wahlgesetz vom 1. Dezember 1988 in Kraft traten. Dahinter stand offenbar das Kalkül, es könne und müsse gelingen, mit der teilweisen Übernahme parlamentarischer Instrumente eine neue Vertrauensbasis für die Einparteiherrschaft in der Gesellschaft zu schaffen und sie auf diese Weise für die Zukunft zu sichern. Die Gorbatschow-Führung war sich über das Risiko dieses Schrittes nicht im klaren: Ein wenig Parlamentarismus oder Schein-Parlamentarismus löst die Forderung nach umfassendem Parlamentarismus, d. h. nach einem Mehrparteiensystem, aus — mit unübersehbaren Folgen für die künftige Rolle der KPdSU.

Die Verfassungsreform vom 1. Dezember 1988 schuf ein neues oberstes legislatives Organ, den Kongreß der Volksdeputierten mit 2 250 Abgeordneten. Der Kongreß der Volksdeputierten wählt den — wie bisher aus zwei Kammern (dem Unionsowjet und dem Nationalitätensowjet) bestehenden — Obersten Sowjet, in dem 542 Berufsparlamentarier sitzen. Der Oberste Sowjet — das eigentliche gesetzgebende Organ — tritt zu zwei Sitzungsperioden im Jahr jeweils für mehrere Monate zusammen. 20 Prozent seiner Mitglieder sollen jährlich aus dem Bestand der Abgeordneten des Volkskongresses neu gewählt werden. Die Legislaturperiode beträgt fünf Jahre, die Wiederwahl der Abgeordneten und auch des Vorsitzenden des Obersten Sowjet ist nur einmal möglich. Zu den Kompetenzen des Volkskongresses gehören die Wahl des Vorsitzenden des Obersten Sowjet, Verfassungsänderungen und die nicht näher präzisierete Festlegung von Haupttrichtlinien der Politik. Ein Drittel der Abge-

¹²⁾ E. Schneider. Auf dem Weg zum Parlamentarismus, Berichte des BLOst, Nr. 64/1989, S. 40.

¹³⁾ Vgl. ebd., S. 9 u. S. 14; I. Kljamkin, Trudnyj spusk s zijajuščich vyсот, in: Ogonek, (1990) 5, S. 6.

ordneten des Volkskongresses wurden nicht in allgemeinen Wahlen bestimmt, sondern von der KPdSU, den Gewerkschaften und anderen Organisationen entsandt.

Dieser eingeschränkte Parlamentarismus wurde zusätzlich beeinträchtigt, weil es zum Zeitpunkt der ersten Wahlen im März 1989 kein Mehrparteiensystem gab. (Es wurde erst an der Jahreswende 1989/90 zunächst nur in den drei baltischen Republiken legalisiert.) Gerade weil sich im März 1989 nicht verschiedene Parteien zur Wahl stellen konnten, kam der Wahlmöglichkeit unter mehreren Kandidaten erhöhte Bedeutung zu. Das Wahlgesetz schreibt allerdings die Aufstellung mehrerer Kandidaten für ein Mandat nicht zwingend vor; so kandidierte in einem Viertel der Wahlkreise im März 1989 nur eine Person. Weitere Manipulationsmöglichkeiten hatte sich der Parteiapparat über die Wahlkreisversammlungen offengehalten, die nach dem Wahlgesetz die Aufgabe haben, bereits nominierte Kandidaten zu registrieren. Nur 38 Prozent der nominierten Kandidaten (etwa 2 900 für die 1 500 territorialen und national-territorialen Wahlkreise) passierten dieses Registrierungsverfahren.

Trotz der vielfältigen Kautelen gegen Machtverlust fielen bei den ersten Wahlen am 26. März 1989 Parteifunktionäre reihenweise durch. Über 50 Erste Sekretäre von Gebiets-, Regions- und Stadtparteikomitees wurden nicht gewählt. In manchen Städten wie in Leningrad und in Kemerowo im Kusnezsk-Becken kam es geradezu zu einem Kahlschlag unter den Führungskadern¹⁴⁾. Dennoch behielt die „schweigende Mehrheit“, d. h. die große Zahl der von den Apparaten nominierten und gesteuerten Abgeordneten, sowohl im Volkskongreß als auch im Obersten Sowjet, klar die Oberhand. Gorbatschow konnte sie weitgehend in seinem Sinn manipulieren. Im Juli 1989 schlossen sich demokratisch gesinnte Abgeordnete des Volkskongresses, denen die politischen Schritte Gorbatschows zu halbherzig und unentschlossen erschienen, zur „interregionalen Abgeordnetengruppe“ zusammen. Zu ihr gehörten Ende 1989 360 Abgeordnete unter Führung von Andrej Sacharow († 14. Dez. 1989), Boris Jelzin, Gawriil Popow, Jurij Afanasjew und W. Palm¹⁵⁾. Wie hart der Boden für die Entwicklung eines wirklichen Parlamentarismus ist, wird auch daraus deutlich, daß diese Gruppe zwar zunehmend antileninistische Programmpunkte formulierte, sich aber nicht dazu entschließen konnte, sich als „Opposition“ zu bezeichnen¹⁶⁾. Dies, obwohl Gorbatschows populärster Widersacher, der Moskauer Abgeordnete Jelzin, die Grundlage des sowjetischen Systems in Frage stellte: „Es gab in unserem Leben vielerlei Unglück, aber das Haupt-

unglück war trotzdem das Machtmonopol der Partei.“¹⁷⁾

Die erste Sitzungsperiode des Kongresses der Volksdeputierten (25. Mai—9. Juni 1989) wurde von der „redenden Minderheit“ bestimmt, die in zuvor unvorstellbarer Offenheit ein weitgehend schonungsloses Bild von der sowjetischen Realität vor der erregten sowjetischen Gesellschaft ausbreitete, die die Debatten — von wenigen Ausnahmen abgesehen — live am Fernsehschirm verfolgte¹⁸⁾. Die Offenlegung der Armut, der Versorgungsmängel, der Verfilzung von Kriminalität und Parteiapparat oder die Verurteilung des Afghanistan-Krieges haben zur Politisierung der Öffentlichkeit beigetragen, andererseits jedoch auch hochgespannte Erwartungen auf eine schnelle Verbesserung aller Verhältnisse geweckt, die sehr bald enttäuscht wurden. Sacharow brachte am 9. Juni 1989, dem letzten Sitzungstag, ein „Dekret über die Macht“ ein, das die Abschaffung der „führenden Rolle“ der KPdSU (Art. 6 der Verfassung von 1977), politischen Pluralismus und die Einschränkung und Kontrolle der nahezu unbegrenzten Macht Gorbatschows forderte. Eine Debatte darüber wurde jedoch ebensowenig zugelassen wie über den Vorschlag des Abgeordneten Jurij Karjakin, Lenin aus dem Mausoleum zu entfernen und in Petersburg (sic) zu beerdigen¹⁹⁾.

Verglichen mit dem Volkskongreß und seinen über 2 000 Abgeordneten erwies sich der Oberste Sowjet als Berufsparlament mit 542 Abgeordneten und zahlreichen ständig arbeitenden Kommissionen als schwieriger durch die Führung lenkbar. Die erstmals in der Sowjetunion vorgeschriebene Bestätigung aller Regierungsmitglieder durch den Obersten Sowjet führte während der ersten Sitzungsperiode (7. Juni—4. August 1989) entgegen dem Willen Gorbatschows zu langwierigen Personaldebatten und zur Ablehnung einiger von Ministerpräsident Nikolaj Ryschkow vorgeschlagener Kandidaten. In der Herbst-Sitzungsperiode (25. September—28. November 1989) erlitt Gorbatschow erstmals Abstimmungsniederlagen. So votierte der Oberste Sowjet entgegen dem ausgesprochenen Willen Gorbatschows dafür, in Zukunft nicht mehr ein Drittel der Abgeordneten des Volkskongresses durch die KPdSU und andere „gesellschaftliche“ Organisationen bestimmen zu lassen. Gorbatschow hatte diese Drittelvertretung für die KPdSU und von ihr abhängige Organisationen auf die Sowjets aller Ebenen bis hinunter zu den lokalen Sowjets ausweiten wollen. Ebenso verweigerte der Oberste Sowjet seine Zustimmung zu einem von Gorbatschow beantragten allgemeinen Streikverbot, das daraufhin eingeschränkt wurde²⁰⁾.

Im Kongreß der Volksdeputierten und im Obersten Sowjet haben sich drei politische Gruppierungen

¹⁴⁾ E. Schneider (Anm. 12), S. 38 u. S. 40.

¹⁵⁾ Vgl. Proekt platformy Mežregional'noj grupy narodnych deputatov SSSR, Moskau November—Dezember 1989. Archiv Samizdata, Nr. 6440 (5. Februar 1990); Spisok narodnych deputatov SSSR, podverdivšich svoje učastie v Mežregional'noj deputatskoj grupe, Moskau 16. Oktober 1989. Archiv Samizdata, Nr. 6441 (12. Februar 1990).

¹⁶⁾ Začem deputatam razdel'jat'sja, in: Moskovskie novosti vom 6. August 1989.

¹⁷⁾ V poiskach soglasija, in: Moskovskie novosti vom 14. Januar 1990.

¹⁸⁾ Die Sitzungsprotokolle wurden auch in der Izvestija vom 26. Mai bis 11. Juni 1989 publiziert.

¹⁹⁾ Izvestija vom 4. und 11. Juni 1989.

²⁰⁾ Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 5., 12. und 27. Oktober 1989; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. Oktober 1989.

herausgebildet, die allerdings weder personell noch in der politischen Programmatik strikt voneinander abzugrenzen sind. Sie spiegeln aber politische Strömungen in der Gesellschaft wider, die auch in der Publizistik deutlichen Ausdruck finden. Eine große Gruppe von Abgeordneten – wahrscheinlich die größte – bilden die Vertreter der Apparate, vorab des Parteiapparats. Viele von ihnen waren in den ersten Jahren nach 1985 für die Perestroika eingetreten, weil sie gewisse Reformen zur Sicherung der Funktionsfähigkeit des politischen Systems für unausweichlich hielten. Als sich jedoch herausstellte, daß es mit kosmetischen Reparaturen am Gebäude des „entwickelten Sozialismus“ nicht getan sein würde, daß vorsichtige Reformschritte einen immer größeren Bedarf nach immer weitergehenden Veränderungen auslösten und daß vor allem die Perestroika von oben eine bedrohliche Dynamik von unten in Gang brachte, da wurden die Apparatschiki zu entschiedenen Bremsern. Sie sahen jetzt den Sozialismus an sich bedroht, diagnostizierten den beginnenden Zerfall der Partei und des Imperiums und warnten vor dem heraufziehenden Kapitalismus und der Anarchie. Zur Leitfigur der konservativen Bremsen wurde Politbüromitglied Jegor Ligatschow.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums stehen die Demokraten oder Radikalreformer, organisatorisch vor allem von der interregionalen Abgeordnetengruppe repräsentiert. Sie stimmen mit den konservativen Vertretern des Apparats in der Diagnose der gegenwärtigen Situation vielfach überein, bewerten sie jedoch radikal anders. Die Demokraten halten das Machtmonopol der Partei, die Herrschaft der Apparate und die zentrale Planwirtschaft für verhängnisvoll und überholt. Sie fordern ein Mehrparteiensystem, Abschaffung der Nomenklatura, den Übergang zur Marktwirtschaft und die Auflösung des Imperiums – jedenfalls in seiner heutigen Gestalt. Die radikalen Reformer haben sich im Laufe des Jahres 1989 schrittweise, aber grundsätzlich von der leninistischen Tradition losgesagt. Sie verlangen nicht nur die Demokratisierung innerhalb der Partei, d. h. die Abschaffung des demokratischen Zentralismus, sondern die Demokratie. Damit treten die Radikalreformer nicht mehr für einen „Umbau“ (Perestroika) des alten Systems ein, sondern für seine Abschaffung.

Gorbatschow und seine Führungsmannschaft haben versucht, eine zentristische Position zwischen diesen beiden Flügeln aufzubauen und zu behaupten. Je weiter die politischen Ziele jedoch auseinandertraten, um so schwieriger wurde dieser Balanceakt. Zur „Leninschen Konzeption des Sozialismus zurückzukehren“, nachdem der reale Sozialismus stalinistischen und neostalinistischen Typs restlos diskreditiert war^{20a}), erwies sich je länger um so mehr als eine Fata Morgana. Deshalb suchte die Gorbatschow-Fraktion seit Herbst 1989 zunehmend Anlehnung an die konservative Apparate-Fraktion, mit der zusammen sie im ZK, im Kongreß der Volksdeputierten und im Obersten Sowjet über eine klare Mehrheit verfügt.

^{20a}) O. Bogomolov. Menjajuščijsja oblik socializma, in: Moskovskie novosti vom 9. Juli 1989.

In einer scharfen Rede warf Gorbatschow am 13. Oktober 1989 hinter verschlossenen Türen der liberalen sowjetischen Presse Panikmache, „die Einschüchterung der Menschen durch drohende Katastrophen: Hunger, Verschwörung und Umsturz“ vor. Die Führer der interregionalen Abgeordnetengruppe nannte er „eine Clique von Gangstern, die nach der Macht streben“²¹). Auch die Verabschiedung der von Ministerpräsident Ryschkow vorgelegten Richtlinien für ein Wirtschaftsprogramm bis zur Mitte der neunziger Jahre durch den Kongreß der Volksdeputierten im Dezember 1989 beweist die Anlehnung der Gorbatschow-Führung an die alten Apparate. Es handelt sich tatsächlich um ein Programm zur Verhinderung radikaler Eingriffe in die Eigentumsordnung und die Planwirtschaft.

Auf dem ZK-Plenum im Februar 1990 vollzog Gorbatschow dann eine scheinbare Wende, indem er die seit 1988 von den Demokraten geäußerte Forderung nach Aufgabe des Machtmonopols der KPdSU – entgegen vielfachen früheren Positionsbestimmungen – nun selbst zum Programmpunkt erhob²²). Damit rückt auch Gorbatschow in einem wesentlichen Punkt vom Leninschen Erbe ab. Allerdings schloß er sich mit diesem Schritt nicht den Radikalreformern an. Tatsächlich gab die KPdSU nicht etwas auf, was sie noch besessen hätte. Das Festhalten am Macht- und Organisationsmonopol der Partei, das in der politischen Realität des Landes spätestens seit Frühjahr 1989 nicht mehr bestand, war zu einem Hemmschuh geworden und bot den Gegnern nur noch eine willkommene Angriffsfläche. Gorbatschow verband diesen Schritt in Richtung auf politischen Pluralismus mit der Einrichtung eines Präsidialsystems, das der Volkskongreß im März 1990 auf einer außerordentlichen Sitzung förmlich durch entsprechende Verfassungsänderungen installierte.

Die Auflösung der Parteienheit schreitet mit schnellen Schritten voran und ist in ein organisiertes Stadium getreten. 1989 entstanden an vielen Orten sogenannte Parteiklubs innerhalb der KPdSU, in denen sich die radikalen Reformer treffen und organisieren. Am 20./21. Januar 1990 kamen Vertreter von Parteiklubs aus über 100 Städten in Moskau zusammen und verabschiedeten eine „Demokratische Plattform“, die eine Absage an die Grundprinzipien der Partei Lenins enthält. Der „undemokratische Charakter“ der Partei gehe auf den „Beginn des Jahrhunderts“ – also die Zeit vor 1917 – zurück. Jetzt gelte es, die KPdSU in mehrere politische Parteien oder zumindest Fraktionen aufzulösen, die sich im demokratischen und parlamentarischen Wettbewerb bewähren müßten. Die Unterwerfung und Okkupation des Staates durch die KPdSU wird scharf verurteilt und der eigene Weg in die Zukunft als „demokratischer Sozialismus“ be-

²¹) E. Jakovlev, Zaderžat' majatnik-ostanovit' časy, in: Moskovskie novosti vom 22. Oktober 1989; V. Tolz, The implications for Glasnost of Gorbachev's attack on reformists, in: Report on the USSR vom 27. Oktober 1989, S. 5 ff.

²²) B. Knabe, Zum Verlauf und zu den Beschlüssen des Februarplenums 1990 des ZK der KPdSU, Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 17/1990, 20. Februar 1990.

zeichnet²³). Eine wachsende Zahl von Parteiorganisationen oder Teile von ihnen führen ihre Mitgliedsbeiträge bereits nicht mehr der Kasse der KPdSU zu, sondern den Organen der „Demokratischen Plattform“. Auch die Zahl der demonstrativen Austritte aus der KPdSU wächst; noch rascher sinkt die Autorität des Jugendverbandes der Partei. Allein von Oktober 1988 bis Oktober 1989 verließen vier Millionen den Komsomol, das waren etwa 11 Prozent der Mitglieder²⁴).

Ein anderes Symptom für den Zerfall der Partei-herrschaft ist die seit 1989 zunehmende Zahl der Revolten an der Basis und in der Provinz. Allein von Anfang Januar bis Mitte Februar 1990 mußten 13 Erste Sekretäre von Gebietspartei-Komitees auf Druck von unten ihre Posten räumen, meist wurden zahlreiche weitere Mitglieder der Parteiführung oder sogar das gesamte Büro des Gebietskomitees wie in Wolgograd in den Strudel der Rücktritte hineingerissen. Die Vorwürfe, die teilweise auch bei Straßendemonstrationen artikuliert wurden, lauteten Amtsmissbrauch, Korruption und Inanspruchnahme von Privilegien. In einer Zeit ständig sich verschlechternder Versorgung mit den Gütern des täglichen Bedarfs werden die Privilegien der Funktionäre zu einem immer größeren und gefährlicheren Stein des Anstoßes. Der Volkszorn kann in soziale Unruhen umschlagen und sich grundsätzlich gegen jeden Träger der Macht richten.

Während die Partei vielfältige Auflösungserscheinungen zeigt, entstehen neue politische Strukturen, die allerdings bisher zumeist noch wenig Festigkeit haben. Die Streikkomitees, die sich während des Bergarbeiterstreiks im Juli und August 1989 im Kusnez- und im Donez-Becken bildeten, haben sich nach dem Ende der Streiks nicht aufgelöst und sich im Herbst 1989 in den „Bund der Werktätigen des Kusbass“ bzw. des Donbass umgewandelt. Diese Organisationen sind ähnlich wie die polnische „Solidarität“ teils Gewerkschaften, teils der Kern einer neuen politischen Partei. Sie verfügen in der Bevölkerung über wesentlich mehr Ansehen als die Sowjet- und KP-Organen; deshalb wird von den Apparatschiki die Gefahr einer „Doppelherrschaft“ beschworen, wie sie der bolschewistischen Machtergreifung im Oktober 1917 vorausging.

Neben der Arbeiterbewegung formieren sich andere politische Gruppierungen, die aus den 2 000 bis 3 000 sogenannten informellen Gruppen herauswachsen. Diese Gruppen unterhielten zu Beginn des Jahres 1990 mehr als 700 periodische Blätter allein in russischer Sprache, die außerhalb der Zensur im Samisdat erscheinen. Nach dem Vorbild der nicht-russischen Völker entstanden 1989 auch in Rußland zahlreiche Volksfronten, die demokratisch und national orientiert sind. Es gelang ihnen jedoch bisher nicht, eine feste überregionale Dach-

organisation zu bilden. Viele Volksfronten gründeten „Wählvereinigungen“, weil sie nur über diese organisatorische Hilfskonstruktion das Recht hatten, Kandidaten für die Wahlen zu den lokalen und republikanischen Sowjets (in der RSFSR, der Ukraine und Weißrußland im März 1990) zu nominieren. Die größte Organisation war zu Beginn des Jahres 1990 die „Moskauer Wählvereinigung“, die im Februar politische Wahlkampfveranstaltungen durchführte. Allein in Moskau nahmen am 4. und 25. Februar jeweils mehr als 200 000 Menschen an einer Demonstration teil.

Ein Teil der demokratischen Volksfronten, Klubs und Wählvereinigungen schloß sich im Januar 1990 zu einem losen Wahlbündnis „Demokratisches Rußland“ zusammen, das für ein Mehrparteiensystem und Marktwirtschaft eintritt. Ähnliche Zusammenschlüsse bildeten sich in der Ukraine und in Weißrußland unter dem Namen „Demokratischer Block“, angeführt von den jeweiligen Volksfronten.

Neben diesen lockeren Wahlbündnissen formierten sich Organisationen, die bereits über eine größere Festigkeit verfügen. So wurde im Januar 1990 in Tallinn die „Sozialdemokratische Assoziation“ gegründet, zu der etwa 100 örtliche Gruppen im ganzen Land gehören. Schon seit Mai 1988 besteht der „Demokratische Bund“, der inzwischen in fast allen Großstädten der Sowjetunion vertreten ist. Der „Demokratische Bund“ verstand sich von Anfang an – im Unterschied zu den Volksfronten und anderen Gruppierungen – als oppositionelle politische Partei, die das bestehende politische System und jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten grundsätzlich ablehnte. Der KGB hat auf vielfache Weise die Tätigkeit dieser Gruppe behindert²⁵).

Das gesamte Spektrum von den Reformern innerhalb der KPdSU bis zum „Christlich-DEMokratischen Bund“ und zum „Christlich-Patriotischen Bund“ bezeichnet sich als demokratische Bewegung und tritt für das Ende der Einpartei-herrschaft ein. Aber auch die Reaktionäre haben sich formiert. Ihre Gruppierungen reichen von den Apparatschiki über russisch-nationale Gruppen bis zu faschistischen Organisationen. Die „Vereinigte Front der Werktätigen“ verfügt über einen gewissen Rückhalt in der Arbeiterschaft, deren Ängste vor Privateigentum, Spekulanten und Manchester-Kapitalismus systematisch geschürt werden. Die Gesellschaft „Erinnerung“ („Pamjat“) vertritt einen offenen Antisemitismus und Rassismus und organisiert politische Schlägertrupps. Die reaktionär-nationalen russischen Gruppen – allerdings ohne „Pamjat“ – schlossen sich im Dezember 1989 zu einer Wahlplattform „Block der gesellschaftlich-patriotischen Bewegungen Rußlands“ zusammen. Diese Wahlplattform ist ein Manifest für die Weltmacht Sowjetunion, eine Kampfschrift gegen jede Art von Separatismus und ein Aufruf, sich mit den Konservativen in der KPdSU zusammenzuschließen.

²³) Pravda vom 3. März 1990 (Wortlaut der „Demokratischen Plattform“); vgl. B. Knabe, Positionsbestimmungen vor dem Februarplenum 1990 des ZK der KPdSU, Aktuelle Analysen des BIÖst, Nr. 16/1990, 19. Februar 1990, S. 5 ff.; Wir wollen echte Wahlen der Delegierten, in: Frankfurter Rundschau vom 5. August 1989.

²⁴) V. Tolz, Informal groups and Soviet politics in 1989, in: Report on the USSR, 24. November 1989, S. 4.

²⁵) Vgl. Obščestvennye dviženija v SSSR, in: Moskovskie novosti vom 18. Februar 1990; V. Tolz, Informal political groups prepare for elections in RSFSR, in: Report on the USSR, 23. Februar 1990, S. 23 ff.

Ben, um den Sozialismus zu retten²⁶). Die kommunistisch-patriotischen Gruppen haben ebenfalls Wählervereinigungen unter dem Namen „Rußland“ gegründet.

Obwohl die Wahlen zu den lokalen und republikanischen Sowjets in der ersten Jahreshälfte 1990 noch — ebenso wie die Wahlen zum Volkskongreß im März 1989 — unter den Bedingungen des formellen Machtmonopols der KPdSU und während eines harten Abwehrkampfes der alten Apparate stattfanden, waren die Fortschritte auf dem Weg zum Parlamentarismus doch unverkennbar. Entgegen manchen Entwürfen für die Wahlgesetze in den Unionsrepubliken setzten die demokratischen Kräfte fast überall die Streichung von nicht gewählten Vertretern der Apparate der KPdSU und anderer Organisationen in den zukünftigen Obersten Sowjets durch. Nur in Weißrußland und in Kasachstan blieben Reste dieser „ständischen“ Vertretun-

gen erhalten. Unter dem Druck der demokratischen Kräfte mußten die „Wahlkreisversammlungen“ aus den Wahlgesetzen der Ukraine und Weißrußlands gestrichen werden. Sie waren bei den Wahlen im März 1989 ein wichtiges Instrument in den Händen des Parteiapparats zur Manipulation bei der „Registrierung“ der Kandidaten gewesen²⁷).

Wo es den demokratischen Kräften gelang, trotz der noch immer zahlreichen Manipulationsmöglichkeiten der Apparate Kandidaten aufzustellen und sie dem Wähler auch nur einigermaßen bekanntzumachen, errangen sie fast überall überzeugende Erfolge. Der Trend der Wahlen vom März 1989 setzte sich beschleunigt fort: Der Wähler entschied dort, wo ihm die Möglichkeit dazu gegeben wurde, gegen die Vertreter der Apparate und gegen die reaktionär-chauvinistischen Kräfte.

IV. Das Ende des sowjetischen Zentralstaates

Das Ende des sowjetischen Zentralstaates ist neben dem Zusammenbruch der Einparteiherrschaft der zweite wesentliche Aspekt der Krise des politischen Systems. Unter dem Deckmantel des Sowjetföderalismus ist die Sowjetunion ein hoch zentralisierter Staat gewesen, in dem alle wesentlichen und viele unwesentliche Fragen in Moskau entschieden wurden. Der Zentralstaat war das entscheidende Instrument zur Beherrschung des Vielvölkerreiches. Wie viele andere Probleme, wurde das nationale Problem in der Sowjetunion seit Ende der dreißiger Jahre — nach dem „Aufbau des Sozialismus“ — für „gelöst“ erklärt. Die Ideologie verkündete, die „sozialistischen Nationen“ würden immer homogener, rücken einander immer näher und würden schließlich — wie schon Lenin gesagt hatte — in der kommunistischen Zukunft miteinander „verschmelzen“. Die Wirklichkeit verhielt sich allerdings nicht ideologiekonform. Zum Teil unbemerkt, brauten sich hinter dem Nebelvorhang der Ideologie, mit dem die sowjetische Propaganda die Wirklichkeit verhängt hatte, die Konflikte zusammen. Seit 1987 stellen diese Konflikte eine zunehmende Bedrohung für den Zentralstaat dar, der sich bisher als unfähig erweist, Instrumente zur Konfliktlösung zu entwickeln.

Die Nationen streben überall nach Autonomie. Sie akzeptieren nicht mehr den Mythos des „Sowjetföderalismus“, der ihnen auf dem Papier Selbstverwaltung, den Unionsrepubliken sogar das Recht zum Austritt aus der UdSSR garantiert, ihnen jedoch in Wirklichkeit sogar die Sprachautonomie beschneidet. Die Erwartungen und Forderungen der Völker an den Zentralstaat gehen im einzelnen weit auseinander und reichen von Fragen der Kul-

turautonomie bis zur Aufkündigung der staatlichen Gemeinschaft. Nachdem die Gorbatschow-Führung in den ersten Jahren Eigenständigkeit und Gewicht der nationalen Frage nicht hat zur Kenntnis nehmen wollen, ist sie inzwischen davon überzeugt, daß es sich hier um einen zentralen Bereich der Innenpolitik handelt und daß der Fortbestand der staatlichen Einheit zur Disposition steht.

Trotzdem hat die Gorbatschow-Führung auch nach fünf Jahren noch kein Konzept für die Zukunft entwickelt. Gorbatschow will an der staatlichen Einheit festhalten, doch fehlt es an Vorstellungen zur Umgestaltung des Zentralstaates in eine Art Commonwealth oder eine Wirtschafts- und politische Union, wie sie in Westeuropa angestrebt wird. Deshalb nehmen die Zerfallsprozesse und die Dekolonialisierung ihren Lauf und schaffen zunehmend *Faits accomplis*, denen die Zentralmacht mit immer neuen „Feuerwehraktionen“ entgegenzuwirken sucht. Die Zentralmacht ist bisher nicht bereit, den bisherigen staatlichen Aufbau grundsätzlich in Frage zu stellen und den nichtrussischen Republiken, aber auch den einzelnen Gebieten Rußlands Eigenständigkeit in Fragen der Wirtschafts- und Steuerpolitik, des Bildungswesens und der inneren Ordnung zuzugestehen. Die Umwandlung der Sowjetunion in ein dezentralisiertes Staatswesen mit starker Peripherie und schwachem Zentrum erscheint — so lange die KPdSU diesen Staat regiert — kaum denkbar, weil eine solche Politik den Bruch mit ihrer eigenen Tradition voraussetzen würde. Noch schwerer wiegt, daß die Völker in zunehmendem Maß das Vertrauen in die KPdSU verloren haben, die die Vergangenheit zu verantworten hat und die keinen Kredit für die Gestaltung der Zukunft mehr genießt.

Das Nationalitätenproblem ist seit 1987 fast in der gesamten Sowjetunion in ein akutes Stadium getreten. Neben den offenen Konfliktherden Baltikum und Transkaukasien stellen die Großregionen

²⁶) Za politiku narodnogo soglasija i rossijskogo vrozozdenija, in: Literaturnaja Rossija vom 29. Dezember 1989.

²⁷) K. Mihalisko, Reaching for parliamentary democracy in Belorussia and Ukraine, in: Report on the USSR vom 15. Dezember 1989, S. 17 ff.

Ukraine und Zentralasien eine noch größere potentielle Herausforderung für die Zentralmacht dar. Auch die nationalen Kräfte in Rußland distanzieren sich zunehmend von der UdSSR. Symbolischen Charakter hat die Forderung, Moskau müsse wieder die Hauptstadt Rußlands werden; „das Zentrum“ solle sich eine andere Hauptstadt suchen. Aber auch die kleinen Völker des Hohen Nordens und des Fernen Ostens, zu denen nur einige 10 000 Menschen zählen, sind unzufrieden. Sie beklagen die Zerstörung ihres angestammten Lebensraumes durch die Industrialisierung und die Überfremdung ihrer Sprachen durch das Russische²⁸⁾.

Die Unabhängigkeitsbewegung der Esten, Letten und Litauer hat seit 1987 sowohl innerhalb der Sowjetunion als auch im Ausland die meiste Aufmerksamkeit gefunden²⁹⁾. Dies ist verständlich, weil sich die nationalen Bewegungen hier von Anfang an überzeugend artikulierten, weil sie in demokratischen und friedlichen Bahnen verliefen und weil auch im Westen weitgehend anerkannt war, daß diese Völker Teil der lateinisch-europäischen Tradition sind. Viele Staaten Westeuropas und die Vereinigten Staaten von Amerika haben darüber hinaus die Annexionen von 1939/40 niemals anerkannt. Die Los-von-Moskau-Bewegung ist heute im Baltikum am weitesten fortgeschritten. Psychologisch ist der Austritt der Völker aus dem Verband der Sowjetunion bereits vollzogen. Die Litauer übernehmen mit der förmlichen Erklärung der staatlichen Unabhängigkeit durch das neugewählte Parlament am 11. März 1990 eine Vorreiterrolle. Gleiche oder ähnliche Schritte sind in naher Zukunft von Estland und Lettland, aber auch von den transkaukasischen Unionsrepubliken zu erwarten.

In Transkaukasien wurden und werden — im deutlichen Unterschied zum Baltikum — die nationalen Gegensätze auch mit Gewalt ausgetragen. Hauptgegner waren die Aserbaidschaner und Armenier, der Konflikt mit dem Zentrum trat demgegenüber zunächst in den Hintergrund. Russen waren an den gewalttätigen Auseinandersetzungen in Transkaukasien und in anderen Landesteilen bislang — außer als Angehörige der Ordnungskräfte — kaum beteiligt. Die meisten Opfer waren unter Armeniern, turkstämmigen Mescheten in Zentralasien und Aserbaidschanern durch den Einmarsch sowjetischer Truppen nach Baku am 20. Januar 1990 zu beklagen. Der Zentralmacht ist es nicht gelungen, den Konflikt zwischen Aserbaidschanern und Armeniern um Berg-Karabach mit friedlichen Mitteln

beizulegen. Eine Konsequenz des seit Februar 1988 offen ausgebrochenen Konflikts, der seit Herbst 1989 bürgerkriegsähnliche Züge annahm, besteht darin, daß auf beiden Seiten das Vertrauen in die Autorität Moskaus fast auf den Nullpunkt gesunken ist.

Wie ist zu erklären, daß in vielen Teilen des riesigen Landes bei Völkern ganz unterschiedlicher Geschichte, Kultur und Größe nahezu gleichzeitig nationale Konflikte aufbrechen? Bei der Klärung dieser Frage sind zwei Ursachenbündel zu unterscheiden. Neben langfristig wirkenden Ursachen handelt es sich dabei um Entwicklungen, die erst durch die Perestroika in Gang gesetzt worden sind.

Die wichtigste langfristige Ursache für die Zunahme des nationalen Bewußtseins war das Heranwachsen einer neuen sozialen Trägerschicht für Nationalismus. Diese Bildungseliten ließen sich nicht in eine homogene Sowjetgesellschaft einschmelzen. Sie identifizierten sich mit den nationalen Traditionen, Kulturen und dann auch mit den politischen Forderungen ihrer jeweiligen Völker. Die Loyalität eines estnischen Arztes, eines russischen Facharbeiters oder eines aserbaidschanischen Dichters galt nicht einer von der Ideologie mythologisierten Klasse, sondern der eigenen Nation. Menschen aus diesen Schichten sind inzwischen die hauptsächlichen Träger des neuen Ethno-Nationalismus. Sie sind in der Lage, ganze Nationen oder doch wesentliche Teile von ihnen politisch zu mobilisieren³⁰⁾.

Darüber hinaus drängen die neuen Bildungsschichten überall in die Führungspositionen ihrer Republiken. Es gibt heute zum ersten Mal genügend usbekische Ärzte, turkmenische Lehrer und ukrainische Ingenieure; man braucht in diesen Berufen keine Russen mehr wie noch vor 50 Jahren. So vollzieht sich in der Sowjetunion schon seit Jahrzehnten ein bisher eher schleichender Prozeß der Entkolonialisierung, der erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre in eine militante und politische Phase eingetreten ist. Der beschriebene sozialgeschichtliche Wandlungsprozeß hat dazu geführt, daß die meisten Nationen heute kulturell, bewußtseinsmäßig und im Blick auf ihre Sozialstruktur fester gefügt sind als zu Beginn der Sowjetmacht.

Das Heranwachsen eigener nationaler Bildungsschichten und ihr Ethno-Nationalismus stellen die Zentralmacht vor eine grundsätzlich neue Situation: Die Sowjetunion ist ohne die Mitwirkung der nationalen Eliten heute nicht mehr zu regieren. Die Zeit, in der das Vielvölkerreich durch die natürliche Klammer russischer Führungskader zusammengehalten werden konnte, ist vorbei.

Außer dem Heranwachsen der neuen nationalen Bildungsschichten wirken weitere Faktoren auf die Verstärkung des nationalen Eigenbewußtseins. Die Weltanschauung des Marxismus-Leninismus ist zusammengebrochen. So hat sich ein großes geistiges Vakuum aufgetan, in das nationales Gedankengut und nationale Wertvorstellungen einströmen. Auch

²⁸⁾ U. Halbach, Ethnische Beziehungen in der Sowjetunion und nationale Bewußtseinsprozesse bei Nichtrussen. Berichte des BIOst, Nr. 8/1989.

²⁹⁾ Vgl. H.-J. Uibopuu, Estland pocht auf seine Eigenständigkeit, in: Beiträge zur Konfliktforschung, (1989) 1, S. 33 ff.; E. Levits, Lettland unter sowjetischer Herrschaft. Die politische Entwicklung 1940—1989, ebd., (1989) 3, S. 101 ff.; V. S. Vardys, Litauen: Sowjetrepublik mit Widerwillen, ebd., (1989) 4, S. 85 ff.; V. S. Vardys, Lithuanian national politics, in: Problems of Communism, Juli/August 1989, S. 53 ff.; J. Dreifelds, Latvian national rebirth, ebd., S. 77 ff.; R. Taagepera, Estonia's road to independence, ebd., November/Dezember 1989, S. 11 ff.

³⁰⁾ Vgl. G. Simon, Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, Baden-Baden 1986, S. 299 ff.

die krisenhafte wirtschaftliche Entwicklung seit Mitte der siebziger Jahre verstärkt den Ethno-Nationalismus. Nationale Spannungen und Konflikte haben stets auch eine soziale Komponente. Die ökonomische Stagnation und der Rückgang des Lebensstandards seit etwa zehn Jahren haben das soziale Klima im Land erheblich verschärft. Arbeitslosigkeit, schlechte Wohnverhältnisse und die allgegenwärtigen Versorgungsmängel schlagen in nationale Ressentiments und Feindseligkeit um.

Zu den längerfristigen Ursachen für die Zuspitzung der nationalen Frage muß auch die Nationalitätenpolitik der Partei gerechnet werden, die heute einem Scherbenhaufen gleicht. Dabei geht es keineswegs nur um die Nationalitätenpolitik Stalins mit ihren gewaltsamen Eingriffen, der Deportation ganzer Völker und der Annexion großer Territorien vor allem im Westen der Sowjetunion. Gescheitert sind vielmehr Grundsätze und Ziele dieser Politik, die bis in die letzten Jahre hinein vertreten wurden. Dies soll am Beispiel der Migrations- und Sprachenpolitik verdeutlicht werden.

Seit Ende der zwanziger Jahre hat die Partei eine Migrationspolitik betrieben, die zwei Ziele verfolgte: die Ausbreitung der Russen in der ganzen Union und darüber hinaus eine möglichst hochgradige Vermischung der Völker durch Wanderungsbewegungen. In fast allen Landesteilen ist der Bevölkerungsanteil der Russen erheblich angestiegen. Der Anteil der Russen an der Bevölkerung außerhalb der heutigen Grenzen der RSFSR betrug 1926 8,6 Prozent und stieg bis 1959 auf 17,8 Prozent. Heute leben etwa 25 Millionen Russen außerhalb der RSFSR. Die tatsächliche Bedeutung dieser riesigen Wanderungswelle der Russen in fast alle Teile des Landes ist noch bedeutsamer als es die Zahlen allein erkennen lassen, denn es handelte sich zum überwiegenden Teil um Fachkräfte aus allen Bereichen, die von Rußland aus an die Peripherie gingen. Die russischen Kader waren als die natürliche Klammer des Imperiums und als die Vertreter der Zentralmacht in den nichtrussischen Republiken gedacht. Sie haben über Jahrzehnte diese Funktion erfüllt³¹⁾. Sie haben aber zugleich auch antizentralistischen und antirussischen Widerstand provoziert. Die russische Einwanderung ist zu einem der Hauptantriebe für die nationalen Bewegungen der Nichtrussen geworden. Schon seit den sechziger Jahren gibt es deshalb aus bestimmten Unionsrepubliken eine Rückwanderung von Russen, die sich in den achtziger Jahren weiter beschleunigt hat.

Die Sprachenpolitik war seit Mitte der dreißiger Jahre darauf gerichtet, dem Russischen in möglichst vielen Bereichen des öffentlichen Lebens zum Durchbruch zu verhelfen und die anderen Sprachen auch mit Hilfe administrativer Eingriffe in der Tendenz auf die Funktion von Privat- und Familiensprachen zu begrenzen. Noch in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre sind neue aggressive Maßnah-

men in der Sprachenpolitik ergriffen worden. Damals wurde das Ziel formuliert, nach und nach das Russische zur einzigen Unterrichtssprache an den Hochschulen zu machen. Gerade diese aggressive Sprachenpolitik in der Spätzeit Breschnevs hat das Gegenteil von dem bewirkt, was erreicht werden sollte. Viele Völker hielten ihre nationalen Sprachen für bedroht und reagierten mit Widerstand. Sobald Glasnost die Zensur auch nur ein wenig gelockert hatte, wurde allenthalben der gesetzliche Schutz für die Nationalsprachen und eine Beschränkung des Russischen im öffentlichen Leben gefordert. Inzwischen sind in fast allen Unionsrepubliken Gesetze und Verfassungsänderungen verabschiedet worden, in denen die jeweilige Nationalsprache zur Staatssprache auf dem eigenen Territorium erklärt wird³²⁾.

Glasnost und Tauwetter in der Kultur- und Medienpolitik haben wesentlich zur Verschärfung der nationalen Frage beigetragen. Die Aufforderung zur schonungslosen Analyse der Gegenwart hat die Nationen ermuntert, lange zurückgestauten Groll und Frustration zu artikulieren. Außerdem traten in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zu den klassischen Verbündeten des Nationalismus – wie soziale Spannungen und Wirtschaftskrise – zwei neue Koalitionspartner hinzu: das ökologische Bewußtsein und der Anti-Stalinismus.

Die Öko-Bewegung ist überall zu einem mächtigen Schwungrad des nationalen Bewußtseins geworden. Die Empörung über die Katastrophe von Tschernobyl, die Verschmutzung des Baikalsees oder über die Austrocknung des Aralsees verbindet sich mit dem Protest gegen die unfähige Zentralmacht. Eine Besserung der Lage kann nach Einschätzung der Öko-Bewegung nur aus der Eigeninitiative vor Ort kommen. Nur eine Rückbesinnung auf die Nation als handelndes Subjekt in Geschichte und Politik vermag Schutz zu bieten vor der allmächtigen, zerstörerischen Bürokratie, die ohne Rücksicht auf die betroffenen Menschen die Natur und ihre Ressourcen verbraucht.

Der Anti-Stalinismus ist eine treibende Kraft bei der gegenwärtigen Selbstreinigung und Selbstauflösung des sowjetischen Systems. Bei vielen Völkern verleiht er der nationalen Bewegung zusätzliche Schubkraft. Das gilt zuerst für die baltischen Völker, für die Entstalinisierung gleichbedeutend mit dem Austritt aus der Sowjetunion ist. Sie vertreten den Standpunkt, daß ihre gewaltsame Einverleibung in die Sowjetunion ausschließlich die Folge des Stalinschen Unrechtsregimes gewesen ist. Der Anti-Stalinismus stand aber auch als treibende Kraft hinter der Entstehung der Volksfront in Weißrußland. Die Entdeckung der Massengräber in Kuropaty bei Minsk, in denen weit mehr als 100 000 Tote ruhen, die zwischen 1937 und 1941

³²⁾ Vgl. E. Daily, Report on the status of non-Russian languages in the USSR, in: Report on the USSR, 28. Juli 1989, S. 26 ff.; State status for national languages – recent developments, in: Central Asia and Caucasus chronicle, 8 (1989) 4, S. 10 ff.

³¹⁾ Ebd., S. 135 ff.

vom NKWD erschossen worden waren, hat die Öffentlichkeit zutiefst aufgewühlt³³⁾.

Die Erosion des hergebrachten sowjetischen Zentralstaates und die Unfähigkeit oder Unwilligkeit der neuen Führung, ihn durch eine Konföderation von gleichberechtigten Partnern zu ersetzen, treiben die Sowjetunion immer tiefer in den Zustand der Unregierbarkeit. Insofern bildet die ungelöste nationale Frage einen zentralen Aspekt der Krise des politischen Systems.

Die Unabhängigkeitserklärung Litauens durch den neu gewählten Obersten Sowjet (Parlament) am 11. März 1990 markiert einen vorläufigen Höhepunkt des Ausscherens der alten Herrschaftsinstitutionen aus dem Sowjetsystem und ihres Übergangs zur nationalen Bewegung. Diese Unabhängigkeitserklärung kam weder unerwartet noch unvorbereitet. Allenfalls der frühe Zeitpunkt mag überrascht haben; er wurde von den Litauern gewählt, weil die Befürchtung bestand, der neue sowjetische Präsident werde seine umfassenden Vollmachten nutzen, um die Unabhängigkeitserklärung zu verhindern.

Der Schritt Litauens fügt sich in die Kette der Selbständigkeitsäußerungen nationaler Sowjetorgane seit Ende 1988: Die Obersten Sowjets zahlreicher Unionsrepubliken beschlossen — entgegen dem ausgesprochenen Willen der Zentralmacht — ein Vetorecht gegenüber Unionsgesetzen und legten den Vorrang von Republik-Recht gegenüber Unions-Recht fest. Der Oberste Sowjet Armeniens beschloß im Dezember 1989 einseitig die Einverleibung von Berg-Karabach nach Armenien. Der Oberste Sowjet Aserbaidschans forderte im Januar 1990 ultimativ den Rückzug sowjetischer Truppen aus Baku. Der Oberste Sowjet Nachitschewans erklärte ebenfalls als Reaktion auf den Einmarsch in Baku den Austritt dieser Autonomen Republik aus der UdSSR.

Im Rahmen der nationalen Unabhängigkeitsbewegungen haben sich neue gesellschaftliche und politische Institutionen entwickelt. Herzstück der neuen politischen Struktur sind die Volksfronten, die 1988 zunächst im Baltikum entstanden und dann in vielen Republiken Nachahmung fanden. Inzwischen gibt es in allen westlichen und in den drei transkaukasischen Unionsrepubliken solche Organisationen, in Zentralasien besteht eine Volksfront allerdings bisher nur in Usbekistan; in Kasachstan und Tadschikistan gibt es allenfalls Ansätze zur Bildung von Volksfronten. Die Volksfronten sind Sammlungsbewegungen, die eine größere Zahl un-

terschiedlicher politischer Gruppierungen vereinigen. Den Zusammenhalt der Volksfronten gewährleisten der gemeinsame Bezug auf die Nation und die Entschlossenheit zur Ablösung des bisherigen politischen und wirtschaftlichen Systems. Es ist denkbar, daß die Volksfronten nur eine begrenzte politische Lebensdauer haben, und sich mit der Zeit in einem unterschiedlichen Spektrum politischer Parteien auflösen werden.

Neben den Volksfronten bestehen vielfach radikale politische Gruppierungen, die in den Unionsrepubliken von Anfang an den Austritt aus der Sowjetunion gefordert haben. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums organisierten sich vor allem in den baltischen Republiken und in der Moldau-Republik die Internationalen Fronten oder Internationalen Bewegungen. Hier schloß sich ein Teil der russischsprachigen Bevölkerung mit den reaktionären Vertretern der Apparate zu einem Abwehrbündnis zur Erhaltung der Einparteierrschaft und vor allem der sprachlich-kulturellen Privilegien für die russischsprachige Minderheit in den Unionsrepubliken zusammen.

Die politische Krise hat zwei wesentliche Fundamente des sowjetischen Systems unterspült: die Einparteierrschaft und den Sowjetföderalismus. Die Herrschaft der KPdSU und die staatliche Einheit sind in Frage gestellt. Die Antwort der Gorbatschow-Führung auf das erste Krisensymptom war die Einführung einer Präsidialverfassung. Ein mit nahezu unbegrenzten Vollmachten ausgestatteter Präsident soll die Herrschaft der Apparate — wenn auch in reformierter Form — erhalten. Gorbatschow ging dazu ein Bündnis mit den reaktionären Kommunisten im ZK und im Volkskongreß ein. Dabei hat sich deutlich gezeigt, daß die Machterhaltung allein auf der Grundlage des Parteiapparats unmöglich geworden ist.

Eine Antwort auf das zweite Krisensymptom steht noch aus. Die Frage, ob ein von der Gorbatschow-Führung in Aussicht gestellter neuer Unionsvertrag die Autonomieforderungen zufriedenstellen und den Separatismus überwinden kann, muß vorerst eher mit Skepsis beantwortet werden. So spricht vieles dafür, daß sich die gegenwärtigen Auflösungs- und Zerfallsprozesse in der Sowjetunion fortsetzen werden. Dies bedeutet jedoch nicht, daß das Land mit einer gewissen Zwangsläufigkeit in die Anarchie oder den Bürgerkrieg hineintreibt, wie manche westlichen Beobachter annehmen. Die Zukunft der Sowjetunion wird wesentlich davon abhängen, ob und wie rasch es den demokratischen Kräften gelingt, sich wirksam zu organisieren, sich mit politischen Mitteln eine Massengefolgschaft zu sichern und die Übernahme der Macht einzuleiten.

³³⁾ Vgl. Kuropaty — narodnaja tragedija, o kotoroj dolžny znat' vse, in: Moskovskie novosti vom 9. Oktober 1988; A. Adamovič, Ogljanis' okrest, in: Ogonck, (1988) 39, S. 28;

Soziale Aspekte der Perestroika in der UdSSR

I. Was können Ost und West voneinander übernehmen?

Mit der Oktoberrevolution 1917 hat Rußland vor über siebzig Jahren einen neuen Entwicklungsweg eingeschlagen. Damals erwarteten die Bolschewiki, daß das rückständige Agrarindustrieland, das sich erst wenige Monate zuvor in der Februarrevolution von der zaristischen Autokratie befreit hatte, das gesellschaftliche Leben optimal organisieren, einen allgemeinen Wohlstand sichern und seine Staatsbürger geistig allseitig entwickeln könnte.

Diese Hoffnungen verknüpfte man mit der Theorie des „wissenschaftlichen Kommunismus“. Die Prinzipien und Prognosen dieser Theorie haben sich in der Folgezeit in der Praxis allerdings nicht bestätigt. Das betrifft insbesondere die behauptete Polarisierung und Auflösung der bürgerlichen Gesellschaften, die wachsende historische Rolle des Proletariats, seine relative und absolute Verarmung, die allgemeine Krise des Kapitalismus und den Sieg der sozialistischen Weltrevolution. Nicht bestätigt haben sich auch die Postulate der Klassiker des Marxismus-Leninismus, wonach die Beseitigung des Privateigentums und die Verstaatlichung der Investitionsgüter die Ausbeutung aufheben und die Humanisierung der Gesellschaft verwirklichen würden.

Am Beginn der achtziger Jahre erkannten nicht nur fortschrittliche Intellektuelle, sondern auch zahlreiche Arbeiter in der Sowjetunion, daß das im Land bestehende System nicht lebensfähig ist. In den folgenden Jahren hat sich diese Erkenntnis zunehmend durchgesetzt und schließlich die Mehrheit der Werktätigen erfaßt. Unterschiedliche soziale Einstellungen kommen darin zum Ausdruck, für welche Wandlungen bestimmte Gruppen eintreten.

In der UdSSR lassen sich grundsätzlich zwei politische Gruppierungen unterscheiden, die sich einerseits an den westlichen Erfahrungen orientieren, andererseits an die russischen Traditionen anknüpfen und einen eigenen Weg in die Zukunft suchen. Im Anschluß an die russische Geschichte des 19. Jahrhunderts werden die Vertreter dieser unterschiedlichen gesellschaftlichen Denkrichtungen als „Westorientierte“ oder als „Slawophile“ bezeichnet. Die erstgenannten fragen vor allem, was der Westen vom Westen übernehmen könnte, die anderen verweisen auf den originären Beitrag des Ostens zur Weltkultur. Obwohl ich mich eher für

die erste Richtung entscheide, enthält auch die zweite sinnvolle Ansätze.

Was könnte der Westen vom Osten übernehmen? Die sowjetische Bevölkerung weiß, daß es sich dabei natürlich nicht um politische und ökonomische Strukturen handeln kann. Bei einer Umfrage wurde 1989 folgende Frage gestellt: „Wem und in welchem Bereich könnte unser Land als Musterbeispiel dienen?“ Die Befragten haben sich dabei sehr selbstkritisch geäußert. Insgesamt haben nur fünf bis sechs Prozent geantwortet: „Die UdSSR kann als Beispiel für alle und in allen Bereichen dienen.“ Etwa genau so viele Befragte meinten, die sowjetischen Erfahrungen könnten einige Entwicklungsländer erfolgreich auswerten. Jeder fünfte sagte, die UdSSR könnte für viele Staaten ein Beispiel friedlicher Außenpolitik bieten. Mehr als die Hälfte (55 Prozent) war der Ansicht, die sowjetischen Erfahrungen „können kein Musterbeispiel in irgendeinem Bereich für andere Staaten liefern“ oder „sie sind ein Beispiel dafür, wie es nicht gemacht werden sollte“.

Diese Antworten sind offensichtlich überzeichnet und reflektieren in gewissem Maße einen Minderwertigkeitskomplex, der durch eine überstürzte und durchgreifende Revision der Geschichte, eine gravierende Distanzierung der Gesellschaft von den bisher proklamierten Werten verursacht worden ist. Mit der Zeit wird klar werden, daß die sowjetische Gesellschaft sowohl während der Reformperiode Chruschtschows als auch in der Stagnationsphase Breschnews wie in der heutigen Epoche der Perestroika neben dunklen auch viele helle Seiten aufweist. Dazu gehören nach meiner Ansicht im Vergleich zu anderen Staaten geringere soziale Unterschiede, ein entwickelter Geist des Kollektivismus und der gegenseitigen Hilfe, Kameradschaftlichkeit und Freundschaft, Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Menschheit und eine hohe Einschätzung geistiger Werte. Die westlichen Gesellschaften könnten einige dieser Merkmale zu ihrem eigenen Nutzen übernehmen. Wenn man nach dem positiven Beitrag des Ostens fragt, sollte man auch die Kultur nicht übersehen. Trotz (oder wegen?) ungünstiger politischer Bedingungen konnten sich in der UdSSR und den osteuropäischen Staaten in den letzten Jahrzehnten viele bedeutende Schriftsteller, Künstler und Musiker entwickeln, deren Schaffen zum integrierenden Bestandteil der europäischen und der Weltkultur geworden ist.

Was könnten die östlichen Gesellschaften vom Westen übernehmen? Hier ist die Palette breiter. In der Sphäre der Ökonomie gehören dazu die Marktwirtschaft, das freie Unternehmertum, vielfältige Eigentumsformen, die Konkurrenz, die Orientierung der Betriebe auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und die Fähigkeit zur umfassenden Befriedigung gesellschaftlicher wie individueller Bedürfnisse. In der Politik sind vor allem die strikte Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Rechtsprechung, das parlamentarische Regierungssystem, die Gewährleistung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die öffentliche Kontrolle der Macht durch die Medien, pluralistische Parteien und Interessenverbände zu erwähnen. Die westlichen Gesellschaften verfügen über eine hohe Lebensqualität, zuverlässige soziale Garantien, moderne Arbeitsbedingungen und eine hohe Leistungsmotivation. Die geistige Sphäre ist durch unterschiedliche Weltanschauungen und ei-

nen breiten Pluralismus der Ansichten und Vorstellungen, eine geringere Ideologisierung von Wissenschaft und Kultur sowie Gewissens-, Rede- und Pressefreiheit gekennzeichnet.

Ähnliche Ziele verfolgt auch die Umgestaltung von Politik und Gesellschaft in der Sowjetunion, die vor fünf Jahren eingeleitet wurde. Im Hinblick auf ihre historische Bedeutung und das Ausmaß der angestrebten Veränderungen ist die Perestroika durchaus mit der Großen Oktoberrevolution von 1917 vergleichbar. Sie bedeutet ihrem sozialen Inhalt nach die Rückkehr auf den Weg der fortgeschrittenen Weltentwicklung, den unser Land vor einigen Jahrzehnten verlassen hatte. Das hat zwangsläufig eine gewisse Konvergenz mit dem Westen zur Folge, doch dürfen dabei einige spezifische Merkmale der gegenwärtigen politischen und ökonomischen Situation in der Sowjetunion nicht übersehen werden.

II. Die gegenwärtige Etappe der Perestroika

Das spezifische Hauptmerkmal der gegenwärtigen Situation besteht darin, daß die Reform „von oben“ spontan in eine soziale Revolution „von unten“ hinüberwächst. Das kommt zunächst in der zunehmenden Umverteilung des Eigentums und der Macht (Grundgehalt der meisten Revolutionen) und außerdem darin zum Ausdruck, daß die Hauptrolle von den „oberen Etagen“, die die Reform eingeleitet haben, zur „wachgerüttelten Basis“ wechselt, die bereit ist, ihre Interessen selbst zu verteidigen. Die gesellschaftlich-politischen Prozesse entziehen sich häufig der Kontrolle und nehmen unerwartete, für die Macht riskante Formen an. Dazu gehören beispielsweise die zentrifugale Kraft der Nationalbewegungen, die Formierung alternativer politischer Strukturen (neue Parteien, unabhängige Gewerkschaften, Arbeiterkomitees, Künstlerverbände usw.), große überregionale Streiks, die Blockade von Verkehrswegen u. a.; dabei verflechten sich positive demokratische Bewegungen mitunter mit reaktionären und destruktiven Aktivitäten.

Um diese Situation lenkbar zu machen, muß man die Wechselbeziehungen zwischen der ökonomischen, politischen und sozialen Umgestaltung tiefgreifend analysieren. Die Initiatoren der Perestroika betrachteten die Umgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen als Hauptkomponente: Bildung eines freien Marktes, Entstaatlichung des Eigentums, wirtschaftliche Eigenständigkeit der Betriebe usw. Dabei wurde angenommen, daß die Wirtschaftsreformen keine grundlegende politische Umstrukturierung erfordern. Auf die vielfältigen Auswirkungen der Wirtschaftsreform auf die Gesellschaft wurde von den Politikern zwar hingewiesen, doch

wurde die Veränderung der Sozialbeziehungen zu meist nur technokratisch und nicht soziologisch erörtert: Die sozialen Folgen der ökonomischen Reformen im Prozeß der Perestroika und ihre Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Kräfte wurden nur ungenügend berücksichtigt, woraus sich viele Fehleinschätzungen und Störungen erklären.

Die letzten fünf Jahre der Perestroika haben gezeigt, daß nicht nur das administrative Befehlssystem, sondern das ganze Gesellschaftssystem umgewandelt werden muß, wobei die Politik eine entscheidende Rolle spielt. Die Wirtschaftsreform kann nur dann Erfolg haben, wenn das politische System grundlegend verändert wird, d. h. wenn die oberste politische Macht von der Partei auf den Staat übertragen wird. Solange ihre praktische Umsetzung durch die Macht der Parteiorgane blockiert wird, bleiben auch die besten revolutionären Gesetze, die der Oberste Sowjet beschließt, mehr oder weniger wirkungslos. Nur eine politische Reform kann daher neuen wirtschaftlichen Initiativen freien Raum geben. Sie ist die grundlegende Voraussetzung für weitreichende Veränderungen in der Wirtschaft.

Die soziale Situation kann gesellschaftliche Prozesse fördern, hemmen oder gar blockieren. Soziale Beziehungen spiegeln die Lage, Bedürfnisse, Interessen und Widersprüche der Gesellschaftsgruppen, d. h. des „menschlichen Faktors“ der gesellschaftlichen Entwicklung. Wandlungen in Wirtschaft und Politik „projizieren“ sich auf die Interessen der Menschen. Gewöhnlich fördern sie die Interessen einzelner sozialer Klassen, Schichten und Gruppen und widersprechen den Interessen der anderen.

Das Verhältnis zwischen den sozialen Kräften, die im Pro und Kontra auftreten, wird zu einem entscheidenden Faktor. Wenn in der Gesellschaft, einer Republik oder Region soziale Kräfte überwiegen, die sich für die Reformen einsetzen, werden diese Erfolg haben. Wenn Gegenkräfte vorherrschen, sind die Chancen für eine Veränderung sehr gering. Die Bedeutung dieser sozialen Bedingungen für den Erfolg der Perestroika ist erst in der letzten Zeit deutlicher erkannt worden.

Die Umverteilung der politischen Entscheidungskompetenzen zwischen der Partei und den Sowjets bewirkte eine eigenartige „Doppelmacht“. Nach der Verfassung wird die oberste Macht im Lande vom Kongreß der Volksdeputierten und dem von ihm gewählten Obersten Sowjet der UdSSR ausgeübt. Für die Verwirklichung dieses Verfassungsprinzips haben sich bei einer Befragung im Juli 1989 insgesamt 90 Prozent ausgesprochen. Nur knapp 40 Prozent glaubten allerdings, daß die Macht tatsächlich von den Sowjets ausgeübt wird. Die verbleibenden 60 Prozent waren der Ansicht, daß die oberste Macht im Lande, den Republiken und Regionen nach wie vor bei den Parteiorganen liegt — dabei haben sich nur vier bis sechs Prozent der Befragten für diese Praxis ausgesprochen. Zwischen der realen politischen Machtsituation und der gesetzlichen Regelung, die mit der Willensäußerung des Volkes übereinstimmt, besteht demnach ein eindeutiger Widerspruch. Die „Doppelmacht“ bedeutet, daß die Legislative häufig gelähmt wird oder die Exekutivorgane ihre Machtkompetenzen überschreiten; dadurch entstehen häufig schwerwiegende negative politische Folgen, wie sich insbesondere bei verschiedenen Nationalitätenkonflikten (Sumgait, Tbilissi, Baku u. a.) gezeigt hat.

Die Einführung des Präsidentenamtes in der UdSSR am 15. März 1990 war eine wichtige Maßnahme zur Konsolidierung der Macht der Sowjets. Der Präsident, der sich auf seine beratenden Organe — den Präsidialrat und den Rat der Föderation — stützt, hat jetzt wesentlich größere, rechtlich festgelegte Kompetenzen als das Politbüro der KPdSU, das diese zuvor in Anspruch genommen hatte.

Eine heftige politische Auseinandersetzung wurde um den Artikel 6 der sowjetischen Verfassung von 1977 geführt, in dem die führende Rolle der kommunistischen Partei verankert war, die ihr ein politisches Machtmonopol sicherte. Erst im März 1990 hat der außerordentliche Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR diesen Artikel revidiert. Damit hat die KPdSU ihr Machtmonopol eingebüßt. Gegenwärtig wird vor allem die Einführung des Mehrparteiensystems, die rechtlich gesicherte Gewährleistung der Pressefreiheit sowie der Freiheit für Kundgebungen und Demonstrationen der Staatsbürger — auch mit alternativen politischen Vorstel-

lungen — diskutiert. Die hohen Einkommen von Mitarbeitern des Parteiapparats und die ihnen gewährten gesetzwidrigen Vorrechte und Privilegien rufen bei demokratischen Kräften des Landes zunehmend Kritik hervor.

Gegenwärtig zeigt sich eine tiefe Vertrauenskrise des Volkes zu den traditionellen Machtinstitutionen: der kommunistischen Partei, den Gewerkschaften, dem Komsomol, den Sicherheitsorganen usw. Mitte 1989 bekundeten lediglich 14 Prozent der Befragten volles Vertrauen zu den gewählten Machtvertretern und immerhin 45 Prozent hatten nur ein beschränktes Vertrauen. Etwa 30 Prozent der Befragten äußerten, daß sie gegenüber den politischen Institutionen großes Mißtrauen hegten, da die Staats- und Parteiführung eine besondere Sozialschicht sei, die eine spezifische Stellung in der Gesellschaft einnehme und vorwiegend ihre eigenen Interessen vertrete. Mehr Vertrauen wurde Presse, Rundfunk und Fernsehen sowie den Obersten Sowjets der UdSSR und der Unionsrepubliken entgegengebracht. Das geringste Vertrauen genießen die Sicherheitsorgane, der Komsomol und die offiziellen Gewerkschaften. Ein natürliches Ergebnis dieser Situation ist der massenhafte Austritt aus den traditionellen Organisationen und die umfangreiche Gründung alternativer Gruppierungen.

Der Kampf zwischen den demokratischen und konservativen Kräften verläuft mit wechselndem Erfolg: Bald gewinnen die einen, bald die anderen die Oberhand. Der allgemeine Trend zielt jedoch auf eine allmähliche Demokratisierung der Gesellschaft, darunter auch der Partei. Bei den letzten Wahlen zu den Sowjets auf der Republik- und der lokalen Ebene im März 1990 hat der demokratische Block einen entscheidenden Sieg über die konservativen Kräfte errungen. Das stimmt optimistisch.

Die Demokratisierung der politischen Machtausübung schafft die notwendigen Voraussetzungen für die Lösung der Hauptaufgabe bei der Umgestaltung der Wirtschaft: „Entstaatlichung“ des Eigentums und Bildung eines freien Marktes. Bis in die letzte Zeit entwickelte sich die Perestroika nur schleppend, da sie den Widerstand des Partei- und Staatsapparats, der Mitarbeiter in Ministerien und anderen Zentralorganen, der Vertreter des Militär-Industrie-Komplexes, der Leiter von Großbetrieben und eines erheblichen Teils der Arbeiter überwinden mußte, die im bisherigen System bestimmte Vorrechte besaßen. In den Medien verbreiteten sie, das „Volk“ würde das „sozialistische“ Eigentum an Grund und Boden, an Werken und Fabriken niemals an Republiken, Regionen, Belegschaften oder gar an Privatpersonen übertragen. Die neuen Gesetze über das Eigentum sowie über Grund und Boden waren in den Kommissionen und Ausschüssen des Obersten Sowjets heftig umstritten.

Die Studien des Unionszentrums für Meinungsforschung haben jedoch Ende 1989 ausgewiesen, daß die Öffentlichkeit auf die Reprivatisierung des gesellschaftlichen Eigentums viel besser vorbereitet ist als dies vermutet wurde. Für eine Übereignung der Betriebe an die Belegschaften haben sich 75 Prozent der Befragten, an Privatpersonen ein Drittel ausgesprochen. Auch die vom Standpunkt des Marxismus besonders heikle Frage, ob es Lohnarbeiter in Privatbetrieben geben dürfe, haben 51 Prozent der Befragten positiv und ein Drittel negativ beantwortet. Im Hinblick auf die Eigentumsformen der Agrarwirtschaft haben sich lediglich knapp ein Fünftel für Kolchosen oder Sowchosen, aber mehr als 75 Prozent für kleine Kooperativen, Pachtbetriebe und Farmen ausgesprochen. Knapp 90 Prozent der befragten Stadt- und Landbewohner waren der Ansicht, man solle den Boden den Bauern übergeben, wobei er vererbt (73 Prozent) und verkauft (36 Prozent) werden dürfe. Das alles beweist, daß die Bevölkerung weitgehend die radikale Wirtschaftsreform unterstützt. Der Oberste Sowjet der UdSSR hat die Gesetze über das Eigentum und über den Grund und Boden in jenen Lesarten angenommen, für die sich die Mehrheit der Bevölkerung ausgesprochen hatte. Der Kampf wird sich jetzt vor allem um die Durchführung dieser Gesetze entfalten, die sicher mit Schwierigkeiten verbunden sein wird.

Was haben wir unter diesen Bedingungen zu erwarten? Wie wird sich die Lage künftig entwickeln? Nach meiner Meinung sind drei Varianten — eine linksdemokratische, eine liberaldemokratische und eine rechtsreaktionäre — möglich. Als Scheidelinien dienen dabei die Einstellungen zum Privateigentum und zur Marktwirtschaft, zur Beseitigung des Machtmonopols der KPdSU, zur staatlichen Souveränität der Republiken und zur Aufhebung unberechtigter Privilegien.

Das Programm der linksdemokratischen Kräfte sieht die Beseitigung jeder Monopolstellung durch eine konsequente Reprivatisierung des gesellschaft-

lichen Eigentums, vielfältige Eigentumsformen, die Bildung eines freien Waren-, Arbeits- und Kapitalmarkts, die Aufhebung der Kadernomenklatur, ein Mehrparteiensystem und einen neuen Unionsvertrag vor. Die rechtsreaktionären Kräfte fordern, die traditionelle ökonomische und politische Monopolstellung zu erhalten und zu festigen. Der Staat soll über den ganzen gesellschaftlichen Reichtum des Landes, darunter auch über das Produktionspotential verfügen, die KPdSU unbeschränkte politische Macht besitzen, die Sowjets und die zentralen Leitungsorgane in den Republiken anweisen; die Position der „Nomenklatura“ soll erhalten bleiben. Die liberaldemokratischen Kräfte plazieren sich in der Regel zwischen den Linksdemokraten und den Rechtsreaktionären, unterstützen jedoch häufiger die letztgenannte Richtung.

Die weitere Entwicklung wird vor allem vom Volk selbst abhängen. Wenn seine politische Aktivität zunimmt und sich die fortschrittlichen Arbeiter mit den Intellektuellen verbünden, wird schließlich das ganze Land einen Weg der effektiven gesellschaftlichen Entwicklung einschlagen und überholte politische, ökonomische und gesellschaftliche Strukturen auflösen. Wenn die politische Aktivität der Massen angesichts der Mißerfolge der Perestroika abflaut, wird sich dagegen der Apparat konsolidieren und die soziale Revolution auf einen halbherzigen Kompromiß reduzieren, womit praktisch nichts verändert würde. Viele Bürger sind sich dieser Gefahr bewußt. Etwa 60 Prozent befürchten, daß die Perestroika erfolglos auslaufen könnte.

Leider muß man auch die schlimmste Variante der künftigen Entwicklung berücksichtigen: Wiedergeburt des Stalinismus, Mißachtung des Menschen, „eiserne“ Disziplin und politische Massenrepressalien. Unverhohlen treten nach unterschiedlichen Angaben fünf, acht oder zehn Prozent der Befragten für eine solche Lösung ein. Die meisten blutigen Auseinandersetzungen in verschiedenen Landesteilen sind vermutlich auf Aktionen dieser Gruppierung zurückzuführen.

III. Soziale Probleme und Sozialpolitik

In der Perestroika muß sich die Rolle der staatlichen Sozialpolitik wesentlich verändern. Im administrativen Befehlssystem beruhte sie auf dem „Restprinzip“: Für die sozialen Bedürfnisse wurden nur die verbleibenden Ressourcen bewilligt. Nur durch eine weitgehende Unterstützung der Bevölkerung kann die Perestroika sozialpolitische Erfolge erreichen.

Die Sozialpolitik soll jetzt vor allem den Zukunftsglauben der Menschen stärken, eine positive soziale

Einstellung festigen, Konflikte regeln und negative soziale Folgen der Reformen eliminieren.

Die vordringlichen sozialen Probleme, die unsere Gesellschaft aus der Vergangenheit geerbt hat, sind:

— das niedrige Lebensniveau der Bevölkerung: Etwa ein Drittel der sowjetischen Staatsbürger leben an oder unter der Armutsgrenze; die Wohnverhältnisse sind völlig unzureichend; das Sortiment an Lebensmitteln ist beschränkt, ihre Qualität unter

ökologischen Gesichtspunkten ungenügend; vor den Geschäften stehen lange Schlangen; der Dienstleistungsbereich ist nur schwach entwickelt usw.;

— eine hohe Umweltbelastung in den meisten Großstädten und zahlreichen Regionen des Landes: Wasser, Luft und Ackerflächen sind mit Schadstoffen belastet, Wälder sind geschädigt, die Tierwelt verarmt. Im Hinblick auf die Erkrankungshäufigkeit und die Sterblichkeitsrate liegt die Sowjetunion im internationalen Vergleich auf den hinteren Rangplätzen;

— die Krise des Gesundheitswesens: Die medizinische Betreuung in Städten und Dörfern, Regionen und Republiken ist ungenügend; es besteht ein Mangel an Krankenhäusern, Polikliniken und Entbindungsheimen, medizinischen Geräten und Arzneimitteln; ein hoher Prozentsatz der Bevölkerung ist gesundheitsgefährdet;

— ein gravierendes Stadt-Land-Gefälle: Die Landbewohner haben eine deutlich schlechtere soziale Infrastruktur, weniger hochwertigen Wohnraum, Geschäfte, Schulen, medizinische Einrichtungen, Kulturhäuser, Sportanlagen usw., eine schlechtere Konsumgüterversorgung, ungünstige Verkehrsbedingungen;

— eine schwierige Lage für Altersrentner und Invaliden, insbesondere für jene, die pensioniert wurden, als die Löhne noch sehr niedrig waren, weil es keine automatische Anpassung der Renten an das gestiegene Mieten- und Preisniveau gibt.

Die Lösung all dieser Probleme erfordert immense Mittel, über die der Staat gegenwärtig nicht verfügt. Vielmehr übersteigen die Ausgaben des Staatshaushalts die Einnahmen derzeit um 100 Milliarden Rubel. Die angeführten sozialen Probleme werden inzwischen durch neue Probleme verstärkt. Die ökonomische Eigenständigkeit der Betriebe, die Entwicklung von Pachtbeziehungen und die individuelle Erwerbstätigkeit verteuern die Massenbedarfsartikel. Preisgünstige Waren verschwinden aus dem Angebot, die Schlangen werden noch länger, das Leben wird schwieriger. Trotz der Inflation bleiben die Einnahmen der meisten Sozialgruppen (Angestellte, Mitarbeiter des Sozialbereichs, Rentner, Studenten usw.) konstant, so daß sich ihr Lebensstandard reduziert. Es darf daher nicht verwundern, wenn 30 bis 60 Prozent der Bevölkerung eine Nahrungsmittelrationierung fordern, um wenigstens das bisherige Lebensniveau zu erhalten.

Die größten Einnahmen erzielen derzeit nicht ehrliche Werktätige (Facharbeiter, Ingenieure, Lehrer, Wissenschaftler), sondern vornehmlich Schwarzhändler. Darauf verweisen 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung. Zugleich betrachten die mei-

sten Bürger solche Einkommen als „nicht erwirtschaftet“ und „unehrlich“. Der Mangel an gefragten Gütern führt zu spezifischen Handelsformen über die Betriebe; ihre Belieferung mit attraktiven Waren hängt nicht nur vom Stellenwert des Betriebes ab, sondern auch vom Geschick ihrer Versorgungsspezialisten, die entsprechende „Kontakte“ zur Warenbeschaffung knüpfen. Dieser Sachverhalt wird von vielen Bürgern als Ungerechtigkeit betrachtet. Nur drei Prozent der Befragten halten das Verteilungssystem der Konsumgüter für gerecht, 45 Prozent für wenig gerecht und 52 Prozent für ungerecht.

Ein weiteres Problem hängt mit der Freisetzung von Arbeitskräften aus dem Produktions- und Verwaltungsbereich zusammen, die in den letzten Jahren zugenommen hat. Dieser Prozeß ist eine Folge der neu entstehenden Marktbeziehungen, der technologischen Modernisierung der Produktion, der Umstrukturierung der Volkswirtschaft, der Auflösung unrentabler Betriebe und Produktionsstätten, der Reduzierung der Streitkräfte im Ausland und anderer Veränderungen. 1989 wurden dadurch etwa zwei Millionen Beschäftigte freigesetzt. Eine ähnliche Zahl wird auch in diesem Jahr erreicht werden.

In der Volkswirtschaft besteht andererseits Arbeitskräftebedarf. Arbeitsangebot und -nachfrage können jedoch nur ausgeglichen werden, wenn die Arbeitskräfte mobil sind. In der UdSSR wird diese Mobilität durch das System der zentralisierten Wohnungsverteilung und Anmeldepflicht stark behindert. Dieses System läßt sich nur mühsam modernisieren. Wenn diese Aufgabe nicht bald gelöst wird, entsteht unvermeidlich eine erhebliche Arbeitslosigkeit. Die Bürger sind darüber sehr besorgt. 36 Prozent der Befragten vermuten, daß die Arbeitslosigkeit zunehmen wird, 52 Prozent verspüren eine Bedrohung für sich selbst und ihre Angehörigen. Das ist ein destabilisierender psychologischer Faktor.

Nicht zu übersehen sind auch 500 000 ethnische Flüchtlinge aus den transkaukasischen und mittelasiatischen Republiken. Sie mußten ihre Wohnungen und Häuser verlassen und haben alles verloren: Arbeit, Einrichtung und oft auch ihre Freunde. Man sollte meinen, sie könnten auf Anteilnahme und Gastfreundschaft an ihrem neuen Zufluchtsort rechnen. Da es aber überall akut an Wohnraum und Versorgungsgütern mangelt, weigern sich viele Regionen, Flüchtlinge aufzunehmen. So brechen häufig Konflikte aus, wodurch sich das soziale Klima in der Gesellschaft noch mehr verschlechtert.

Ein gefährlicher Trend ist durch die Zunahme von Streiks gekennzeichnet. Ausgangspunkt sind oft berechnete Forderungen, akute Sozialprobleme zu lö-

sen; aber die Streiks selbst spielen eine destruktive Rolle, sie verstärken noch die ökonomische Zerrüttung. Unter den gegenwärtigen Bedingungen muß die Sozialpolitik vor allem auf zwei Schwerpunkte konzentriert werden: Einerseits braucht man staatliche Programme, die eine soziale Absicherung für notleidende Bevölkerungsgruppen (Rentner, Invaliden, Arbeitslose, alleinstehende Mütter usw.) garantieren. Andererseits müssen rechtliche Rahmenbedingungen und ökonomische Maßnahmen zur Lösung sozialer Probleme durch gesellschaftliche Eigeninitiative entwickelt werden.

Die finanziellen Mittel, die Republiken, Regionen, Städte und Betriebe für soziale Zwecke bereitstellen, dürfen nur minimal mit Steuern belastet werden. Außerdem müssen günstige Bedingungen für die Lösung sozialer Aufgaben durch gesellschaftliche Eigeninitiative geschaffen werden. Bei einer

solchen Politik müßten die Menschen nicht mehr jahrelang auf staatliche Geschenke warten, sie könnten sich vielmehr erfolgreich bemühen, diese Probleme selbständig — im Rahmen von Betriebsvereinigungen oder territorialen Gemeinschaften — zu lösen. Die neuen Formen der Wirtschaftsorganisationen, die ökonomische Eigeninitiative fördern, werden hierfür die notwendigen Voraussetzungen schaffen.

Eine solche neue Sozialpolitik ist erforderlich, um den merklich gesunkenen Glauben an die Perestroika zu festigen und jene Kräfte zu aktivieren und zu stärken, die bereit sind, die fortschrittliche, linksdemokratische Variante unserer Entwicklung zu unterstützen. Ich hoffe, daß unser Land auf diese Weise den Weg einer effektiven gesellschaftlichen Entwicklung beschreiten wird.

Wirtschafts- und Finanzreform im Zeichen der Perestroika

I. Problemübersicht

Als Wirtschaftswissenschaftler empfinde ich heute im Hinblick auf unsere langfristigen Entwicklungsperspektiven keine große Besorgnis, da ich voraussetze, daß wir keinen nationalen Selbstmord begehen wollen. Wir haben in unserer kurzen Geschichte alle denkbaren und undenkbar organisierten Methoden des Wirtschaftslebens erprobt und werden zwangsläufig den Weg beschreiten müssen, den uns W. I. Lenin noch in den zwanziger Jahren, in seinen zwei letzten Lebensjahren, gewiesen und definiert hat.

In unserer siebzigjährigen Geschichte gab es nur sieben bis acht Jahre, in denen wir eine wirklich effektive Wirtschaft betrieben haben, und wir müssen den Weg dieser Jahre unvermeidlich wieder beschreiten, weil es zu ihm schlechterdings keine Alternative gibt. Hierfür brauchen wir allerdings Zeit. Eine bankrotte oder verfallende Firma wird im Westen im Durchschnitt in acht bis zehn Jahren saniert. Die Sanierung des riesigen ökonomischen Organismus, den unsere Volkswirtschaft darstellt, erfordert natürlich viel mehr Zeit.

Andererseits sind unsere kurzfristigen Perspektiven erschreckend. Wir stehen am Rand eines Bankrotts. Warum? Das könnte man mit verschiedenen Faktoren erklären: Inflation, zunehmende Unausgeglichenheit von Angebot und Nachfrage, Haushaltsdefizit, fieberhafte Geldemission. Das alles bedeutet nur eins: zunehmende Zerrüttung unseres Geld- und Finanzsystems und eine herannahende Krise, ähnlich wie wir sie Anfang der zwanziger Jahre und gleich nach dem Zweiten Weltkrieg erlebt haben.

Jetzt ist es Mode, von der schwierigen Situation zu sprechen, die uns die Vergangenheit überliefert hat. Tatsächlich wirken die traditionellen Faktoren des Haushaltsdefizits aus der Stagnationszeit noch nach. Zugleich darf man aber auch nicht übersehen, daß das Haushaltsdefizit 1970 bis 1985 im Durchschnitt 20 Mrd. Rubel betragen hat und 1989 be-

reits auf 120 Mrd. Rubel anstieg. Das ist eine neue Qualität, durch neue Faktoren ausgelöst, die nicht mehr mit der Stagnationszeit zusammenhängen.

Welches sind die Fehler, die in den letzten Jahren unseren Haushalt und den Verbrauchermarkt zerrüttet und die Inflationsraten gravierend beschleunigt haben? Zunächst einmal — so seltsam dies sich anhören mag — war es das unqualifizierte Alkoholverbot. Diese Maßnahme beruhte natürlich auf erhabenen Absichten, aber naives Denken ist schlimmer als Raub. Mit vornehmen Absichten haben wir den Verbrauchermarkt und zugleich den Staatshaushalt auf einen Schlag aus dem Gleichgewicht gebracht. Der zweite Fehler war eine kurzfristige, jedoch sehr schmerzhaft Aktion im Jahre 1986 zur Bekämpfung der sogenannten nichterarbeiteten Einkommen, die unsere Agrarwirtschaft stark beeinträchtigt hat. Der dritte Fehler hängt mit den sinkenden Erdölpreisen zusammen, die uns zwingen, unsere Importe zu vermindern. Die Regierung reduzierte jedoch vorzugsweise nicht die Importe von Getreide oder Ausrüstungen für die Schwerindustrie, sondern ruinierte die Grundlage unseres Staatshaushalts, indem sie die Konsumwarenimporte, die dem Fiskus Einnahmen sicherten, die mit denen aus dem staatlichen Alkoholverkauf vergleichbar waren, gravierend verminderte. Dazu kommt schließlich der letzte und folgenschwerste Fehler, den ich durch keinerlei vernünftige Argumentation rechtfertigen kann. Wenn das Haushaltsdefizit 1987 bis 1988 langsam auf 60 Mrd. Rubel anstieg, so schnellte es 1989 (planmäßig!) blitzartig auf 120 Mrd. Rubel. Zugleich beschleunigten sich auch unsere Investitionsbedürfnisse. Wo aber sollte die Regierung das Geld dafür hernehmen? Vermutlich wollte sie diese Ausgaben bewußt durch zunehmende Geldemission und Zwanganleihen bei der Bevölkerung decken. Das war eine offene Politik der Inflation. Wir bezahlen heute den vollen Preis für diese und andere Schritte.

II. Maßnahmen zur Sanierung der sowjetischen Wirtschaft

Die Inflationsraten, die sich in letzter Zeit, insbesondere 1989, beschleunigt haben, weitere Verknappungen auf dem Verbrauchermarkt und das sprunghaft wachsende Haushaltsdefizit werden die gesamte sowjetische Wirtschaft unvermeidlich

— wenn diese ruinierenden Trends nicht unterbunden werden — in eine tiefe Krise stürzen. Diese Krise wird für die Bevölkerung vermutlich besonders schmerzhaft im Übergang zu einer umfassenden Rationierung, im endgültigen Zerfall des Ver-

brauchermarktes, in der gravierenden Entwertung des Rubels und letztendlich in den unkontrollierbaren sozialen Folgen all dessen zum Ausdruck kommen.

Dieser Zerfall des sowjetischen Marktes wird wahrscheinlich alle Maßnahmen zur Reorganisierung des bestehenden Wirtschaftsmechanismus durchkreuzen. Selbstverwaltung, Kostendeckung, Eigenfinanzierung, die Marktmechanismen sowie die Effektivierung der ökonomischen Arbeitsstimulierung werden vorübergehend jeden realen Sinn einbüßen. Der Rubel wird endgültig aufhören, sowohl im Produktions- als auch im Konsumtionsbereich seine Indikatorfunktion für Knappheitsverhältnisse zu erfüllen, und wir werden uns nolens volens für die Rückkehr zur Befehlswirtschaft entscheiden müssen. Mit Rücksicht auf eventuelle politische und soziale Folgen der anbrechenden Wirtschaftskrise kann dieser Zustand relativ lange andauern.

Die Regierung sieht in ihrem Programm das Wesen des Problems nicht in der bestehenden Differenz zwischen der Geldmenge im Lande und dem Warenangebot, d. h. nicht in der Unausgeglichenheit des Marktes, sondern vor allem in der Notwendigkeit, die sich vergrößernden Einnahmen der Bevölkerung und Betriebe einerseits und das nicht so stark wachsende Warenangebot auf dem Markt auszugleichen. Der Markt ist inzwischen bereits zerrüttet. Die Bevölkerung und Betriebe besitzen im Vergleich zum bestehenden Warenangebot 500 Mrd. Rubel (einschließlich Geld „im Sparstrumpf“) mehr; die Struktur des aktuellen und des angestauten Bedarfs stimmt nicht mit der Struktur des Warenangebots überein; das ausgebrochene und sich beschleunigende Kauffieber steigert noch die Nachfrage gegenüber dem Normalzustand. All diese Aspekte rücken die Verminderung der im Lande bereits vorhandenen Geldmenge in den Vordergrund der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Die Regierung hat in ihrem Programm diese vordringliche Aufgabe jedoch praktisch ausgeklammert. Auch im Hinblick auf die Zunahmeraten der Geldmenge scheint das Programm zumindest unangemessen zu reagieren. Zugleich bedeutet die strikte Besteuerung der Verdienste und anderer Einnahmen angesichts der leeren Geschäfte, daß der einzige, wenn auch illusorische Anstoß, initiativreicher und gewissenhaft zu arbeiten, in unserer Wirtschaft völlig — zumindest für die nächsten zwei bis drei Jahre — ausgeschaltet wird. Dazu muß man noch die reale Bedrohung einer gravierenden Zunahme der Arbeitslosigkeit durch die Kürzung der Investitionsprogramme, die Umstrukturierung der Industrie, den Abbau der Streitkräfte und die Konversion der Rüstungsbetriebe hinzufügen. Schließlich kommt noch eine unbedachte restriktive Politik gegenüber dem kooperativen Sektor hinzu, die sich in der letzten Zeit besonders verdeutlicht hat: In diesem Jahr dürfen wir vermutlich weder auf zusätzliche Ausweitung des Warenangebotes noch auf eine Vermehrung der Arbeitsplätze in diesem Sek-

tor rechnen. Uns verbleibt höchstens noch ein Jahr, um die Krise zu meistern. Was kann man in diesem Jahr unternehmen, um den Zusammenbruch zu verhindern, den Markt auszugleichen, den Rubel kaufkräftig zu machen und dadurch die Wirtschaftsreform aus dem Bereich frommer Wünsche in den realer Möglichkeiten zu versetzen? Meiner Ansicht nach können dabei drei Grundversionen der politischen Entscheidungen und praktischen Handlungen in Frage kommen.

1. Erhöhung der Preise und Entwertung der Ersparnisse

Eine gravierende Steigerung der Einzelhandelspreise und eine wesentliche Entwertung der Ersparnisse der Bevölkerung müssen als Maßnahmen zur Sanierung rundweg abgelehnt werden, da das Land diese angesichts der bestehenden sozialen Spannungen und der Geisteshaltung der Bevölkerung, zumindest heute, nicht überstehen wird. Zudem würden die finanzpolitischen Ergebnisse dieser Maßnahmen offensichtlich ungenügend sein. Bestenfalls könnte man dadurch das Haushaltsdefizit beseitigen und auf eine zusätzliche Geldmengenerweiterung verzichten. Die Hauptprobleme — das Ausmaß der angestauten Nachfrage, die enormen Ersparnisse und die Kaufsucht der Bevölkerung — wären damit allerdings nur teilweise gelöst. Die Beseitigung der Subventionen für Lebens- und Verkehrsmittel, für Wohnraum und in der Kommunalwirtschaft würde die Kaufkraft der Bevölkerung kaum mehr als um 50 Mrd. Rubel verringern, da die Ersparnisse auf ihren Bankkonten und in „Sparstrümpfen“ bekanntlich mindestens 500 Mrd. Rubel ausmachen.

Der Staat könnte eventuell Preissubventionen für die Agrarerzeugnisse unrentabler und hoffnungslos rückständiger Agrarbetriebe aufheben. Es sei hierbei darauf verwiesen, daß nur 30 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe (die meisten erhalten keine solche Preissubventionen) heute 80 Prozent der Agrarerzeugnisse auf den Markt liefern. Die Streichung solcher Preissubventionen ist allerdings eine äußerst umstrittene politische Maßnahme, und ich bin nicht sicher, ob sich der Staat im laufenden Jahr dafür entscheiden kann. Andererseits ist nicht klar, ob der Staat die dann unvermeidliche Verminderung der Produktion von Agrarerzeugnissen infolge der Subventionskürzungen aus anderen Ressourcen auszugleichen vermag. Und was soll mit diesen Landwirtschaftsbetrieben in Zukunft geschehen? Sollen sie sich selbst auflösen und die Anbauflächen an die Landarbeiter verteilen (falls diese überhaupt Ackerland übernehmen wollen)? Jedenfalls kann eine solche Maßnahme die Inflation nur teilweise stoppen und den Verbrauchermarkt nur unbedeutend stabilisieren.

2. Währungsreform und Abwertung

Unser Land erlebt eigentlich keine einmalige, neue Situation. Bei derartiger Geldfülle griffen die Re-

gierungen schon immer zu dem Regulativ, die Ersparnisse der Bevölkerung zu beschlagnahmen. Das veranschaulichen z. B. die Währungsreform 1947 in der UdSSR und die 1948 in der entstehenden Bundesrepublik Deutschland. Die allgemeinen politischen und sozialen Bedingungen, unter denen in der Vergangenheit Währungsreformen durchgeführt wurden, unterscheiden sich allerdings grundsätzlich von den heutigen Verhältnissen. Da der Krieg vor 45 Jahren beendet wurde, kann ein harter Währungsschnitt mit tragischen historischen Umständen nicht mehr erklärt werden.

In der Sowjetunion gibt es heute etwa 200 Millionen Bankkonten, wobei auf jedes Konto im Durchschnitt circa 1 500 Rubel entfallen. Mit Rücksicht auf die bestehende Armutsgrenze und die sozialen Spannungen ist das zweifellos die *Mindestgrenze*, die beim Austausch des alten Geldes gegen das neue etwa im Verhältnis 10 : 1 nicht unterschritten werden sollte. Daher dürfen die meisten Spareinlagen nicht abgewertet werden. Schätzungen zufolge besitzen heute weniger als zehn Prozent der Kontoinhaber über 40 Prozent der gesamten Ersparnisse, die sich auf 160 bis 170 Mrd. Rubel belaufen. Diese „reichsten“ Sparer (unsere „Mittelklasse“) dürften offensichtlich die Betroffenen sein, wenn das alte Geld gegen das neue im Verhältnis 1 : 1 bis 1 500 Rubel (sozial ungefährliche Mindestmenge) und über diese Summe hinaus im Verhältnis 10 : 1 umgetauscht wird.

In diesem Fall kann der Fiskus (vorausgesetzt, daß die Ersparnisse im „Sparstrumpf“ auch umgetauscht werden) eine einmalige Reduzierung der im Umlauf befindlichen Geldmenge in Höhe von 100 Mrd. Rubel erzielen. Bei so einer dimensionierten Reduzierung der Ersparnisse kann der Staat die gesetzte Aufgabe erfüllen und den Verbrauchermarkt zweifellos für eine bestimmte Zeit ausgleichen. Im Land wird die Situation entstehen, in der das Angebot die Nachfrage allgemein übersteigen wird und Voraussetzungen für das Vorankommen der Wirtschaftsreform geschaffen werden. Der Rubel wird endlich kaufkräftig. Man fragt sich aber: Wird die Perestroika als eine mächtige, umfassende gesellschaftliche Bewegung für die Erneuerung des Landes diesen chirurgischen Eingriff überleben? Aber selbst wenn sie allen Widerständen trotz, droht die Gefahr, daß die Perestroika und ihre Führung langfristig (vermutlich für die Lebenszeit einer Generation oder sogar noch mehr) die Unterstützung des aktivsten Bevölkerungsteils – der „Mittelklasse“ – einbüßen könnte.

3. „Geldabkauf“ und Immobilisierung der Ersparnisse

Mit Rücksicht auf die heutige Situation im Lande wäre eine massierte staatliche Intervention zur Stabilisierung des Rubels, d. h. eine Art Abkauf des Geldüberschusses, der politisch und sozial denkbar sichere Weg zum Ausgleich des Verbrauchermarktes. Diese „Intervention“ sollte hauptsächlich

nach geltenden Preisen und ohne Veränderung des offiziellen, für den Haushalt günstigen Rubelkurses vorgenommen werden, wobei die eingenommenen Summen anschließend größtenteils vernichtet (abgeschrieben) werden. Der „Abkauf“ muß verständlicherweise mit den geringsten staatlichen Ausgaben durchgeführt werden. Das überschüssige Geld, das nicht „abgekauft“ werden kann, muß immobilisiert, d. h. in verschiedene langfristige Aktiva einbezogen werden.

Das Geld der Bevölkerung und der Betriebe kann man in zwei Kategorien gliedern: konsumtives Geld, das sofort auf dem Markt für benötigte Waren ausgegeben werden kann, und „Kapital“, d. h. Ersparnisse, die in Produktionsmittel, Finanzaktiva oder diverse Immobilien investiert werden können. Es gibt schätzungsweise (unter Berücksichtigung der Ersparnisse im „Sparstrumpf“) maximal 150 bis 200 Mrd. Rubel konsumtives Geld. Das in den Betrieben verfügbare, jedoch brachliegende und ungebundene „Kapital“ kann auf 300 bis 350 Mrd. Rubel geschätzt werden.

Wie sehen heute die realen Möglichkeiten des Staates aus, das konsumtive Geld der Bevölkerung „abzukaufen“ (oder mit Waren zu decken) und das verfügbare betriebliche „Kapital“ zu immobilisieren?

a) Interne Quellen

Die entscheidenden Möglichkeiten wären hier:

– Die Kooperativen, die Waren erzeugen und Dienstleistungen erweisen, nicht niederzuhalten, sondern sie im Gegenteil zu fördern und höchstmöglich zu begünstigen. Diese Maßnahmen würden dem kooperativen Sektor gestatten, den für 1990 prognostizierten Kaufkraftzuwachs mit Waren reichlich zu decken; in diesem Fall kann der Staat den ganzen Zuwachs der Konsumwarenproduktion und dementsprechend auch die Umsatzsteuern zum Ausgleich der Ersparnisse der Bevölkerung verwenden.

– Verkauf oder immerwährende Verpachtung von Grundstücken an die Bevölkerung (vor allem in den Städten); Verkauf staatlicher Wohnungen, die allerdings unbedingt vom Staat nach den Prinzipien der Rentabilitätsrechnung betreut werden müssen; Verkauf überschüssiger Bestände an Material, nichtinstallierter Ausrüstungen und beliebiger Produktionstechnik. Diese Maßnahmen bedeuten natürlich Investitionen, die allerdings zu einem Großteil auch konsumtives Geld binden werden, wenn dessen Besitzer vor die Wahl gestellt werden, ihr Geld entweder für die laufenden oder für die langfristigen Bedürfnisse auszugeben;

– Vergleichbar mit diesen Maßnahmen ist die Ausgabe von Anleihen für den Bau kooperativer Wohnungen und genormter Datschen, für den garantierten Erwerb von Pkw, Möbeln, Videorecordern, Personalcomputern, Waschmaschinen usw. Wenn man die Verminderung der eingeplanten investiven Bautätigkeit in der Produktion und die dementspre-

chend freigesetzten Baukapazitäten und Arbeitskräfte berücksichtigt, könnte sich der Staat verpflichten, in den nächsten fünf Jahren *zusätzlich* Wohnungen für zwei bis drei Millionen Familien unter der Bedingung zu bauen, daß sie der Regierung einen zinsfreien Kredit für diese Bauarbeiten gewähren. Allein diese Maßnahme könnte mindestens 75 Mrd. Rubel aus dem Verkehr ziehen. Eine ähnliche Wirkung hätte auch die Ausgabe einer „Auto-Anleihe“, wobei sich der Staat verpflichten müßte, Mitte der neunziger Jahre zwei neue Automobilwerke zu bauen, die insgesamt zwei bis zweieinhalb Millionen Pkw im Jahr liefern würden.

– Emission gewinnbringender staatlicher Wertpapiere (Anleihen) für eine Frist zwischen 30 Tagen und 30 Jahren; die Zinssätze sollten dabei die Inflationsraten zumindest um zwei Prozent übersteigen, d. h. sieben bis acht Prozent im Jahr ausmachen. Ähnliche Zinssätze sollten auch für befristete Einlagen der Bevölkerung in den Sparbanken vorgesehen werden. Die Emission von Aktien und Obligationen der bestehenden und neuen Betriebe an die Bevölkerung und juristische Personen (d. h. Betriebe und Banken) könnten ebenso einen bestimmten, wenn auch begrenzten Effekt der Geldmengenreduzierung sowie der Schaffung von Investivkapital sichern.

– Versteigerung von Investitionsgütern und Werkstoffen (einschließlich importierter Produktionsmittel und Werkstoffe) an Betriebe ohne jegliche Preisbeschränkung, wobei der Erlös teilweise an den Staatshaushalt abgeführt und vernichtet wird. Eine ähnliche Rolle könnten auch staatliche Devisenversteigerungen – Verkauf von Devisen an Betriebe und eventuell an Privatpersonen zu freien Marktpreisen – spielen; diese Versteigerungen könnten in Verbindung mit den bereits genannten staatlichen Anleihen (Einbeziehung freier betriebseigener Finanzen zu günstigen Bedingungen) überschüssiges Geld im bargeldlosen Verkehr praktisch völlig beseitigen.

– Vorübergehende Reduzierung des Exports sowjetischer Konsumgüter, die eine große Bedeutung für den Staatshaushalt der UdSSR haben (vor allem Pkw), jedoch keinen entscheidenden Devisenerlös sichern, andererseits bei der Sättigung des sowjetischen Marktes eine wichtige Rolle spielen können.

– Normalisierung des staatlichen Spirituosenhandels und Verdrängen der Schwarzbrenner durch ökonomische Maßnahmen, vor allem durch weitgehenden Verkauf von Alkoholgetränken im staatlichen Handelsnetz zu gesenkten Preisen. Die jetzige Situation, in der die Schwarzbrenner zumindest 50 Prozent aller Spirituosen un versteuert verkaufen, ist nicht mehr tragbar; der „Schwarzbrennersektor“ ist heute ein beträchtlicher Faktor des Schwarzhandels, des Marktverfalls und der organisierten Kriminalität.

Man muß allerdings unterstreichen, daß die Durchführung der meisten genannten Maßnahmen im

Rahmen des riesigen und schwerfälligen bürokratischen Staatsapparates gewisse Zeit erfordert. Ich befürchte, daß die uns verbleibenden ein bis eineinhalb Jahre nicht genügen, selbst wenn wir diese Maßnahmen buchstäblich morgen beschließen und durchführen würden. Angesichts der sich zuspitzenden sozialen Spannungen müssen wir unverzüglich einen Effekt erzielen, die Lage auf dem Markt praktisch sofort verbessern und den Rubel wenigstens geringfügig stabilisieren. Unter diesem Blickwinkel verbleiben dem Staat (wobei eine schnelle Verbesserung in der Landwirtschaft vermutlich unrealistisch ist) im Grunde genommen nur drei Möglichkeiten, den Markt und das „heiße Geld“ sofort, ökonomisch und sozusagen natürlich zu beeinflussen: die Entwicklung des kooperativen Sektors, die Ausdehnung des staatlichen Spirituosenhandels und eine gravierende Steigerung des Konsumwarenimports.

b) Äußere Quellen

Um das konsumtive Geld mit Waren zu decken und den Markt auszugleichen, braucht man mit Rücksicht auf die heutige Effizienz des sowjetischen Imports höchstens 20 bis 25 Mrd. US-Dollar, wobei der Fiskus für jeden für den Import ausgegebenen US-Dollar acht bis zehn sowjetische Rubel und bei entsprechender Manövrierfähigkeit sogar mehr erhalten kann. Unter mehr oder weniger normalen Bedingungen wäre das der billigste Weg, auf dem der Fiskus das überschüssige Geld der Bevölkerung „abkaufen“ könnte, ohne jemanden zu beeinträchtigen.

Nach dieser für zwei bis drei Jahre ausgelegten einmaligen Maßnahme könnten wir dann den stabilen Konsumwarenimport gegen Devisen als einen ausgleichenden und konkurrierenden Faktor zur Förderung unserer Betriebe nutzen. Wenn der kooperative Sektor nicht erstickt wird und die Industriebetriebe, wie geplant, auf die sozialen Ziele umorientiert werden, könnten wir in Zukunft den jährlichen Konsumwarenimport auf einem Stand von drei bis fünf Mrd. US-Dollar (je nach Rubelkurs) aufrechterhalten. Das ist ein durchaus reales Ziel, wenn man berücksichtigt, daß unser heutiger Gesamtimport gegen Devisen 31 Mrd. US-Dollar im Jahr ausmacht.

Können wir heute Devisen finden, einsparen oder borgen, um das Problem überschüssigen Geldes denkbar schnell und kostengünstig – vorwiegend durch Importe gegen Devisen – zu lösen? Ich befürchte, daß wir in diesem Bereich Zeit und Möglichkeiten in bedeutendem Maße verpaßt haben. 1989 wurde unter anderem die Möglichkeit, unsere Devisenreserven durch westliche mittel- und langfristige Kredite von Privatbanken zu ergänzen, praktisch durchkreuzt. Angesichts der politischen Erschütterungen haben die internationalen Banken uns in die Kategorie der potentiell unzuverlässigen Kreditnehmer eingestuft. Die internationalen Praktiken beweisen, daß in diesem Fall die Kreditzinsen bereits in einer Höhe von 15 bis 16 Prozent gefor-

dert werden, wodurch die Kredite vom wirtschaftlichen Standpunkt aus absolut sinnlos werden. Andererseits haben wir immer noch bestimmte Reserven, die wir meiner Überzeugung nach bei entsprechender Kühnheit und Phantasie nutzen könnten.

Zunächst einmal sind das unsere nach wie vor bedeutenden Goldbestände. Wir können sie natürlich nicht auf einmal verkaufen, denn dann würde der gesamte internationale Goldmarkt zusammenbrechen. Wir können aber (mit Rücksicht auf andere Möglichkeiten) zehn bis zwanzig Mrd. US-Dollar Kredite nehmen, die durch unsere Goldbestände gesichert wären. Wir haben diese vermutlich für den „schwarzen Tag“ reserviert. Aber auf welchen anderen „schwarzen Tag“ sollen wir noch warten? Zum zweiten müssen wir unsere Hilfe an andere Staaten, insbesondere an die „Dritte Welt“, wesentlich kürzen, die vorwiegend in Rubeln, aber teilweise auch in vollwertigen Devisen geleistet wird. Ist es nicht an der Zeit, die gewohnten Zielsetzungen und Vorstellungen auch in diesem Bereich zu revidieren? Ich denke, daß unser Volk diese Last unter den bestehenden Verhältnissen nicht mehr tragen kann.

Viele Devisen könnten wir ferner aus dem Verkauf von Grundstücken, Wohnungen, Büros, Industrie- und Handelsbetrieben an Ausländer erhalten. Auch in diesem Bereich kann man kaum einen sofortigen Nutzeffekt erzielen, aber bestimmte Valu-

tamtittel könnten wir trotzdem schon in nächster Zukunft auf diese Art erwirtschaften. Zudem könnten entsprechende neue Gesetze die Aussichten einer Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern verbessern und unser in letzter Zeit ins Schwanken geratenes Ansehen auf den internationalen Finanzmärkten festigen. Schließlich verbleibt noch eine weitere Möglichkeit, die zwar vorhanden ist, auf deren Mobilisierung wir aber nur geringen Einfluß haben: die offizielle staatliche Hilfe der westlichen Regierungen, die uns wohlgesonnen sind. Deren Hilfe ist aber auch eine politische Frage, und ich wage nicht, hier alle „Für“ und „Wider“ abzuwägen.

Aufgrund einiger Argumente oder vielleicht eher intuitiv glaube ich nicht, daß aus den drei dargelegten Wegen zur Stabilisierung des Marktes bzw. der Verhinderung seines Zusammenbruchs die dritte, günstigste Version gewählt wird. Es wäre kaum erstaunlich, wenn wir uns für die zweite Version entscheiden (oder werden entscheiden müssen) und die Ersparnisse der Bevölkerung und Betriebe zu einem bedeutenden Teil reduzieren. Anders gesagt sind ein allgemeines Rationierungssystem und die anschließende Geldreform, die der Bevölkerung harte Opfer abverlangt, in der heutigen Situation durchaus vorstellbar. Ich wiederhole: Wir haben immer noch die Möglichkeit, dies zu vermeiden, aber ich bezweifle, daß wir das schaffen.

III. Möglichkeiten zur Umgestaltung des Geld- und Finanzsystems

In dieser historischen Zeitspanne müssen wir vor allem das Geld- und Finanzsystem sanieren. Ich bin überzeugt, daß wir heute und auch in Zukunft vor allem einen vollwertigen Rubel brauchen. Die Sanierung setzt ein System sich wechselseitig bedingender Maßnahmen voraus, die nicht nur den Markt schnellstmöglich ausgleichen und die Finanzen stabilisieren, sondern auch den gesamten Geldverkehr, Kredite und Finanzen des Landes, umgestalten. Beschränkt man sich nur auf kurzfristige (wenn auch radikale) Maßnahmen, wird sich die Situation nach einiger Zeit wiederholen. Der Marktausgleich ist die vordringlichste, wichtigste, allerdings nur die erste Maßnahme.

Die Geld- und Finanzreform muß auf zwei Grundprinzipien beruhen: Zunächst einmal muß die zentralgesteuerte Umverteilung der Geldressourcen, vor allem über den Staatshaushalt, in größtmöglichem Umfang reduziert und vorwiegend „horizontal“, d. h. über den Kreditmarkt, abgewickelt werden. Zum zweiten müssen die Ausgaben einzelner Personen, der Betriebe und des Staates ausschließlich durch ihre realen Ersparnisse und nicht durch Geldemission gedeckt werden.

1. Das Bankensystem

Kommerzbanken, die nach den Prinzipien der Rentabilitätsrechnung arbeiten, Betriebe und Privatpersonen bei Verrechnungen betreuen, freies Geld einbeziehen, Kredite gewähren und Operationen mit Wertpapieren ausführen, müssen in Zukunft die Grundeinheit des Kreditsystems darstellen. Die Kreditquellen müssen sich hauptsächlich aus freiwilligen Einlagen (Depositen) der Betriebe und der Bevölkerung in den Banken und nicht aus Haushaltsmitteln zusammensetzen. Die letztgenannten werden hauptsächlich dann zur Subventionierung von Bankkrediten verwendet, wenn staatliche Schwerpunktprojekte finanziert werden müssen. Investitionsbanken, die sich in ihrer Tätigkeit vornehmlich auf kommerzielle Depositenbanken und nur nötigenfalls auf Haushaltsmittel stützen, würden langfristige Kredite zu Investitionszwecken gewähren.

Die Kredit- und Finanzinstitute müssen miteinander um Einlagen und Kreditnehmer konkurrieren. Daher ist es kaum zweckmäßig, die Anzahl ähnlicher Banken (im Hinblick auf Finanzoperationen und Industriezweige) zu beschränken und die Finanz- und Kreditinstitutionen zur Spezialisierung

zu nötigen. Das widerspricht dem weltweiten Trend nach universeller Banktätigkeit. Alle Kredit- und Finanzinstitutionen des Landes müssen unter gleichen Bedingungen funktionieren und durch die einheitlichen Finanz- und Kreditbestimmungen der Staatsbank der UdSSR geregelt werden. Die Staatsbank der UdSSR muß Geld emittieren, das Geld- und Kreditsystem (vor allem die Geldmenge, d. h. Bargeld und unterschiedlich befristete Einlagen) regeln sowie Devisenoperationen kontrollieren. Zu diesem Zweck muß die Staatsbank vom Ministerium für Finanzen der UdSSR getrennt werden. Die Zentralbank darf sogar nicht einmal dem Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, sondern ausschließlich dem Obersten Sowjet der UdSSR unterstehen.

Die Staatsbank darf Banknoten nicht nach dem Kassenplan, sondern ausschließlich gegen Verpfändung von materiellen und Fondswerten — Warendokumente, Grundschuldbriefe für Immobilien, Wechsel, Aktien, Obligationen usw. — emittieren. In diesem Fall wird die Staatsbank vor allem die Geldmenge sowie ihre Zuwachsraten regeln und auf diese Weise die Wirtschaft lenken. Unter diesen Bedingungen verwandelt sich die Kreditregelung in einen wichtigen Hebel der Wirtschaftspolitik, der effektiv die Grundparameter der Volkswirtschaft (Investitionsumfang, Verbrauchernachfrage, Devisenkurs usw.) beeinflussen kann.

In der heutigen Etappe ihrer Politik muß die Staatsbank die Kreditrestriktion, d. h. die Kreditbeschränkung, in den Vordergrund rücken, um den Nährboden der Inflation zu beseitigen. Nur in diesem Fall (aber sicherlich erst nach dem Einzug eines bedeutenden Teils der Geldmenge und in der Situation, in der das Warenangebot die Nachfrage übersteigt) wird es möglich und notwendig sein, auf eine Preisregelung für die meisten Waren und Dienstleistungen zu verzichten. Das betrifft auch die Löhne. Die Preise werden unter diesen Bedingungen die objektiven Kostenrelationen viel genauer und schneller widerspiegeln als dies eine beliebige Preisreform und Verwaltungskontrolle der Preise und Löhne erreichen könnte.

2. Der Staatshaushalt

Unter den konkreten Bedingungen unseres Landes werden die Sachverhalte im Finanzbereich in vielerlei Hinsicht, wenn nicht hauptsächlich, durch die Haushaltspolitik bestimmt. In diesem Zusammenhang muß vor allem der Anteil des Haushalts am Nationaleinkommen wesentlich reduziert werden. In den vergangenen 20 Jahren stieg dieser Anteil stets an. 1970 wurden über den Haushalt 54 Prozent, 1980 64 Prozent, 1985 67 Prozent und 1989 76 Prozent umverteilt. Somit entwickeln sich die realen Wirtschaftsprozesse ungeachtet der Diskussionen über die Wirtschaftsreform, Rentabilitätsrechnung, Unabhängigkeit der Betriebe usw. in Richtung zunehmender Zentralisierung. In dieser Situation ist die ökonomische Unabhängigkeit der

Betriebe eine Täuschung. Zugleich kann die Inflation beim heutigen Anteil des Haushalts am Nationaleinkommen, seiner Einnahmen- und Ausgabenstruktur, der vorherrschenden Finanzierung aus dem Haushalt und den Methoden zur Deckung des Haushaltsdefizits unmöglich bekämpft werden.

Um die Lage zu verbessern, muß man — sowohl einmalig als auch langfristig — den Umfang zentralisierter Investitionen gravierend reduzieren. Die Finanzierung von Investitionen aus dem Staatshaushalt muß eine Ausnahme bleiben. In der Regel sollen sie vorwiegend aus den Mitteln der Betriebe (Eigenmittel und Anleihen) und der örtlichen Machtorgane finanziert werden. Die Handhabung der Subventionen (21 Prozent aller Haushaltsausgaben) muß wesentlich verändert werden. Neben der Reduzierung der Subventionsmittel (das ist möglich, wenn unrentable Industrie- und Agrarbetriebe verpachtet, aufgelöst oder beseitigt sowie die Preisverhältnisse verändert werden) muß man das eigentliche Subventionsprinzip revidieren und nicht Produzenten, sondern hauptsächlich Verbraucher damit unterstützen.

Aus dem Staatshaushalt darf man nur die gesamtstaatlichen Aufgaben (Verteidigung, Außenpolitik usw.) und Programme (Infrastruktur, Bildungs- und Gesundheitswesen, einige Zuwendungen und Subventionen) sowie die Errichtung einiger für das gesamte Land wichtiger großer Industrieobjekte finanzieren. Man könnte jetzt die Ausgaben des Staatshaushalts vor allem durch eine gravierende Kürzung der Investitionen in Projekte, die sich nur nach langer Zeit rentieren (keinerlei „Großprojekte“ zumindest in den nächsten fünf bis zehn Jahren), ferner durch eine weitere Reduzierung der Mittel für die Verteidigung und internationale Verpflichtungen, die Reduzierung des Staatsapparats und durch Verzicht auf künstliche staatliche Unterstützung verlustbringender Betriebe vermindern. Unter den heutigen inflationsgeprägten Bedingungen muß man auch die Investitionen der Betriebe durch höhere Kreditzinsen beschränken.

Die Kürzung der Haushaltsausgaben wird zugleich auch eine Verringerung der Einnahmen des Haushalts verursachen. Dem kann entgegengewirkt werden, indem man sich einer neuartigen Mobilisierung der Einnahmen bedient, nämlich der progressiven Besteuerung der Gewinne und individuellen Einkommen. Indirekte Steuern werden eine zweitrangige Rolle spielen. Sie gestatten, auch die Preise auszugleichen, die bei uns durch Umverteilungsfunktionen belastet sind und somit die realen Kostenverhältnisse nicht widerspiegeln. In diesem Fall wird man eine Grenznorm zur Gesamtbesteuerung der Gewinne der Betriebe (örtliche, republikanische und Unionssteuern) im Maßstab des ganzen Landes, unabhängig vom Tätigkeitsbereich und — was besonders wichtig ist — von Eigentumsformen einführen. Die Besteuerung der Kooperativen nicht nach dem Gewinn, sondern nach dem Einkommen verwandelt alle Ausführungen über die

Gleichschaltung verschiedener Eigentumsformen in eine unverhohlene Heuchelei.

In den Industriestaaten liegen die Gesamtsteuern der Betriebe in der Regel nicht über 50 Prozent (in der UdSSR sind es 70 Prozent). Bei höherer Besteuerung vermindert sich drastisch das Interesse des Produzenten. Bei uns darf die Unionssteuer 25 bis 30 Prozent nicht übersteigen, wobei alle Abschreibungen bei den Betrieben bleiben. Der Rest wird an die republikanischen und örtlichen Haushalte abgeführt. Den Kern des Einnahmenanteils am Haushalt bildet die Umsatzsteuer. Wir werden ein normales Preissystem und normale, d. h. die wirtschaftlichen Realitäten nicht entstellende Preisrelationen nur dann haben, wenn wir einerseits den Großteil der Subventionen für Lebensmittel, Wohnraum, Verkehrsmittel, Kommunalleistungen und andererseits die Umsatzsteuer für Industriewaren aufheben. In Zukunft wäre es zweckmäßig, auf die Umsatzsteuer überhaupt zu verzichten und eine Kostensteuer, z. B. Verkaufssteuer, einzuführen. Diese Steuer sollte wesentlich unter der Umsatzsteuer (acht bis zehn Prozent) liegen und nicht in den Preis aufgenommen werden, was für reale Haushaltseinnahmen eine entscheidende Rolle spielt. Nach der Aufhebung der Umsatzsteuer muß man Verbrauchssteuern für Spirituosen, Tabakwaren, Benzin usw. einführen. Man könnte die aufgehobene Umsatzsteuer teilweise auch durch andere Maßnahmen ausgleichen.

Das persönliche Einkommen sollte als Besteuerungsgrundlage nur in dem Fall eine größere Rolle spielen, in dem sich der Anteil des Lohnfonds am Nationaleinkommen vergrößern wird. In den Industriestaaten liegt heute dieser Anteil bei 60 bis 80 Prozent, in der Sowjetunion bei 37 Prozent. Die Gewinne und persönlichen Einkommen müssen auf gleicher Grundlage unabhängig von Eigentumsformen, der Tätigkeit und der Einkommensquelle besteuert werden. Die Besteuerungsbedingungen müssen für staatliche, kooperative, individuelle und Pachtbetriebe gleich sein. Parallel dazu könnten verschiedene Steuervergünstigungen die Wirtschaftspolitik effektivieren.

Gesetzgeberisch muß man auch die Möglichkeit einschränken, das Haushaltsdefizit durch Kreditressourcen der Staatsbank, d. h. durch Emissionen, zu decken. Das Haushaltsdefizit selbst stellt noch kein Mißverhältnis in der Wirtschaft dar, darf jedoch nicht durch Emissionen, sondern muß durch reale Ersparnisse, d. h. durch Verkauf staatlicher Wertpapiere an die Bevölkerung, an Betriebe und Banken, die der Staat frei verkaufen und kaufen soll, auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden. An die Stelle der zwangsweisen Umverteilung tritt der freie Verkauf. Die bestehende inländische Staatsschuld (etwa 400 Mrd. Rubel) muß in unterschiedlich befristete und verzinsten Wertpapiere überführt werden.

3. Der Devisenbereich

Devisenmaßnahmen spielen eine bedeutende Rolle bei der Gesundung der Wirtschaft und der Entwicklung eines vollwertigen Kredit- und Geldsystems. Zu den vordringlichen Sanierungsmaßnahmen gehören vor allem:

— zielgerichtete Förderung des Exports nicht nur von Hightech-Erzeugnissen, sondern vor allem von arbeits- und materialaufwendigen Waren, bei denen wir einen Preisvorteil (vor allem durch billige Arbeitskräfte) erzielen. Mit Rücksicht darauf, daß diese Erzeugnisse im Unterschied zu Rohstoffen nicht massenweise geliefert werden können und sehr vielfältig sind, muß der Staat den Unternehmen bei den Exportgeschäften eine größtmögliche Unabhängigkeit gewähren. Die bürokratische Lizenzierung (d. h. vor allem Ausfuhrverbot) muß soweit wie möglich beschränkt werden;

— sorgfältige Umstrukturierung unserer Importe, um den Ankauf von Getreide, einigen Ausrüstungs-, Rohstoff- und Werkstoffarten zu vermindern und statt dessen Devisen für den Erwerb von Konsumgütern, Arzneimitteln und effizienter Industrietechnik bereitzustellen. Auch die vorsichtigsten Berechnungen beweisen, daß der Konsumgüterimport bei bestehenden sowjetischen Preisen im Vergleich z. B. zum Getreideimport dem Staatshaushalt einen um das zwanzigfache größeren Nutzen sichert;

— zusätzliche Lieferungen (über den Durchschnittsstand hinaus) nicht lediglich unserer Agrarbetriebe, sondern auch der Brenn- und Mineralstoffproduzenten müssen in Devisen, jedoch wesentlich unter den Weltpreisen verrechnet werden, wobei die Produzenten die erwirtschafteten Devisen nach eigenem Ermessen verbrauchen dürfen;

— die Unterstützung der mit uns freundschaftlich verbundenen Länder muß mit unseren realen Möglichkeiten und Interessen abgestimmt werden. Die künstliche Finanzierung dieser Staaten durch Export- und Importpreise muß eingestellt werden;

— Verminderung der Devisenabführungen vom Erlös unserer Exporteure an den Staat und Einführung einer für alle Wirtschaftszweige und Tätigkeitsbereiche einheitlichen Abführungsquote; vollständige Befreiung von Devisenabführungen in Einzelfällen (für besonders aussichtsreiche Exportbetriebe); unbegrenzte Berechtigung der Devisenbesitzer, die Gewinne in ausländischer Währung nach eigenem Ermessen zu verbrauchen;

— Beseitigung des Monopolrechtes der Vnesheconombank der UdSSR auf internationale Verrechnungen und Kreditoperationen;

— freier Umtausch des Bargeldes der Ausländer (mit Ausnahme der kaufmännischen Zahlungen) gegen sowjetische Rubel nach dem Weltkurs. Dadurch wird der „Schwarzmarkt“ beträchtlich reduziert, wobei die Valutaerlöse dem Staat zufließen werden; das wird auch ein Schritt zu einem realen

Rubelkurs und zu seiner künftigen Konvertierbarkeit sein;

– vollständige Liberalisierung der Devisenkonten der sowjetischen Bürger, freie Einzahlung und Abhebung von Devisen; Verzinsung dieser Konten in Devisen oder Rubeln nach einem freien Kurs;

– Einräumung denkbar günstiger Bedingungen für die Devisenbeziehung in Organisationsformen, die die Verschuldung nicht vergrößern (vor allem Joint Ventures und direkte ausländische Privatinvestitionen);

– Ausreiseerlaubnis für sowjetische Bürger, die ein befristetes Arbeitsverhältnis im Ausland eingehen wollen;

– in dem Maße, wie der Bedarf an Importkonsumgütern durch Importationalisierungen, Kürzungen unserer internationalen Verpflichtungen, Einbeziehung von Devisen der Ausländer und sowjetischen Bürger sowie durch Anleihen, die durch unsere Goldbestände gesichert sind, nicht gedeckt werden kann, muß man sich um neue ausländische Kredite zu annehmbaren Bedingungen bemühen.

Neben den außerordentlichen Maßnahmen muß man auch umfassende langfristige Maßnahmen, die einen schrittweisen Übergang zur Konvertierbarkeit des Rubels und zu einer vollwertigen Einschaltung der Sowjetunion ins internationale Währungssystem erleichtern, treffen. Solche Maßnahmen müssen vorsehen:

– Einführung eines ökonomisch begründeten und einheitlichen Rubelkurses, durch den der Rubel zunächst wesentlich entwertet wird; im weiteren Verlauf muß der Kurs der sowjetischen Währung unter Berücksichtigung der relativen Preissteigerungen, der Preisstruktur und der Zahlungsbilanz regelmäßig korrigiert werden;

– Erweiterung des Großhandels mit Investitionsgütern und dadurch der Rechte der sowjetischen und ausländischen Rubelbesitzer, die sowjetische Währung nach eigenem Ermessen zu verbrauchen;

– Erarbeitung und Durchführung von Maßnahmen zur Einführung der gegenseitigen Konvertierbarkeit der Währungen der RGW-Mitgliedstaaten; Verwendung harter Währungen als Wertnorm und Verrechnungsmittel bei den meisten gegenseitigen Geschäften (als erste Etappe);

– Bildung eines durch die Staatsbank regulierbaren Devisenmarktes in der UdSSR. Es wäre zweckmäßig, mit Rücksicht auf die Erfahrungen aus den Jahren 1922 bis 1924 bereits demnächst eine zweite Rubel-Währung („Tscherwonez“), parallel zur ersten und durch unsere Goldbestände sowie durch internationale Kredite gesichert, einzuführen. In der ersten Etappe könnte man mit „Tscherwonez“

der Bevölkerung und den Betrieben das überschüssige Geld nach einem Markt- bzw. Versteigerungspreis abkaufen und vernichten; in dem Maße, wie die erste fieberhafte Nachfrage nach „Tscherwonez“ abflaut, wird ihr Preis auf einen mehr oder weniger natürlichen Stand sinken; zudem könnte der „Tscherwonez“ zur Haupteinheit des Geldverkehrs und der Verrechnung in vorgesehenen freien Wirtschaftszonen und vielleicht auch in freien Zweigen werden. Im Ergebnis könnte „gutes Geld“, d. h. Tscherwonez, ebenso wie in den zwanziger Jahren „schlechtes Geld“ verdrängen. Das Aufsteigen des heutigen Rubels zu einer vollwertigen, konvertierbaren Geldeinheit ist ein langer Prozeß, der Jahrzehnte erfordern kann.

Neben den Maßnahmen zum schrittweisen Übergang zu einem konvertierbaren Rubel muß man auch eine enge Zusammenarbeit mit Weltwirtschaftsorganisationen wie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), dem General Agreement on Tariffs and Trade (GATT), dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der International Bank for Reconstruction and Development (IBRD) sowie eine Mitgliedschaft in diesen Organisationen anstreben. Mit Rücksicht auf die besondere Rolle des Internationalen Währungsfonds, der heute zunehmend die Wirtschaftspolitik verschiedener Staaten koordiniert, braucht man eine entsprechende sowjetische Institution, die ständige Kontakte mit ihm unterhalten und später auch intensiv in ihm mitwirken könnte. Diese Institution könnte auch mit der „Gruppe der Sieben“, den OECD-Ausschüssen und anderen ähnlichen internationalen Organisationen Kontakt aufnehmen. Ich möchte unterstreichen, daß eine effektive Arbeit im Geld- und Finanzbereich nur mit Hilfe umfassender und glaubwürdiger Statistiken, darunter über die Geldmenge, die Passiva der Staatsbank der UdSSR, die Gold- und Devisenbestände, die Handels- und Zahlungsbilanz, die internationalen Kredite und Investitionen, die in- und ausländische Schulden usw. betrieben werden kann.

Soweit meiner Ansicht nach die wichtigsten Bedingungen zur Sanierung der Finanzen und zur Etablierung eines Geldsystems, das der heutigen Etappe der ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklung des Landes entspricht. Wenn diese Maßnahmen unterbleiben, werden wir in nächster Zukunft eine Finanzkrise nicht vermeiden können. Die Durchführung dieser Maßnahmen kann den Geld- und Finanzbereich in ein wirksames Instrumentarium zur Umgestaltung der sowjetischen Wirtschaft, die durch Konkurrenzfähigkeit, Effizienz und Übereinstimmung mit den Anforderungen der Weltwirtschaft gekennzeichnet sein soll, verwandeln. Der Rubel wird dann endlich wirklich kaufkräftig sein.

Michail Gorbatschow und die engere „sozialistische Gemeinschaft“

I. Einleitung

Auch wenn niemand vorauszusagen vermag, ob der von Michail Gorbatschow eingeleiteten Politik der inneren Reformen langfristig Erfolg beschieden ist, wird die Entwicklung der UdSSR mit einem Interesse verfolgt, das bisher kein Nachfolger Stalins auf sich zu ziehen vermochte. Das von Gorbatschow proklamierte „neue Denken“ und die von ihm unter den Vorzeichen von „Glasnost“ und „Perestroika“ betriebene, konzeptionell keinesfalls abgeschlossene und in ihren Auswirkungen auf das Land nicht überschaubare Politik ziehen aus mehreren Gründen weltweit die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich.

Im Gegensatz zu seinen Vorgängern, die trotz der Einsicht in die sich immer mehr verstärkende innere Rückständigkeit der Sowjetunion aus ideologischer Verblendung heraus dennoch Optimismus zu verbreiten suchten, hat Gorbatschow keine Skrupel, den Grad der Stagnation, des Rückstands und Niedergangs seines Landes beharrlich aufzuzeigen. Gorbatschow geht von der Tatsache aus, daß das überkommene sowjetische „Sozialismus“-Modell jegliche Anziehungskraft auf die anderen Staaten des „sozialistischen Weltsystems“ und der Dritten Welt verloren hat.

Als Gorbatschow das Amt des Generalsekretärs des Zentralkomitees der KPdSU am 11. März 1985 übernahm, befand sich die engere „sozialistische Gemeinschaft“, d. h. der Bereich des Warschauer Paktes, in einem wenig erfreulichen Zustand. Dem Sowjetblock, diesem „Bündnis ungleicher Partner“, hat es immer an Kohärenz und Homogenität gefehlt. Dennoch unterschied sich die „Block“-Situation beim Amtsantritt Gorbatschows von der seiner Vorgänger insofern, als einige Allianzpartner den Führungswechsel von Leonid Breschnew zu Jurij Andropow (12. November 1982) und dann zu Konstantin Tschernenko (13. Februar 1984) zum Anlaß genommen haben, ihren außenpolitischen Spielraum ein wenig zu erweitern. In der Ära Breschnew (1964–1982) hatte sich die sowjetische Führung auf die Solidarität ihrer Bündnispartner noch verlassen können, wenn man von Rumänien und Albanien absieht. Daß Albanien im September 1968 nach der militärischen Intervention von fünf Warschauer Pakt-Staaten in der Tschechoslowakei – Rumänien hatte sich an der Aktion nicht beteiligt – den Warschauer Pakt verließ, konnte Moskau leicht verkraften. Hingegen hat die Staats- und Parteiführung Rumäniens in ihrem Bestreben, eine „Politik der nationalen Interessen“ zu verfol-

gen, den Kreml immer wieder auf die Probe gestellt¹⁾.

Bis in das Jahr 1985, also bis zum Ende der Übergangsperiode im Kreml, vertraten Rumänien, Ungarn und die DDR aus unterschiedlichen Motiven heraus in ihrer Westpolitik Positionen, die die damaligen „hardliner“ – die UdSSR, Polen und die Tschechoslowakei – nicht ohne weiteres hinzunehmen bereit waren. Für westliche Beobachter war es überraschend, daß ausgerechnet die Führung der DDR, die bis dahin neben Bulgarien zu den treuesten Mitspielern des Kreml gehört hatte, bestrebt war, vornehmlich ihren deutschlandpolitischen Spielraum auszudehnen²⁾.

Im Verlauf des Jahres 1984 haben sich für die Sowjetunion unerwartete neue Konstellationen herausgebildet. Während die DDR vornehmlich daran interessiert war, ihre Politik der „Schadensbegrenzung“ in Europa und des „Dialogs“ mit der Bundesrepublik Deutschland fortzuführen, verfolgte Ungarn eine reformorientierte Politik im Innern und intensivierte seine ökonomischen West-Beziehungen. Rumänien war – wie schon seit Mitte der sechziger Jahre – nicht willens, seine Sicherheits- und Militärpolitik vorbehaltlos den sowjetischen Interessen unterzuordnen³⁾.

¹⁾ Zum Verlauf der sowjetisch-rumänischen und sowjetisch-albanischen Beziehungen vgl. Jens Hacker, *Der Ostblock – Entstehung, Entwicklung und Struktur 1939–1980*, Baden-Baden 1985².

²⁾ Vgl. dazu Jens Hacker, *Die DDR in den block- und außenpolitischen Überlegungen der Sowjetunion*, in: *Politische Studien*, 37 (1986), S. 575 ff.; ders., *Bilanz und Perspektiven der deutsch-deutschen Beziehungen*, in: Oswald Hauser (Hrsg.), *Das geteilte Deutschland in seinen internationalen Verflechtungen*, Göttingen 1987, S. 210 ff.; Fred Oldenburg, *Die Autonomie des Musterknaben. Zum politischen Verhältnis DDR–UdSSR*, in: Richard Löwenthal/Boris Meissner (Hrsg.), *Der Sowjetblock zwischen Vormachtkontrolle und Autonomie*. Köln 1984, S. 153 ff.; ders., *Correlations between Soviet and GDR Reforms*, in: *Studies in Comparative Communism*, 22 (1988), S. 77 ff.

³⁾ Vgl. Magarditsch A. Hatschikjan, *Der Ostblock unter Gorbatschow 1986. Zur Block- und Westpolitik der kleineren Warschauer Pakt-Staaten*. Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin, Februar 1987; Charles Gati, *Soviet Empire: Alive But Not Well*, in: *Problems of Communism*, 34 (1985) 2, S. 73 ff.; Vladimir V. Kusin, *Gorbachev and Eastern Europe*, ebd., 35 (1986) 1, S. 39 ff.; Ronald D. Asmus, *The Dialectics of Detente and Discord: The Moscow-East Berlin-Bonn Triangel*, in: *Orbis*, 28 (1984/85), S. 743 ff.; Bernard von Plate, *Spielraum und Interessen in der DDR-Außenpolitik*, in: *Außenpolitik*, 37 (1986), S. 149; Peter Danylow, *Der außenpolitische Spielraum der DDR. Wechselnde Grenzen der Handlungsfreiheit im östlichen Bündnisssystem*, in: *Europa-Archiv*, 40 (1985), S. 433 ff.

Auch wenn sich Gorbatschow seit der Übernahme des höchsten Parteiarnes mit großer Energie um eine leistungsfähigere sowjetische Wirtschaft bemühte und ihn der permanente Ost-West-Konflikt, vor allem das Verhältnis zu den USA, beschäftigte, war es ein Irrtum zu meinen, der westliche Vorhof, die engere „sozialistische Gemeinschaft“, sei für ihn Nebensache. Im Gegenteil: Mehrere Reden und andere Anlässe ließen erkennen, daß er von Beginn an dem Zusammenhang des Ostblocks und der Disziplin der kleineren Partner hohe Aufmerksamkeit geschenkt hat. Sein Verhalten gegenüber den führenden Repräsentanten der Warschauer Paktstaaten verdeutlichte, welchen Stellenwert die „Block“-Disziplin auch im Denken Gorbatschows hatte.

Analysiert man die fünfjährige Amtszeit Gorbatschows, dann zeigt sich, daß er sich über Struktur, Entwicklung und Perspektiven der engeren „sozialistischen Gemeinschaft“, vor allem über die „Block“-Disziplin der „Bruderländer“ und die Führungsrolle der UdSSR und der KPdSU, geschmeidiger und flexibler als seine Vorgänger geäußert hat, wobei jedoch im Zeitverlauf auch wichtige Unterschiede zu erkennen sind. Bis Anfang 1988 hütete er sich, die Situation und Zukunft des Warschauer Bündnisses präzise zu umreißen und den Handlungsspielraum der Allianzpartner eindeutig zu bestimmen, der durch die sowjetischen Interessen und Sicherheitsbedürfnisse begrenzt wird. Mehrfach sprach Gorbatschow einerseits von den „eigenen und gemeinsamen Interessen“ und der „gemeinsamen Sache des Sozialismus“, andererseits von der „bedingungslosen und vollen Gleichheit“ und „absoluten Unabhängigkeit“ der „Bruderstaaten“.

Erst im Verlauf des Jahres 1988 war der Kremlchef bereit, den Eigeninteressen der Verbündeten ein wesentlich größeres Gewicht beizumessen und die „übergeordneten“ gemeinsamen Interessen in den Hintergrund zu rücken. Wieweit sich Gorbatschow inzwischen von den Positionen in der noch geltenden sowjetischen Verfassung von 1977⁴⁾ und im Parteiprogramm der KPdSU von 1986⁵⁾ entfernt hat, zeigt die Tatsache, daß von den Prinzipien des „sozialistischen“ und „proletarischen Internationalismus“ nicht mehr die Rede ist. Auch haben Gorbatschow und die Führungen der übrigen Warschauer Pakt-Staaten die sowjetische Interventionsdoktrin, im Westen als „Breschnew-Doktrin“ bezeichnet, inzwischen ausdrücklich aufgegeben. Das „sozialistische Völkerrecht“ gehört der Vergangenheit an, ebenso wie die Pflicht, gemeinsam den „Sozialismus“ oder die „sozialistischen Errungenschaften“ zu verteidigen, und auch das Prinzip der „ka-

meradschaftlichen gegenseitigen Hilfe“ wird nicht mehr erwähnt.

Gorbatschow ist realistisch genug, sich der in der Breschnew-Ära so strapazierten Formeln von der „Einheit“ und „Geschlossenheit“ der „sozialistischen Gemeinschaft“ und der „weiteren Annäherung der sozialistischen Nationen“ nicht mehr zu bedienen. Insoweit hat das unter der Führung Breschnews erneuerte lückenlose bilaterale Pakt-System im Ostblock seine Bedeutung eingebüßt.

Maßgeblich zum Wandel des „Block“-Verständnisses hat die teilweise weitreichende Revision außenpolitischer Prinzipien durch Gorbatschow beigetragen. Inzwischen haben sich in allen Staaten der Warschauer Allianz unter unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedingungen einschneidende innere Veränderungen vollzogen, die die sowjetische Führung widerspruchslos akzeptiert hat. Die ständig gewachsene Attraktivität der Europäischen Gemeinschaft mit der Ende 1992 geplanten Verwirklichung des Binnenmarktes und die ökonomische Situation der europäischen Mitglieder des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) sowie die Stagnation der östlichen Wirtschaftsgemeinschaft haben deren Mitglieder veranlaßt, ihre Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft soweit wie möglich auszubauen.

Angesichts der Bereitschaft Gorbatschows, die Militärdoktrin des Warschauer Paktes entscheidend zu modifizieren und „eindeutig defensiv“ auszugestalten und über den Abzug der in Ungarn und der Tschechoslowakei stationierten sowjetischen Truppen zu verhandeln, hat sich das militärische Gewicht des Warschauer Paktes gemindert. Die in Wien geführten Ost-West-Verhandlungen über eine Reduzierung der in Europa stationierten konventionellen Streitkräfte beider Seiten werfen auch die Frage nach dem Verbleib sowjetischer Truppen in Polen und der DDR auf⁶⁾. Mit dem Rückzug sowjetischer Truppen aus Ungarn und der Tschechoslowakei wurde bereits begonnen.

Da die Wandlungen des „Block“-Verständnisses Gorbatschows nur im Rahmen seiner Außen- und vor allem Europa-Politik zu kennzeichnen sind, erscheint es notwendig, zumindest kurz seine „Europa“-Vision zu skizzieren, um anschließend die Veränderungen in der Entwicklung der Warschauer Allianz und im RGW sowie den sukzessive erfolgten Verzicht auf die sowjetische Interventions-Doktrin aufzuzeigen.

⁶⁾ Insgesamt unterhält die Sowjetunion 627 500 Soldaten außerhalb ihres Staatsgebietes, von denen der Hauptbestandteil in den Staaten des Warschauer Paktes steht. Davon befinden sich allein 380 000 in der DDR als „Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte“ (früher: „Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland“). Vgl. 627 500 sowjetische Soldaten im Ausland, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Dezember 1989.

⁴⁾ Vgl. Art. 30 der Verfassung vom 7. Oktober 1977. Text in: Osteuropa-Recht, 24 (1988), S. 161; dazu Alexander Uschakow, Außenpolitik – Außenwirtschaft – Verteidigung, ebd., S. 55 ff.

⁵⁾ Text in: Sowjetunion zu neuen Ufern? 27. Parteitag der KPdSU März 1986. Dokumente und Materialien mit einer Einleitung von Gert Meyer, Düsseldorf 1986.

II. Gorbatschows Vision sowjetischer Europa-Politik

In seinem Buch „Perestroika“ schreibt Gorbatschow, sein Besuch im April 1987 in der Tschechoslowakei, „dem Land, das genau im geographischen Zentrum Europas“ liege, habe ihm eine passende Gelegenheit geboten, „die Idee des gemeinsamen europäischen Hauses“ zu formulieren⁷⁾. Auf der Kundgebung der tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaft am 10. April 1987 in Prag fügte er hinzu, die Metapher „gesamteuropäisches Haus“ bedeute „vor allem Anerkennung einer gewissen Unteilbarkeit, obgleich es sich hier um Staaten handelt, die unterschiedlichen Gesellschaftssystemen und einander entgegengesetzten militärpolitischen Blöcken angehören. . . Ein Europa ‚vom Atlantik bis zum Ural‘ — das ist im hohen geistigen Sinn auch eine kulturhistorische Kategorie. Hier wurde die Weltzivilisation mit Ideen der Renaissance und der Aufklärung bereichert, erfuhren die humanistische Tradition und die Lehre vom Sozialismus eine bedeutende Entwicklung, wurde der unschätzbare Fonds in allen Branchen der wissenschaftlichen Kenntnisse und der künstlerischen Erkenntnisse der Welt durch Anstrengung genialer Menschen aller europäischen Nationen geschaffen.“⁸⁾

1. Die Beschwörung des europäischen Erbes

Wie sehr Gorbatschow bemüht ist, das europäische Erbe Rußlands und der UdSSR herauszustellen, verdeutlicht er auch in seinem Buch „Perestroika“. In seinen Darlegungen über „Möglichkeiten für Europa“ bezieht er sich auf die Dokumente der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und meint, damit seien „die Entwürfe für die Errichtung eines gemeinsamen europäischen Hauses fast bereit“. Seine weitere Schlußfolgerung: „Das wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Potential Europas ist gewaltig. Es ist zwar verzettelt. . . Dennoch sind der gegenwärtige Stand der Dinge in wirtschaftlicher Hinsicht sowohl im Westen als auch im Osten sowie die realen Aussichten so, daß sie es durchaus ermöglichen, einen Weg für eine Verknüpfung von ökonomischen Prozessen in beiden Teilen Europas zum Wohle aller zu finden.“⁹⁾

In Gorbatschows Vision vom „gemeinsamen europäischen Haus“ bildet die Problematik der Abrüstung einen weiteren zentralen Aspekt. Er möchte die Entspannungspolitik „unumkehrbar“ machen, „um Vertrauen für Zusammenarbeit mit dem Westen zu verbreiten und um neue Ressourcen zur umfassenden Modernisierung seines Landes freisetzen zu können. Die Kehrtwendung Moskaus in der Frage der Mittelstreckenraketen, die schließlich das INF-Abkommen ermöglichte, die vom Warschauer Pakt signalisierte Bereitschaft, Asymmetrien im Bereich der konventionellen Rüstung in Europa wegzuverhandeln, der Abzug der Roten Armee aus Afghanistan und die konstruktive Haltung des

Kreml in regionalen Konflikten, wie im südlichen Afrika, in Kambodscha oder im Nahen Osten, sind eindrucksvolle Signale einer neuen sowjetischen disengagement-Politik — in ihrem eigenen Interesse.“¹⁰⁾

Gorbatschow hat mit seinen drei zentralen Thesen — der Betonung des europäischen Erbes Rußlands und der UdSSR, der Herausstellung des ökonomischen, wissenschaftlichen und technischen Potentials Europas und seinem Hinweis auf die eingeleiteten und noch geplanten Abrüstungsvereinbarungen — die schon zuvor von sowjetischer Seite benutzte Formel vom „gemeinsamen europäischen Haus“¹¹⁾ mit neuen Vorstellungen bereichert.

2. Die These von der „Ganzheitlichkeit“

Nachdrücklich wendet sich Gorbatschow gegen jene, die seine „Europa“-Vision „für ein schönes Märchen“ halten: „Die Vorstellung eines ‚gemeinsamen europäischen Hauses‘ betont vor allem die Ganzheitlichkeit, obwohl die betreffenden Staaten unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen und einander entgegengesetzten militärischen Bündnissen angehören. Sie ist die Verbindung von Notwendigkeit und Möglichkeit.“¹²⁾

Die Formel von der „Ganzheitlichkeit“ hat Gorbatschow als erster verwendet. Er hat sie u. a. in seinem Buch „Perestroika“ und vor allem in seiner Rede vor der UNO-Vollversammlung vom 7. Dezember 1988 erläutert: „Parallel zum Prozeß der Kriege, der Feindseligkeit und der Entfremdung zwischen Völkern und Ländern gewann an Kraft ein anderer, ebenso objektiv bedingter Prozeß — der Prozeß des Werdens einer in wechselseitiger Beziehung stehenden ganzheitlichen Welt. Der weitere weltweite Fortschritt ist nur durch die Suche nach einem gesamt menschlichen Konsens bei der Fortbewegung zu der neuen Weltordnung möglich.“¹³⁾

Gorbatschow plädiert für eine Zusammenarbeit, die genauer als „Miteinanderschaffen“ und „Miteinanderentwicklung“ zu bezeichnen wäre. Die Entwicklung „auf Kosten des anderen“ habe sich überlebt. Eine Lösung globaler Probleme erfordere einen neuen „Umfang“, eine „neue Qualität des Zusammenwirkens der Staaten und der sozialpoliti-

7) Michail Gorbatschow, *Perestroika* — Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1987, S. 253.

8) Text der Rede in: Sowjetunion heute, (1987) 5, Beilage, S. I—VIII, hier S. VII f.

9) M. Gorbatschow (Anm. 7), S. 256 f.

10) Margarita Mathiopoulos, Gorbatschows „gemeinsames europäisches Haus“ — Wiederauferstehung von Wandel durch Annäherung?, in: Europäische Rundschau, 7 (1989) 2, S. 15.

11) Vgl. Jens Hacker, „Gemeinsames europäisches Haus“ und die deutsche Frage (im Druck); Fred Oldenburg, Altes Denken im europäischen Gebäude?, in: Rheinischer Merkur/Christ und Welt vom 9. Juni 1989; Peter Robejsek, Das gemeinsame europäische Haus. Wechselhafte Geschichte einer politischen Kategorie, in: Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe Nr. 28 vom 4./5. Februar 1990, S. 29.

12) M. Gorbatschow (Anm. 7), S. 254.

13) Text der Rede in: Sowjetunion heute, (1989) 1, Beilage S. I—VIII, hier S. II.

schen Strömungen, unabhängig von ideologischen und sonstigen Unterschieden“¹⁴⁾.

Daß für Gorbatschow die These von der „Ganzheitlichkeit“ nicht philosophischen Überlegungen entspringt, sondern die Praxis der internationalen Beziehungen bestimmen soll, folgt aus einer weiteren Überlegung, die auch für sein „Block“-Verständnis geradezu konstitutiv ist: „Es ist Aufgabe der Geschichte, ein Urteil über die Verdienste der jeweiligen Systeme zu fällen. Sie wird ihre Wahl treffen. Soll jede Nation für sich entscheiden, welches System und welche Ideologie besser ist.“¹⁵⁾

Doch begnügt sich Gorbatschow nicht mit dieser wichtigen Feststellung: Er möchte den Gebrauch von Gewalt in den internationalen Beziehungen ausschließen und das Recht der Völker auf Selbstbestimmung auch in der Praxis durchsetzen. Spätestens seit 1987/88 scheint der Kreml-Chef zu wissen, welches Risiko er mit dem von ihm propagierten „Prinzip der freien Wahl“ für den weiteren Bestand der engeren „sozialistischen Gemeinschaft“ eingegangen ist.

3. Das „Prinzip der freien Wahl“

Bis zum Frühjahr 1987 hatte Gorbatschow wohl noch gehofft, den Desintegrations- und Emanzipationstendenzen im Warschauer Pakt-Bereich mit einem hohen Maß an verbaler Geschmeidigkeit und einem weitgehenden Verzicht auf programmatische Erklärungen Einhalt gebieten zu können. Mit seiner Rede vom 10. April 1987 in Prag vollzog er den ersten wesentlichen Schritt, den Vormachtanspruch der UdSSR und der KPdSU abzubauen. So sagte der Kreml-Chef: „Wir sind . . . weit davon entfernt, irgendjemand dazu aufzurufen, uns zu kopieren. Jedes sozialistische Land hat seine Spezifik. Die Bruderparteien legen den politischen Kurs unter Berücksichtigung der nationalen Bedingungen fest. Hinzu kommt, daß einige Probleme, die in der UdSSR jetzt den Vorrang haben, in anderen sozialistischen Ländern gelöst sind oder auf eigene Weise gelöst werden.“¹⁶⁾

Andererseits sprach Gorbatschow von dem „schwierigen Prozeß der Aneignung neuer Methoden und ihrer Anwendung in der Praxis. Und immer spürbarer wird die Notwendigkeit, die ergriffenen Maßnahmen in ein einheitliches System zu fügen, eine neue Struktur des Wirtschaftsmechanismus zu schaffen.“ Daß die auf ein wenig Emanzipation ausgerichteten Mitglieder der engeren „sozialistischen Gemeinschaft“ nicht von vornherein zu resignieren brauchten, hat Gorbatschow wohl

einkalkuliert, als er in der erwähnten Prager Rede weiter ausführte: „Niemand hat das Recht, Anspruch auf eine Sonderstellung in der sozialistischen Welt zu erheben. Die Selbständigkeit jeder Partei, ihre Verantwortung vor dem eigenen Volk und das Recht, souverän die Fragen der Entwicklung des Landes zu lösen, sind für uns selbstverständliche Prinzipien . . . Keine einzige Partei besitzt das Monopol auf die Wahrheit.“ In diesen Staaten hat man jedoch auch jenen Passus aus der Rede Gorbatschows zur Kenntnis genommen, in dem er von seiner Überzeugung sprach, „daß die in der Sowjetunion in Angriff genommene Umgestaltung dem tiefsten Wesen des Sozialismus und den gebieterischen Forderungen des gesamten Fortschritts entspricht“¹⁷⁾.

Auch in seinem Buch „Perestroika“ meinte Gorbatschow, die „sozialistische Gemeinschaft“ werde nur dann Erfolg haben, „wenn Partei und Staat sowohl die eigenen als auch die gemeinsamen Interessen im Auge behalten, wenn sie Freunde und Verbündete respektieren, deren Interessen berücksichtigen und aufmerksam die Erfahrungen von anderen verfolgen. Das wache Bewußtsein für den Zusammenhang zwischen innenpolitischen Problemen und den Interessen des Weltsozialismus ist kennzeichnend für die Länder der sozialistischen Gemeinschaft.“¹⁸⁾

In den folgenden Monaten war Gorbatschow bereit, weitere Abstriche am Vormachtanspruch der UdSSR und KPdSU vorzunehmen. Diese Absicht dokumentierte er bei seinem Besuch Mitte März 1988 in Belgrad. In der gemeinsamen jugoslawisch-sowjetischen Erklärung äußerten beide Seiten die Überzeugung, „daß niemand ein Monopol über die Wahrheit besitzt . . . und sie nicht die Absicht verfolgen, irgendjemanden ihre Vorstellungen über die gesellschaftliche Entwicklung aufzuzwingen . . . Sie unterstreichen die Bedeutung einer konsequenten Anwendung der Prinzipien und der Politik einer aktiven friedlichen Koexistenz zwischen allen Staaten . . .“¹⁹⁾ Gorbatschows Bereitschaft, die Grundsätze und Politik einer „aktiven friedlichen Koexistenz“ in den Beziehungen zwischen allen Staaten gelten zu lassen, schließt die Anwendung besonderer Beziehungen im Sinne des „sozialistischen Völkerrechts“ oder des „sozialistischen Internationalismus“ auch auf den Warschauer Pakt-Bereich aus. Darüber hinaus bekannten sich Moskau und Belgrad zur „uneingeschränkten Einhaltung der universalverbindlichen Prinzipien der UNO-Satzung, der Schlußakte von Helsinki, anderer grundlegender internationalrechtlicher Dokumente . . . die die . . . Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder unter irgendeinem Vorwand verbieten“²⁰⁾.

Mit diesem Dokument hat die jugoslawische Führung den europäischen „Bruderländern“ der UdSSR einen wichtigen Dienst erwiesen. Seine Entschlossenheit, das Prinzip der freien Wahl vorbehaltlos anzuerkennen, bekundete Gorbatschow

¹⁴⁾ Vgl. das Interview für die „Prawda“, das Gorbatschow nach der Beendigung des KSZE-Folgetreffens in Wien am 15. Januar 1989 gab, in: Sowjetunion heute, (1989) 2, S. 5.

¹⁵⁾ M. Gorbatschow (Anm. 7), S. 189. Vgl. auch Alexander Uschakow, Die sowjetische Wirtschaft zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung, in: Osteuropa-Recht, 35 (1989), S. 229 ff.

¹⁶⁾ M. Gorbatschow (Anm. 8), S. III f. Zu den blockpolitischen Aussagen des vom XXVII. Parteitag der KPdSU (25. Februar–5. März 1986) angenommenen Parteiprogramms der KPdSU vgl. Jens Hacker, Block-Politik der UdSSR, in: Rolf Schlüter (Hrsg.), Wirtschaftsreformen im Ostblock in den 80er Jahren, Paderborn u. a. 1988, S. 226 ff.

¹⁷⁾ M. Gorbatschow (Anm. 8), S. III f.

¹⁸⁾ M. Gorbatschow (Anm. 7), S. 212 f.

¹⁹⁾ Text der Erklärung vom 18. März 1988 in: Europa-Archiv, 43 (1988), D 238–243, hier D 241.

²⁰⁾ Ebd.

dann in seinem grundlegenden Referat auf der 19. Allunionsparteikonferenz am 28. Juni 1988 in Moskau: „Der Weltsozialismus durchlebt eine komplizierte Periode des Umbruchs . . . Eine Schlüsselposition innerhalb des neuen Denkens nimmt die Konzeption der Entscheidungsfreiheit ein. Wir sind überzeugt von der Universalität des Prinzips für die internationalen Beziehungen . . . In dieser Lage ist das Aufzwingen einer Gesellschaftsordnung, einer Lebensweise von außen — mit irgendwelchen Mitteln, ganz zu schweigen von militärischen — ein gefährliches Rudiment vergangener Jahre . . . Sich der Freiheit der Wahl zu widersetzen bedeutet, sich dem objektiven Gang der Geschichte selbst entgegenzustellen.“²¹⁾

Gorbatschow benutzte seine Rede vor der UNO-Vollversammlung am 7. Dezember 1988 auch dazu, sein Bekenntnis zum Prinzip der freien Wahl weltweit zu verbreiten. Unmißverständlich sagte er: „Für uns ist . . . die Verbindlichkeit des Prinzips der freien Wahl über jeden Zweifel erhaben. Dessen Nichtanerkennung kann für den allgemeinen Frieden die schlimmsten Folgen haben . . . Die Freiheit der Wahl ist ein allgemeingültiges Prinzip, das keine Ausnahmen kennen soll.“ Auch eine „unparteiische Analyse der objektiven Prozesse unserer Zeit“ habe dieses Prinzip uns nahegelegt: „Zu einem zunehmend spürbaren Kennzeichen dieser Prozesse wird das Vorhandensein mehrerer Varianten der gesellschaftlichen Entwicklung verschiedener Länder. Das betrifft sowohl das kapitalistische als auch das sozialistische System . . . Es geht also um die Einheit in der Vielgestaltigkeit.“ Wichtig war auch Gorbatschows unmißverständlicher Hinweis, die „Entideologisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen“ sei zu einem Gebot der neuen Etappe geworden²²⁾.

In seinen Reden vor dem ZK der KPdSU vom 5. Januar 1989 und in Kiew vom 23. Februar 1989 betonte Gorbatschow gleichfalls, die Außenpolitik der UdSSR beruhe „auf den Prinzipien der freien Wahl, Entideologisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen“²³⁾. Allerdings fügte er in Moskau hinzu, dies bedeute „aber keineswegs, wie es von

gewissen Leuten interpretiert wird, eine Entideologisierung der internationalen Beziehungen . . . Wir kennen den tiefen Unterschied zwischen den beiden Gesellschaftsordnungen, doch dies ist kein Grund für gewaltsame Auseinandersetzungen und Konfrontation zwischen den Staaten.“²⁴⁾

Der Verlauf des Jahres 1989 verdeutlichte den Willen der sowjetischen Führung, die von ihr postulierten Prinzipien der „freien Wahl“ und „bedingungslosen und vollen Gleichheit“ auch zu praktizieren, indem sie die weitreichenden innenpolitischen Veränderungen in Ungarn, Polen und später auch in der DDR, der Tschechoslowakei und Bulgarien hinzunehmen bereit war. Daß sich die Bevölkerung Rumäniens in einem revolutionären Aufbruch im Dezember 1989 von dem verhassten Ceausescu-Regime befreit hat, wurde von sowjetischer Seite ausdrücklich begrüßt²⁵⁾.

Ähnlich wie Gorbatschow hat auch Außenminister Edward Schewardnadse am 23. Oktober 1989 von „historisch, qualitativen Wandlungen“ in den „Bruderländern“ gesprochen: „Die Grundlage unserer Beziehungen mit ihnen sind die souveräne Gleichheit, die Unzulässigkeit irgendwelcher Einmischung, die Anerkennung des Rechts eines jeden Landes auf eine absolut freie Wahl . . . Die politische Szene einiger dieser Länder betreten neue politische Kräfte. Sie werden von niemandem bestellt, sie kommen auf, weil das Volk es so will. Dabei hören diese Staaten nicht auf, für uns befreundete Bündnis- und Nachbarstaaten zu sein. Alle unsere Verpflichtungen bleiben in Kraft.“²⁶⁾

Es erhöht die Glaubwürdigkeit der Argumentation Gorbatschows, daß er die Neueinschätzung wichtiger außenpolitischer Positionen der UdSSR vor der UNO-Vollversammlung vorgetragen hat. Die konsequente Anwendung des von Gorbatschow postulierten „Prinzips der freien Wahl“ impliziert innerhalb der „sozialistischen Gemeinschaft“ den Verzicht auf die Interventions-Doktrin durch die frühere „Ordnungsmacht“ UdSSR, den die sowjetische Führung innerhalb der östlichen Militärallianz inzwischen vollzogen hat.

III. Die Wandlungen des Warschauer Paktes

1. Politische Funktionen der Allianz

Gorbatschow ließ von Anfang an keinen Zweifel daran, daß er — ebenso wie seine Vorgänger — die politischen Organe der Warschauer Allianz dazu benutzen wollte, die Außen- und „Block“-Politik

der engeren „sozialistischen Gemeinschaft“ soweit wie möglich zu koordinieren. Da die dreißigjährige Geltungsdauer des am 14. Mai 1955 unterzeichneten Warschauer Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand am 3. Juni 1985 endete, sah sich der Kreml-Chef frühzeitig vor die Frage gestellt, ob er dem Wunsch Rumäniens entsprechen sollte, die Frist der Vertragsverlängerung möglichst kurz zu bemessen²⁷⁾.

Als sich am 26. April 1985 führende Repräsentanten der sieben Mitgliedstaaten der Warschauer Allianz in der polnischen Hauptstadt trafen, stand für Gorbatschow die Verlängerung des Warschauer Vertrages für die nächsten zwanzig Jahre mit nachfolgender Prolongation um weitere zehn Jahre, also

²¹⁾ Text der Rede in: Sowjetunion heute, Sondernummer, Juli 1988, S. 15–50, hier S. 26.

²²⁾ M. Gorbatschow (Anm. 13), S. III.

²³⁾ Text der Rede vom 23. Februar 1989 in: Sowjetunion heute, (1989) 3, Beilage, S. 1–X, hier S. X.

²⁴⁾ Zit. nach Sowjetunion heute, (1989) 2, S. XI.

²⁵⁾ Vgl. dazu Annelie Ute Gabanyi, Rumänische Außenpolitik im Zeichen des „Neuen Denkens“, in: Südosteuropa, 38 (1989), S. 71 ff.; dies., Gespenstische Bilder vom Ende und Anfang, in: Die Weltwoche vom 28. Dezember 1989; Dionisie Ghermani, Der Sonderfall Rumänien, in: Herder Korrespondenz, 44 (1990), S. 188–192.

²⁶⁾ Radio Moskau und TASS vom 23. Oktober 1989.

²⁷⁾ Vgl. dazu und zur Haltung der übrigen „Bruderländer“ J. Hacker (Anm. 16), S. 218 ff.

bis 2015, außer Frage. In seiner Ansprache in Warschau betonte er vor allem die politische Funktion der östlichen Militärallianz und berief sich auf die „Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Internationalismus“²⁸⁾.

Die Art, wie Gorbatschow auf dem ersten gemeinsamen multilateralen Treffen der führenden Repräsentanten der engeren „sozialistischen Gemeinschaft“ auftrat und sich feiern ließ, entzog damals allen Spekulationen, mit ihm beginne eine neue Ära der Kooperation im Sowjetblock, den Boden. In der Folgezeit dienten die politischen Führungsorgane der Warschauer Allianz dem Krenl vor allem dazu, immer wieder gemeinsam die „Anerkennung der politischen und territorialen Realitäten“ in Europa zu fordern. Darüber hinaus war es auch für Gorbatschow wichtig, sich die Vorstellungen und Vorschläge der UdSSR zur Abrüstung und Sicherheit von den Bündnispartnern sanktionieren zu lassen.

Daß Gorbatschow bis 1987 nicht bereit war, das Prinzip der freien Wahl im Ostblock vorbehaltlos zu akzeptieren, verdeutlichten mehrere Kommuniqués der politischen Führungsorgane des Bündnisses. Ebenso wie seine Vorgänger hatte auch für Gorbatschow der Warschauer Pakt zumindest bis in das Jahr 1987 die Funktion, die in den Ländern existierenden „sozialpolitischen Ordnungen“ von außen nicht in Frage stellen zu lassen.

Darüber hinaus war Gorbatschow bis 1987 bestrebt, „die Einheit und Geschlossenheit“ der Mitgliedstaaten der Allianz zu „festigen“²⁹⁾ und der Arbeit des Komitees der Außenminister „noch mehr Dynamik und Operativität zu verleihen“³⁰⁾. Noch auf seiner Tagung Ende Mai 1987 sprach sich der Politische Beratende Ausschuß, das politische Führungsorgan der Warschauer Allianz, in Ost-Berlin dafür aus, „der außenpolitischen Zusammenarbeit größere Dynamik zu verleihen“, seinen „Mechanismus weiter zu vervollkommen und die Prinzipien der Gleichberechtigung und der gemeinsamen Verantwortung im System der politischen Beziehungen zwischen den verbündeten Staaten strikt zu beachten“³¹⁾. Die programmatischen Formulierungen, die außenpolitische Kooperation dynamischer zu gestalten und ihren „Mechanismus“ zu „vervollkommen“, wurden allerdings durch den Hinweis, die „Prinzipien der Gleichberechtigung“ seien „strikt zu beachten“, weitgehend relativiert.

Die Feiern zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution Anfang November 1987 nutzte Gorbatschow nicht, seine bisherigen, nicht widerspruchsfreien „Block“-Vorstellungen zu einem Konzept zu verdichten. In seiner Rede vom 2. November erklärte

er, die in den „sozialistischen Staaten“ gesammelten Erfahrungen würden „helfen, die Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern auf der Grundlage der allgemein anerkannten Prinzipien besser zu gestalten. Das ist die bedingungslose und volle Gleichheit. Das ist die Verantwortung der Regierungspartei für die Entwicklung im eigenen Staat, der patriotische Dienst am eigenen Volk. Das ist die Sorge für die *gemeinsame Sache des Sozialismus*.“³²⁾ Der Kreml-Chef fügte hinzu, „daß Einheit keineswegs mit Identität und Uniformität gleichzusetzen ist: Wir haben uns auch überzeugt, daß der Sozialismus kein ‚Modell‘ hat, nach dem sich alle richten würden, und auch keins haben kann . . . Mit Genugtuung stellen wir fest, daß in letzter Zeit unsere Beziehungen zu allen sozialistischen Staaten an Dynamik gewonnen haben und sich vervollkommen.“³³⁾

Auch diese Formulierungen erlaubten den politischen Führungen der „Bruderstaaten“, weiterhin Gorbatschows neue Akzente in der sowjetischen Innen- und vor allem Wirtschaftspolitik unterschiedlich zu interpretieren und nicht von vornherein übernehmen zu müssen. Außerdem ließ Gorbatschows Rede den Schluß zu, daß er ihren westpolitischen Spielraum nicht im Wege doktrinäer verbaler Festlegungen, sondern flexibler zu bestimmen gedachte.

Beruhigend war für die Führungen der „Bruderländer“, daß Gorbatschow am 2. November 1987 verkündete, „die Zeiten der Komintern, des Informationsbüros und selbst die Zeiten der bindenden Internationalen Beratungen“ seien „vorbei“. Immerhin hatte er in seiner Rede auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU am 25. Februar 1986 davon gesprochen, in Entstehung begriffen sei eine „möglicherweise zentrale Einrichtung dieser Zusammenarbeit: multilaterale Arbeitstreffen der Spitzenpolitiker der Bruderländer“³⁴⁾.

2. Die Abkehr von der „Breschnew-Doktrin“

Das Kommuniqué der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses am 7. und 8. Juli 1989 in Bukarest wartete mit einer wichtigen neuen Formel auf. Die Teilnehmer der Tagung „gehen davon aus, daß es keine universellen Sozialismus-Modelle gibt und niemand das Monopol auf die Wahrheit besitzt. Der Aufbau einer neuen Gesellschaft ist ein schöpferischer Prozeß. Er entwickelt sich in jedem Land entsprechend seinen Bedingungen, Traditionen und Erfordernissen . . . Es wurde ebenfalls die Notwendigkeit unterstrichen, die Beziehungen zwischen ihnen auf der Grundlage der Gleichheit, Unabhängigkeit und des Rechts eines jeden, selbstän-

²⁸⁾ Europa-Archiv, 40 (1985), D 289 f.

²⁹⁾ Kommuniqué der Tagung des Außenminister-Komitees des Warschauer Paktes vom 14. und 15. Oktober 1986 in Bukarest, in: Europa-Archiv, 42 (1987), D 56.

³⁰⁾ Vgl. Michail Gorbatschow empfing Komitee der Außenminister, in: Neues Deutschland vom 26. März 1987.

³¹⁾ Text des Kommuniqués der Tagung in Ost-Berlin am 28. und 29. Mai 1987 in: Europa-Archiv, 42 (1987), D 385–391, hier D 391.

³²⁾ Text der Rede in: Sowjetunion heute, Sondernummer, November 1987; Auszüge zur Außen- und Sicherheitspolitik in: Europa-Archiv, 42 (1987), D 673–680, hier D 680 (Herüberhebung vom Verf.).

³³⁾ Ebd. Zwar benutzte Gorbatschow die Formel „sozialistischer Internationalismus“, jedoch in einer sehr eingeschränkten Weise, indem er zuvor die „strikte Einhaltung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz durch alle“ postulierte.

³⁴⁾ Vgl. dazu J. Hacker (Anm. 16), S. 226 ff.

dig seine eigene politische Linie, Strategie und Taktik ohne Einmischung von außen aufzuarbeiten, zu entwickeln.“³⁵⁾

In Bukarest beschloß das höchste politische Führungsorgan der Allianz außerdem, „die Anstrengungen zur Festigung des politischen Charakters des Warschauer Vertrages und der Vervollkommnung des Mechanismus der Zusammenarbeit in seinem Rahmen auf demokratischer Grundlage fortzusetzen“³⁶⁾. Damit hat Gorbatschow wichtige, in seiner Rede vom 7. Dezember 1988 vor der UNO vorgetragene Gedanken auf die Ebene der Warschauer Allianz gehoben.

Das Komitee der Außenminister der Warschauer Pakt-Staaten, das am 26./27. Oktober 1989 in Warschau zusammentrat, hat den „Bruderländern“ in noch markanter Weise die volle Entscheidungsfreiheit über die inneren Angelegenheiten bestätigt. Im Kommuniqué wird festgestellt, eine der „Grundvoraussetzungen für die Gestaltung eines sicheren, friedlichen und unteilbaren Europas“ liege „in der Wahrung des Rechts eines jeden Volkes auf Selbstbestimmung und auf freie Wahl seines gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Entwicklungsweges ohne Einmischung von außen“³⁷⁾.

Mit den Beschlüssen von Bukarest und Warschau hat die östliche Militärallianz endgültig die „Breschnew-Doktrin“ zu den Akten gelegt und sich zum Primat des Völkerrechts bekannt³⁸⁾. Daher war es nur folgerichtig, daß führende Repräsentanten Bulgariens, der DDR, Ungarns, Polens und der UdSSR anlässlich ihres Treffens am 4. Dezember 1989 in Moskau in einer gemeinsamen Erklärung „den Einmarsch von Truppen ihrer Staaten in die CSSR 1968 als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der souveränen Tschechoslowakei charakterisiert und verurteilt“ haben: „Mit der Unterbrechung des Prozesses der damaligen Erneuerung in der CSSR habe die Aktion lang anhaltende negative Folgen nach sich gezogen. Die Geschichte habe gezeigt, wie wichtig es ist, politische Mittel bei der Lösung von beliebigen, selbst in angespanntesten internationalen Situationen, anzuwenden, die Prinzipien der Souveränität, der Unabhängigkeit und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten

ten in den Beziehungen zwischen den Staaten streng zu achten. Das entspreche der Satzung des Warschauer Vertrages.“³⁹⁾

Die DDR, die noch unter der Ägide Erich Honekers im August 1989 als einziger Signatarstaat des Warschauer Paktes den Einmarsch von Truppen der fünf Staaten in die Tschechoslowakei am 21. August 1968 verteidigt hatte⁴⁰⁾, sah sich nach der politischen Wende veranlaßt, diesen Fehltritt zu korrigieren. Die Volkskammer erklärte am 1. Dezember 1989, „daß sie die Beteiligung der DDR an militärischen Aktionen von Staaten des Warschauer Vertrages im Zusammenhang mit innenpolitischen Auseinandersetzungen in der CSSR im August des Jahres 1968 aufrichtig bedauert und im Namen des Volkes der DDR bei den Völkern der CSSR um Entschuldigung bittet“⁴¹⁾. Bereits auf ihrer ersten Zusammenkunft verurteilte die neue Regierung der CSSR unter Ministerpräsident Ladislav Adamec Anfang Dezember 1989 die Militäraktion der fünf „Bruderländer“⁴²⁾.

Angesichts der Neueinschätzung der Funktionen der Warschauer Allianz weiß der Kreml, daß es nun gilt, die ganz auf die Vormacht der UdSSR zugeschnittene politische und militärische Führungsstruktur des Bündnisses auf eine neue Basis zu stellen, da sie der den Signataren konzedierte Gleichstellung nicht mehr gerecht wird. Im Rahmen eines Seminars, das Delegationen von NATO und Warschauer Pakt unter dem KSZE-Dach Mitte Januar 1990 in Wien veranstaltet haben, kündigte der sowjetische Generaloberst Tschernow wohl zum ersten Mal an, der „Politische Beratende Ausschuß des Warschauer Paktes werde . . . angesichts pluralistischer Entwicklung in ein neues Führungsgremium umgewandelt werden müssen. Früher sei das östliche Bündnis, das nur ein freiwilliges Mitglied gekannt habe, von Moskau allein bestimmt worden. Künftig müßten die Interessen jedes Staates berücksichtigt werden und die Bestimmungen des neuen Kurses wohl Präsidenten oder Regierungschefs übertragen werden.“⁴³⁾

³⁵⁾ Text in: Europa-Archiv, 44 (1989), D 596–600, hier D 599f.

³⁶⁾ Ebd. (Hervorhebung vom Verf.)

³⁷⁾ Text in: Neues Deutschland vom 28. Oktober 1989.

³⁸⁾ Das Abrücken der sowjetischen Führung mit Gorbatschow an der Spitze von der „Breschnew-Doktrin“ und die Übertragung der These vom „Prinzip der freien Wahl“ auch auf die engere „sozialistische Gemeinschaft“ vollzogen sich in einem langwierigen Prozeß. Vgl. zum Fortbestand der Interventions-Doktrin J. Hacker (Anm. 16), S. 224 ff. und S. 237 ff. Erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1988 deutete sich ein allmähliches Umdenken in der sowjetischen Haltung zur „Breschnew-Doktrin“ an. Eine entscheidende Wende zeichnete sich mit dem Besuch des ungarischen Parteichefs Karoly Grosz in Moskau Ende März 1989 ab.

³⁹⁾ Vgl. Moskau: Treffen der Staaten des Warschauer Vertrages, in: Neues Deutschland vom 5. Dezember 1989; Bernhard Küppers, Verurteilung der CSSR-Invasion völlig überraschend, in: Süddeutsche Zeitung vom 6. Dezember 1989. Moskaus Abrücken von der Prager Intervention, in: Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe Nr. 284 vom 7. Dezember 1989.

⁴⁰⁾ Vgl. Unsere Verbundenheit mit der CSSR und der 21. August 1968, in: Neues Deutschland vom 18. August 1989; Nur die DDR verteidigt die Niederschlagung des Prager Frühlings, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. August 1989.

⁴¹⁾ DDR entschuldigt sich bei CSSR wegen Einmischung 68, in: Berliner Zeitung vom 2./3. Dezember 1989.

⁴²⁾ Diese Meldung verbreitete Radio Prag am 3. Dezember 1989.

⁴³⁾ Zit. bei Udo Bergdoll, Die politische Entwicklung eilt voraus, in: Süddeutsche Zeitung vom 21. Januar 1990; Michael Besrukow/Andrej Kurtunow, Welches Bündnis brauchen wir? Perspektiven für die Entwicklung der Warschauer Vertragsorganisation (WVO), in: Neue Zeit (Moskau), Nr. 40 vom 3.–9. Oktober 1989, S. 9 ff.

IV. Die Krise des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe

Als Gorbatschow im März 1985 das Amt des Parteichefs übernahm, war die Entwicklung des RGW aus sowjetischer Sicht besonders unbefriedigend. Die Situation der östlichen Wirtschaftsgemeinschaft war schon vom sowjetischen Staats- und Parteichef Breschnew auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 kritisch beurteilt worden: „Wir sind weit davon entfernt, das Bild der sozialistischen Welt von heute allein in Festtagsfarben zu malen. In der Entwicklung unserer Länder gibt es auch Schwierigkeiten . . . Die letzten Jahre waren nicht die günstigsten für die Volkswirtschaften einer Reihe sozialistischer Staaten.“⁴⁴⁾

Breschnew sprach von den „vielen neuen, großen Problemen: Es wäre vielleicht nützlich, wenn die führenden Politiker der Bruderländer sie in naher Zukunft kollektiv erörtern würden . . .“ Es sollte noch mehr als drei Jahre dauern, bis wieder eine Gipfelkonferenz der RGW-Länder (12.–14. Juni 1984 in Moskau) einberufen wurde, auf der Staats- und Parteichef Tschernenko die UdSSR vertrat. Auffällig war, wie sehr man die Prinzipien des „sozialistischen Internationalismus“ bemühte und „die Aktualität des Komplexprogramms der weiteren Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration, der langfristigen mehrseitigen und zweiseitigen Programme, der Zusammenarbeit“ aus dem Jahre 1981 unterstrich⁴⁵⁾.

Die erste Tagung des RGW in der Amtszeit Gorbatschows fand vom 25. bis 27. Juni 1985 in Warschau statt. Das nach der Tagung veröffentlichte Kommuniqué offenbarte, wie sehr sich Gorbatschow in den ersten Monaten seiner Tätigkeit noch in der herkömmlichen, gegenüber der westlichen Welt feindlichen Sprache bewegte: „Haupthindernis für die friedensbedrohenden Bestrebungen des Imperialismus, die auf eine Verschärfung der internationalen Spannungen und auf die Unterminierung normaler internationaler Wirtschaftsbeziehungen gerichtet sind, ist die Gemeinschaft der sozialistischen Länder, ihr gewaltiges Wirtschaftspotential und Verteidigungspotential. Bei der Festigung ihrer Einheit und ihres Zusammenwirkens werden die Mitgliedsländer des RGW auch künftig alle erforderlichen Schritte zur Verteidigung ihrer Lebensinteressen und zur weiteren Festigung der technisch-ökonomischen Unabhängigkeit tun.“⁴⁶⁾

Im Sommer 1985 hat Gorbatschow offensichtlich die ökonomische Misere seines Landes und die Stagnation im RGW noch nicht richtig einzuschätzen vermocht. Welch hohen Rang er der Zusammenarbeit im Rahmen des RGW beimaß, verdeutlichen die Ergebnisse der 41. Tagung des RGW in Moskau am 17./18. Dezember 1985. Das dort beschlossene „Komplexprogramm des wissenschaft-

lich-technischen Fortschritts der Mitgliedsländer des RGW bis zum Jahre 2000“ hatte das Ziel, „den enormen technischen Rückstand der ‚roten Wirtschaftsgemeinschaft‘ gegenüber dem Westen zu verringern und die stark gesunkene Attraktivität des sowjetischen Wirtschaftsmodells weltweit zu erhöhen. Die westlichen Staaten sollen bei diesem Programm, das eine Art ‚Ost-Eureka‘ darstellt, mitmachen.“⁴⁷⁾ Damals vereinbarten die Mitgliedsländer des RGW, „alle erforderlichen Schritte einzuleiten, die die organisatorischen, rechtlichen, ökonomischen und anderen Bedingungen für die termingerechte Erfüllung des Programms gewährleisten“. Das „Komplexprogramm“, das die bisher einzige blockweite Initiative Gorbatschows bildete, sah die Kooperation in fünf Sektoren vor: Elektronik; komplexe Automatisierung; Kernenergetik; neue Werkstoffe und Technologien für ihre Herstellung und Verarbeitung; Biotechnologie.

Westliche Experten haben mit Recht bezweifelt, „ob ohne Änderung des geltenden zentralen Planungsmodells und ohne eine Lockerung der Partei- und Polizei-Überwachung eine rasche technische Entwicklung überhaupt möglich sei. Man wird hinter dem Stacheldraht wohl kaum eine Informationsgesellschaft westlichen Zuschnitts simulieren können. Die Comecon-Staaten wollen offensichtlich in der Technik keinen eigenen Weg gehen, sondern die vom Westen vorgezeichneten Spuren, welche sie bereits jetzt mit großer Verspätung begehen, weiterverfolgen.“⁴⁸⁾

Daß große Skepsis gegenüber dem „Ost-Eureka“-Programm angebracht war und es Gorbatschow in keiner Weise gelang, den RGW zu aktivieren, dokumentierten die 42.–45. Tagung des RGW. Das Kommuniqué der 42. RGW-Tagung in Bukarest (3.–5. November 1986) bezeichnete das „Komplexprogramm des wissenschaftlich-technischen Fortschritts des RGW bis zum Jahre 2000“ als „eine großangelegte internationale Kooperation in Wissenschaft und Produktion“⁴⁹⁾. Hingegen proklamierte das Kommuniqué der 43. RGW-Tagung in Moskau (13./14. Oktober 1987) „die Umgestaltung des Mechanismus der Zusammenarbeit und der sozialistischen ökonomischen Integration sowie die Vervollkommnung der Tätigkeit des RGW“, die „etappenweise“ erfolgen sollte, unter Berücksichtigung „der nationalen Wirtschaftsmechanismen der RGW-Länder und deren Vervollkommnung“⁵⁰⁾.

Wie sehr das „Ost-Eureka“-Programm auf irrealen Voraussetzungen basiert, offenbarte spätestens der Verlauf der 44. RGW-Tagung (5.–7. Juli 1988 in Prag), auf der große Meinungsdivergenzen zwischen

⁴⁷⁾ Das Comecon-Programm für ein „Eureka des Ostens“, in: Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe Nr. 22 vom 29. Januar 1986.

⁴⁸⁾ Ebd.

⁴⁹⁾ Text des Kommuniqués in: Europa-Archiv, 42 (1987), D 104–108, hier D 105. Vgl. dazu Friedrich Levčik, Neue Akzente bei der 42. Ratstagung des RGW in Bukarest?, in: Osteuropa-Wirtschaft, 32 (1987), S. 92 ff.

⁵⁰⁾ Text des Kommuniqués in: Europa-Archiv, 42 (1987), D 617–620, hier D. 618.

⁴⁴⁾ Text in: Neues Deutschland vom 24. Februar 1981. Auszüge in: Europa-Archiv, 36 (1981), D 208–219, hier D 209.

⁴⁵⁾ Texte der Pressemitteilung, Erklärung und Deklaration des RGW-Gipfeltreffens vom 12.–14. Juni 1984 in: Europa-Archiv, 39 (1984), D 513–527.

⁴⁶⁾ Text des Kommuniqués in: Europa-Archiv, 40 (1985), D 491–496, hier D 496.

den einzelnen Mitgliedsländern deutlich wurden⁵¹). Während die DDR und Rumänien auf den bisherigen Formen der Kooperation beharrten, kritisierten andere Länder — besonders die UdSSR und Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei — die alten Mechanismen. Der sowjetische Ministerpräsident Ryschkow äußerte sich über die Situation des RGW sehr kritisch, hob die besondere Bedeutung der Modernisierung der Währungs- und Finanzinstrumente für die Kooperation hervor und plädierte für einen neuen Wirtschaftsmechanismus und radikale Strukturveränderungen im gegenseitigen Handel⁵²). Die Entschlossenheit der sowjetischen Führung, den RGW umzuwandeln, brachte Ministerpräsident Ryschkow am 13. Dezember 1989 vor dem sowjetischen Kongreß der Volksdeputierten in Moskau zum Ausdruck. Er schlug die Bildung eines gemeinsamen Marktes im RGW mit einer konvertiblen Währung und Weltmarktpreisen vor, ohne mitzuteilen, welche Währung dazu herangezogen werden soll. Im RGW gibt es gegenwärtig keine frei konvertible Währung, der Handel wird auf der Basis eines Transfer-Rubels abgewickelt⁵³).

Die 45. RGW-Tagung vom 9./10. Januar 1990 in Sofia „unterstrich die Notwendigkeit einer entschiedenen Erneuerung des gesamten Systems der gegenseitigen Zusammenarbeit und des Mechanismus der multilateralen Zusammenarbeit im Rahmen des RGW, einer grundlegenden Erneuerung der Tätigkeit des Rates, der Neufassung seiner Funktionen und Ziele und der Ausarbeitung eines neuen Statuts entsprechend den gegenwärtigen und perspektivischen Erfordernissen des Zusammenwirkens der Mitgliedsländer des RGW“⁵⁴).

Man einigte sich darüber, eine spezielle Kommission zu bilden, die Vorschläge der Länder zu Grundfragen der Zusammenarbeit im Rahmen des RGW erörtern und kurzfristig Entwürfe neuer Grundsatzdokumente des RGW ausarbeiten soll. Bemerkenswert war, mit welcher Offenheit und kritischen Einstellung die Ministerpräsidenten der DDR, Polens, Ungarns, der Tschechoslowakei und Bulgariens den gegenwärtigen Zustand des RGW einschätzten. Während der damalige DDR-Ministerpräsident Hans Modrow für eine Neubestimmung der Rolle und Aufgaben des RGW eintrat,

forderte Ungarns Regierungschef Miklós Németh, bei allen Überlegungen zu einer Neugestaltung der RGW-Zusammenarbeit müsse man sich endgültig von allen ideologischen Illusionen freimachen. Georgi Atanassow, der neue Ministerpräsident Bulgariens, setzte sich dafür ein, ein hochintegriertes Marktsystem im RGW insgesamt und in den einzelnen Mitgliedsländern zu schaffen. Am weitesten ging Polens Premierminister Tadeusz Mazowiecki, indem er die Ansicht seiner Regierung bekräftigte, den RGW radikal zu verändern. Die Leiter der Regierungsdelegationen aus Vietnam, Kuba und der Mongolei traten gleichfalls für die Umgestaltung des RGW ein und baten darum, die Interessen der weniger entwickelten außereuropäischen Mitgliedsländer zu berücksichtigen⁵⁵).

Nach vierzigjähriger Isolation beabsichtigen die RGW-Staaten, sich in den Weltmarkt zu integrieren und ihren Außenhandel schrittweise an die Weltmarktpreise anzupassen sowie in harter Währung abzuwickeln. Der sowjetische Vorschlag, die Anpassung schon ab 1991 zu verwirklichen, ist jedoch von den übrigen europäischen Mitgliedsländern abgelehnt worden. Sie befürchten, daß ein rascher Übergang zum neuen System für viele Länder wegen der jahrzehntelangen Abhängigkeit von sowjetischen Erdöl- und Gasimporten im Desaster enden könnte. Experten in Sofia schätzten, es werde mindestens drei bis fünf Jahre dauern, ehe die bisherige RGW-Praxis der Abrechnung zu Vertragspreisen und in der künstlichen Währungseinheit des Transfer-Rubels überwunden werden könne⁵⁶).

Verlauf und Ergebnisse der 45. RGW-Tagung, die möglicherweise eine tiefe Zäsur in der Entwicklung der „sozialistischen Wirtschaftsgemeinschaft“ bildet, dokumentieren, wie sehr Gorbatschow zwischen den weltwirtschaftlichen Realitäten in seinen Überlegungen Rechnung trägt. Er hat erkannt, daß die ökonomische Stagnation des RGW nur durch eine breite Kooperation mit den westlichen Industrieländern langfristig zu überwinden ist⁵⁷).

⁵¹) Text des Kommuniqués in: Europa-Archiv, 43 (1988), D 432–436.

⁵²) Vgl. TASS vom 17. Juli 1988.

⁵³) Vgl. Ryschkow schlägt Umwandlung des Comecon vor, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. Dezember 1989.

⁵⁴) Text des Kommuniqués in: Europa-Archiv, 45 (1990), D 66.

⁵⁵) Vgl. RGW-Mitgliedsländer sind für eine grundlegende Reform, in: Neues Deutschland vom 10. Januar 1990; RGW nimmt Kurs auf entschiedene Erneuerung, in: Neues Deutschland vom 11. Januar 1990; Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe soll reformiert werden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Januar 1990.

⁵⁶) Vgl. dazu Vorsichtige Annäherung des Comecon an ein neues Handelssystem, in: Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe Nr. 8 vom 12. Januar 1990.

⁵⁷) Diese Politik fand auch ihren Ausdruck in der Gemeinsamen Erklärung über die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, abgegeben am 25. Juni 1988 in Luxemburg. Text in: Europa-Archiv, 43 (1988), D 576 f.

V. Schlußbemerkung

Spätestens mit dem Moskauer Verzicht auf die berühmte „Breschnew-Doktrin“, der klaren Distanzierung von dem militärischen Übergreif auf die Tschechoslowakei im August 1968 und dem Hinweis, daß das Prinzip der Selbstbestimmung auch im Rahmen der engeren „sozialistischen Gemeinschaft“ gilt, sind den Revolutions- und Evolutionsprozessen und damit der weiteren Erosion im Warschauer Pakt-Bereich keine Grenzen gesetzt. Doch bleibt festzuhalten, daß dieser Kurs „ursprünglich keineswegs zum außenpolitischen und ideologischen Rüstzeug des Generalsekretärs gehört hatte. Zeugten Gorbatschows Äußerungen lange vom Willen, den von seinen Vorgängern geerbten osteuropäischen Vorhof möglichst intakt zu halten, so scheint er nun angesichts der gewaltigen internen Schwierigkeiten im eigenen Land eingesehen zu haben, daß er dem Selbständigkeitsstreben vor den sowjetischen Westgrenzen nicht wehren und bestenfalls ein neues, gelockertes sicherheitspolitisches Arrangement an die Stelle bisher geforderter Vasallentreue setzen kann.“⁵⁸⁾ Gorbatschows „Umdenken“ in der „Block“-Politik begann sich zwar im Verlauf des Jahres 1987 abzuzeichnen, erhielt aber erst später klarere Konturen und veranlaßte die Führungen einiger „Bruderländer“, über „eigene Wege“ nachzudenken und innere Reformen einzuleiten oder zu forcieren. In jenen Ländern — wie der DDR, der Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien —, deren Führungen sich zu dieser Einsicht unfähig erwiesen, haben die Völker selbst entscheidend zu den personellen Wechseln an der Staatsspitze beigetragen. So wurde das Jahr 1989 „das Wunderjahr der europäischen Nachkriegsgeschichte“⁵⁹⁾. Es ist daher verständlich, daß westliche Analytiker bis in das Jahr 1989 vorsichtig argumentiert und immer wieder die Frage nach den Grenzen der innen- und außenpolitischen Spielräume der „Bruderstaaten“ Moskaus gestellt haben⁶⁰⁾.

Gorbatschow weiß inzwischen, daß er das „Rad der Geschichte“ nicht mehr zurückdrehen kann, da der Westen heute anders reagieren würde als 1956 im Fall der sowjetischen Intervention in Ungarn und 1968 bei der gewaltsamen Beendigung des „Prager Frühlings“⁶¹⁾. Die einzige Chance, die UdSSR aus ihrer ökonomischen Krise und den RGW aus der Stagnation herauszuführen, liegt für Gorbatschow in einer breit angelegten Kooperation mit den westlichen Industrieländern und weiteren Abrüstungsvereinbarungen.

Noch geht die sowjetische Führung davon aus, daß die Mitglieder des Warschauer Pakts „Nachbarn, Verbündete und Freunde“ der UdSSR⁶²⁾ bleiben werden. Angesichts des Ausmaßes der Veränderungen in den meisten europäischen „Bruderländern“ läßt sich jedoch nicht absehen, ob es dem Kreml überhaupt noch gelingen wird, neue Bündnisstrukturen zu entwickeln, die nur durch einen lockeren Zusammenhalt des früheren „Blocks“ geprägt sein können. Da Gorbatschow eine Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands unter bestimmten Bedingungen nicht mehr ablehnt, erscheint es möglich, daß sich die Warschauer Allianz auf einen Sechs-Mächte-Pakt reduziert. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß es in einzelnen Warschauer Pakt-Staaten wie Ungarn, Bestrebungen gibt, das östliche Militärbündnis zu verlassen. Hinzu kommt: Das rasante Tempo, mit dem Ost und West weitreichende Abrüstungsvereinbarungen auf den verschiedenen Ebenen anstreben, veranlaßt beide Seiten, den militärischen Charakter der multilateralen Bündnisysteme Warschauer Pakt und NATO neu zu definieren. Die sowjetische Führung verfolgt dabei das Ziel, die Warschauer Allianz „aus einer militärpolitischen Organisation in eine politisch-militärische unter Berücksichtigung der neuen Realitäten in Europa und in der Welt umzuwandeln“⁶³⁾. Auch wenn Michail Gorbatschow die Auflösung beider Militärbündnisse propagiert⁶⁴⁾, steht die Fortexistenz der NATO, die — im Gegensatz zum Warschauer Pakt — ein freiwilliges Bündnis ist und stabile Strukturen aufweist, für den Westen außer Frage.

⁶²⁾ So der sowjetische Außenminister E. Schewardnadse in einem Interview, TASS vom 30. Januar 1990.

⁶³⁾ Michail Gorbatschow, Ansprache vor dem Obersten Sowjet der UdSSR am 1. August 1989; Text in: Sowjetunion heute, (1989) 9, Beilage, S. I—VIII, hier S. VI.

⁶⁴⁾ Dabei ist zu beachten, daß für die sowjetische Führung die weitere Beteiligung der USA und Kanadas am „gesamteuropäischen Prozeß“ selbstverständlich ist. Vgl. dazu vor allem die Gemeinsame Erklärung, die Bundeskanzler Kohl und Staats- und Parteichef Gorbatschow am 13. Juni 1989 in Bonn unterzeichnet haben: Beide Seiten „betrachten es als vorrangige Aufgabe ihrer Politik, an die geschichtlich gewachsenen europäischen Traditionen anzuknüpfen und so zur Überwindung der Trennung Europas beizutragen. Sie sind entschlossen, gemeinsam an Vorstellungen zu arbeiten, wie dieses Ziel durch den Aufbau eines Europas des Friedens und der Zusammenarbeit — einer europäischen Friedensordnung oder des gemeinsamen Europäischen Hauses —, in dem auch die USA und Kanada ihren Platz haben, erreicht werden kann. Die KSZE-Schlußakte von Helsinki in allen ihren Teilen und die Abschlußdokumente von Madrid und Wien bestimmen den Kurs zur Verwirklichung dieses Zieles“ (Europa-Archiv, 44 [1989], D 382 f.). Besonders eindrucksvoll hat Gorbatschow die Zugehörigkeit der USA zu Europa in seiner Rede vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates am 6. Juli 1989 in Straßburg zum Ausdruck gebracht: „Indessen wird die Sowjetunion, ausgehend von überholten Klischees, weiterhin verdächtig, hegemonistische Pläne zu hegen und die Absicht zu haben, die Vereinigten Staaten von Europa abzutrennen. . . Die UdSSR und die Vereinigten Staaten sind ein natürlicher Teil der europäischen internationalen politischen Struktur. Ihre Beteiligung an der Entwicklung Europas ist nicht nur berechtigt, sondern historisch bedingt. Jede andere Betrachtungsweise ist unannehmbar, und sie führt auch zu nichts.“ Text in: Sowjetunion heute, (1989) 8, Beilage, S. XI—XVI, hier S. XII.

⁵⁸⁾ Eingeständnis in Moskau, in: Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe Nr. 284 vom 7. Dezember 1989.

⁵⁹⁾ George Schöpflin, Das Ende des Kommunismus, in: Europa-Archiv, 45 (1990), S. 51.

⁶⁰⁾ Vgl. dazu Paul Lendvai, Die Gärung im Ostblock und die sowjetische Toleranzgrenze, in: Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe Nr. 156 vom 9./10. Juli 1989; ders., Das Ostbild des Westens, das Westbild des Ostens. Hoffnungen, Illusionen und Fehlurteile, ebd., Fernausgabe Nr. 275 vom 26./27. November 1989; John Van Oudenaren, Die Sowjetunion und Osteuropa, in: Europa-Archiv, 43 (1988), S. 169 ff.; Thomas M. Cynkin, Glasnost, perestroika and Eastern Europe, in: Survival, 30 (1988), S. 310 ff.; David S. Mason, Glasnost, perestroika and Eastern Europe, in: International Affairs, 64 (1988), S. 431 ff.

⁶¹⁾ Vgl. G. Schöpflin (Anm. 59), S. 58 ff.

Gerhard Simon: Der Umbruch des politischen Systems in der Sowjetunion

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19–20, S. 3–15

Die Politik der Perestroika ist Ausdruck und Folge vielfältiger Krisensymptome in der Sowjetunion. Gorbatschows historisches Verdienst besteht darin, den dringenden politischen Handlungsbedarf erkannt zu haben. Sein Ziel war es, den sowjetischen Sozialismus durch Reformen zu revitalisieren. Fünf Jahre nach seinem Amtsantritt hat die Perestroika von unten jedoch eine solche Eigendynamik gewonnen, daß die Grundlagen des sowjetischen Systems in Frage gestellt sind. Im Zentrum der Krise des politischen Systems stehen die Einparteierrschaft und der Zentralstaat. Die Einparteierrschaft, die sich niemals in Wahlen zwischen konkurrierenden Parteien legitimiert hat, wird nicht mehr fraglos akzeptiert. Ihr werden nicht nur die Verbrechen der Vergangenheit und die krisengeschüttelte Gegenwart angelastet, man traut ihr auch nicht mehr die Fähigkeit zu, Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln. Die Antwort der Gorbatschow-Führung auf diese Legitimationskrise war die Einrichtung eines Präsidialregimes, mit dem die Herrschaft gesichert und die alleinige Sicherung der Macht durch die KPdSU überwunden werden soll. Die nationale Frage – von der Sowjetideologie seit 50 Jahren als „gelöst“ eingestuft – ist flächendeckend akut geworden. Die Völker des Baltikums und des Transkaukasus sehen ihre Zukunft außerhalb der UdSSR, andere fordern politische Autonomie und einen Machtverzicht des Zentrums. In vielen Unionsrepubliken ist der demokratische Zentralismus zusammengebrochen, die Sowjet- und Parteiorgane sind zur nationalen Bewegung übergewechselt. Die zunächst im Baltikum und dann in vielen anderen Republiken entstandenen Volksfronten markieren den Beginn neuer, nach-kommunistischer politischer Strukturen.

Tatjana Saslawskaja: Soziale Aspekte der Perestroika in der UdSSR

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19–20/90, S. 16–21

Am Beginn der achtziger Jahre hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß das sowjetische System in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Hinsicht nicht lebensfähig ist. Obwohl Elemente wie Solidarität und geringe soziale Unterschiede als bewahrenswert empfunden werden, bevorzugt die Mehrheit der Bevölkerung eine Veränderung nach westlichen Lebensmustern. Unerlässlich erscheinen die Einführung der Marktwirtschaft, der Gewaltenteilung und eines effizienten Rechtssystems. Der derzeitige Stand der Perestroika wird durch ein Zusammenwachsen der Reform von „oben“ und der sozialen Revolution von „unten“ gekennzeichnet. Zu den alten sozialen Problemen: niedriges Lebensniveau, hohe Umweltbelastung usw. treten neue: Verteuerung, Inflation, Arbeitslosigkeit, ethnische Flüchtlinge, Streiks. Die Lösung dieser Probleme wird nur in einem effektiven Zusammenwirken staatlicher Programme und gesellschaftlicher Eigeninitiative gesehen.

Nikolai Schmeljow: Wirtschafts- und Finanzreform im Zeichen der Perestroika

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19–20/90, S. 22–29

Die sowjetische Wirtschaft steht am Rande des Bankrotts: Inflation, die Diskrepanz von Angebot und Nachfrage, ein Haushaltsdefizit von 120 Mrd. Rubel 1989 kennzeichnen die Krise. Zu ihrer Behebung muß das Finanzwesen reformiert werden: Kommerzbanken sollen künftig als Grundeinheiten des Kredit systems fungieren. Die Staatsbank sollte unabhängig werden und durch eine restriktive Kreditpolitik der Inflation entgegenwirken. Der Staat sollte sich allmählich aus der Wirtschaft zurückziehen, seine Subventionen reduzieren und umstrukturieren. Schließlich sollten die Deviseneinnahmen durch Exportförderung, Joint ventures und Direktinvestitionen von Ausländern in der UdSSR erhöht werden. Langfristiges Ziel der Sanierung ist die Konvertierbarkeit des Rubels und die Zusammenarbeit mit Weltwirtschaftsorganisationen.

Jens Hacker: Michail Gorbatschow und die engere „sozialistische Gemeinschaft“

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19–20/90, S. 30–39

Gorbatschows „Umdenken“ in der „Block“-Politik – über die Struktur, Entwicklung und Perspektiven der engeren „sozialistischen Gemeinschaft“, zu der die sieben Staaten des Warschauer Paktes gehören – begann sich zwar 1987 abzuzeichnen, erhielt aber erst später klarere Konturen. Erst im Verlauf des Jahres 1988 war die sowjetische Führung bereit, den Eigeninteressen der Verbündeten ein wesentlich größeres Gewicht zu konzessieren. Maßgeblich zum Wandel des „Block“-Verständnisses hat die teilweise weitreichende Revision außenpolitischer Leitlinien durch Gorbatschow beigetragen. Die konsequente Anwendung der von ihm postulierten Prinzipien der „freien Wahl“ und „bedingungslosen und vollen Gleichheit“ impliziert in der „sozialistischen Gemeinschaft“ den Verzicht auf die Interventions-Doktrin. Auch akzeptierte der Kreml widerspruchlos die einschneidenden Veränderungen, die sich in allen Staaten des Warschauer Bündnisses vollzogen haben. Angesichts des Ausmaßes der Veränderungen in den meisten europäischen „Bruderstaaten“ läßt sich nicht absehen, ob es Gorbatschow gelingen wird, neue Bündnisstrukturen zu entwickeln. Besondere Schwierigkeiten bereitet es der sowjetischen Führung, den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe nach ihren Vorstellungen entscheidend umzugestalten.